

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

6/2015

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe November-Dezember 2015

Redaktionsnotiz.....	3
Beiträge zur aktuellen Lage.....	5
<i>Dagmar Henn</i> : Zum Tag der Trauer – Nachlese zum 3. Oktober 2015.....	5
<i>Uli Brockmeyer</i> : Kriegskurs führt in die falsche Richtung.....	12
<i>US-Friedensrat</i> : Aufruf an die Friedens- und Anti-Atom-Bewegung.....	13
<i>Prof. James Petras</i> : Das „Trojanische Pferd im Anmarsch“ - Zur neuen Strategie der USA gegen Cuba.....	19
<i>Dagmar Henn</i> : Finsternis ist Licht.....	21

Zur Geschichte des Sozialismus.....	35
<i>Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen:</i> Presse-Erklärung anlässlich des 48. Jahrestages der Ermordung von Ernesto Che Guevara.....	35
<i>Gerhard Feldbauer:</i> Vor 100 Jahren formierte Lenin die revolutionäre Zimmerwalder Linke.....	36
<i>Heinz W. Hammer:</i> Wer im Glashaus sitzt.....	39
<i>Michael Kubi:</i> Vortrag über mein Buch „Die Sowjetdemokratie und Stalin“.....	44
<i>Gerhard Feldbauer:</i> Vor 115 Jahren wurde der deutsche Kommunist Otto Braun geboren. Als Militärberater der Komintern nahm er am „langen Marsch“ der chinesischen Volksbefreiungsarmee teil.....	55
Interview zur Freilassung Alexander Dorins.....	58
Vorbemerkung seines Verlages.....	58
Interview mit Alexander Dorin am 3. Oktober 2015 – einen Tag nach seiner Haftentlassung.....	59
Marxistisch-leninistisches Fernstudium.....	73
<i>Redaktion offen-siv:</i> Marxistisch-leninistisches Fernstudium für 2016 geplant - in Kooperation von KPD und offen-siv.....	73
Danksagung.....	78
<i>Hermann Jacobs:</i> Einen Dank an den „offen-siv“.....	78
Buchhinweis.....	80
<i>Gerhard Feldbauer:</i> Liebe Leserinnen und Leser der Zeitschrift offen-siv!	80
Einladung.....	82
25 Jahre Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Regionalgruppe Essen – Jetzt wird gefeiert!.....	82
In eigener Sache.....	83
<i>Red. offen-siv:</i> Wir sind umgezogen!.....	83

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion offen-siv, Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck

Tel.u.Fax: 05572 - 999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel, IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort offen-siv.

Redaktionsnotiz

In diesem Jahr erscheint die Ausgabe November-Dezember, das letzte offen-siv-Heft des Jahres, ungewöhnlich früh. Der Grund ist unser Umzug Ende November von Hannover nach Bodenfelde-Wahmbeck im Weserbergland. Wenn man alles abbaut und einpackt, dann umzieht und dort alles wieder auspackt und aufbaut, kann man nicht gleichzeitig eine Zeitschrift machen. Deshalb musste diese Ausgabe vor dem Umzug fertiggestellt werden. Weiteres zu unserem Umzug, vor allem die neuen Kontaktdaten, findet Ihr am Schluss des Heftes.

In diesem Heft geht es wie immer um unterschiedliche Themen. Zum einen haben wir Einiges an Analysen zur aktuellen Situation: 25 Jahre Konterrevolution in Deutschland, Probleme der Friedensbewegung, die veränderte US-Strategie gegenüber Cuba, die gesellschaftliche Situation in Deutschland bezüglich der Flüchtlinge, ein Interview mit Alexander Dorin, einen Buchhinweis und eine Einladung. Daneben interessiert uns – wie immer – die Geschichte des Sozialismus, diesmal haben wir einen ganzen Strauß von Artikeln dazu.

Besonders herausstellen wollen wir die Planungen für ein marxistisch-leninistisches Fernstudium. Gemeinsam mit der KPD haben wir ein Konzept erarbeitet. Noch ist nichts beschlossen, wir sind aber auf einem guten Weg und die Chancen für eine Realisierung sind bestens. Wir bringen in diesem Heft einen Einblick in die Planung. Bei Interesse könnt Ihr Euch bei uns melden oder, was sicherlich sehr interessant wird, zur Rosa-Luxemburg-Konferenz der jungen Welt kommen und uns dort am

gemeinsamen Stand mit der KPD zum marxistisch-leninistischen Fernstudium besuchen und Euch über das Fernstudium genauestens informieren.

Nun zum leidigen Thema Finanzen:

In Jahr 2015 haben wir sechs Hefte und zwei Bücher gemacht. Finanziell geht so etwas über unsere Grenzen, denn für die Herausgabe der beiden Bücher mussten wir jeweils für Druck und Vertrieb etwas mehr als 4.000,- Euro aufwenden, dazu jeweils mehrere Hundert Euro für die Werbung, ISBN-Nummer, Gebühr für das Verzeichnis lieferbarer Bücher usw., so dass uns allein diese beiden Bücher rund 9.000,- Euro gekostet haben. Die sechs erschienenen Hefte schlagen nochmals mit insgesamt rund 4.500,- Euro zu Buche, dazu zusätzliche Portokosten, Papier, Druckpatronen, Telefon, Büro usw., also werden wir Einnahmen in Höhe von 14.500 bis 15.000 Euro in 2015 brauchen, um kostendeckend zu sein. Zum Vergleich die Größenordnung aus 2014: wir hatten insgesamt 10.172,- Euro Einnahmen, also Spenden, Standerlöse und Buchhandel.

Aber so schlimm, wie die Lage nach diesen Zahlen aussieht, ist sie nicht, denn das erste Buch, Michael Kubi, Sowjetdemokratie, hat der Autor selbst mit mehreren Hundert Euro mitfinanziert, für das zweite Buch, Gerhard Feldbauer, Vietnam, haben wir durch unseren Spendenappell eine Anschubfinanzierung von etwas mehr als 1.500,- Euro bekommen, außerdem haben eine große Anzahl von Leserinnen und Lesern nach dem Erscheinen der Bücher zusätzliche Spenden überwiesen und beide Bücher wurden in einem nicht geringen Ausmaße auch über Buchhandlungen bestellt, so dass wir zur Zeit eine Unterdeckung nicht von 5.000,- Euro, wie es nach den obigen Zahlen scheinen könnte, sondern „nur“ von rund 2.000,- Euro haben.

Aber auch das ist viel. Es wird eng – leider wie immer. Bitte helft uns weiter.

Frank Flegel

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

Beiträge zur aktuellen Lage

Dagmar Henn: Zum Tag der Trauer – Nachlese zum 3. Oktober 2015

„Daß ein solcher Staat notwendig nicht einer ist sondern zwei; den einen bilden die Armen, den andern die Reichen, welche beide immer jedoch sich gegenseitig auflaufend zusammenwohnen.“ (Platon, Der Staat)

Am 3. Oktober wurden wieder an vielen Orten Jubelfeiern inszeniert und hehre Reden zum Nationalfeiertag geschwungen. Aber es ist kein Feiertag, es ist ein Tag der Trauer.

Die Geschichte eines jeden Landes ist in Wirklichkeit die Geschichte zweier Länder, zwei Geschichten, und die Siege in der einen sind die Niederlagen in der anderen. Am dritten Oktober jeden Jahres feiert die andere Seite ihren Sieg. Meine betrauert ihre Niederlage und deren Opfer.

Ich traure um die Menschen, im östlichen wie im westlichen Teil dieses Landes, die nach dem Ende der DDR und der Sowjetunion die Hoffnung verloren haben.

Ich traure um die Ungezählten, die in den seither entfesselten Kriegen ihr Leben verloren. Von Jugoslawien bis Syrien heute – sie alle, auf beiden Seiten, wären noch am Leben ohne diesen dritten Oktober.

Ich traure um die Menschen, die in unserem Land den Folgen dessen, was so heuchlerisch „Wiedervereinigung“ genannt wird, zum Opfer fielen. Durch all das, was zuvor unvorstellbar und unmöglich war – den Abriss der Sozialsysteme, Hartz IV, die Verschlechterung der Gesundheitsversorgung, schlechte Arbeitsbedingungen und das alltägliche Unglück einer Sklaverei, aus der es keinen Ausweg mehr zu geben scheint. Zehn Jahre beträgt der Abstand in der Lebenserwartung zwischen Reich und Arm in diesem Land inzwischen, zehn Jahre, die Hunderttausenden gestohlen wurden, seit diesem dritten Oktober.

Ich traure um jeden Zentimeter eines besseren Deutschland, der uns an diesem Tag verloren ging. Eines Deutschland, das seinen Reichtum nicht auf den Raub in anderen Ländern gründet, nicht andere Völker in Schuldknechtschaft zwingt, wie es diese Bundesrepublik so sichtbar mit dem griechischen Volk tut.

Ich traure, und ich schäme mich – weil wir in der BRD diesen anderen Staat hätten verteidigen müssen, und ihn nicht verteidigt haben. Ich erinnere mich, wie ich vor dem Bildschirm saß, am neunten November 1989, die Berichte über die Öffnung der

Mauer sah und dachte, „jetzt haben sich die Pforten der Hölle geöffnet“. Ich ahnte, dass die Folgen furchtbar würden. Aber ich habe nichts getan.

Wie so viele andere hatte ich mich einlullen lassen von der langen Zeit eines scheinbaren Friedens. Ich zweifelte an meiner instinktiven Reaktion. Die BRD der ausgehenden achtziger Jahre war ja irgendwie ganz nett, trotz des bräsigen Herrn Kohl. Die Generation der alten Nazis war endlich, altersbedingt, aus dem Staatsapparat verschwunden, die soziale Lage war einigermaßen gesichert, im Gefolge der Studentenbewegung schien es, als sei der antikommunistische Mief der Adenauerzeit dabei, endgültig zu entschwinden. Die Geschichtsschreibung befasste sich endlich mit Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, und nach Jahrzehnten war man endlich dabei, die Verbrechen der Nazizeit nicht länger zu verschweigen. Auch wenn der Instinkt geradezu schrie, jetzt würde eine große Wende rückwärts einsetzen, nichts im alltäglichen Leben schien das zu bestätigen.

Ich habe nichts getan.

Kaum jemandem war damals wohl bewusst, auf wie vielfältige Weise das Gift des Antikommunismus die politische Linke durchdrungen hatte. Dass so vieles, was wie moderne Kritik schien, der ganze elegante Diskurs der Bürgerrechte, die vermeintlichen Höhen individueller Freiheit und Kreativität in scheinbar subversiver Popkultur, die anscheinend erreichte Vernunft und Humanität der herrschenden Klasse nur einem Zweck dienten – die Bastionen zu schleifen und dem unverhüllten, blutbesudelten Imperialismus eine freie Bahn zu verschaffen.

Wir hätten uns zur Wehr setzen müssen.

Jeden Tag bezahlen wir den Preis dafür, es nicht getan zu haben. Die oberen Zehntausend füllen den öffentlichen Raum mit ihrem Hass und ihrer Verachtung für den Rest der Menschheit, die Vernunft, die Humanität, selbst das Versprechen des Konsums, das als Surrogat für wirkliche Freiheit diente, wurden als inzwischen unnötig gestrichen, Drohung, Zwang und Angst bestimmen das Leben der besitzlosen Klassen, vom Arbeitsplatz über die Wohnung bis zum Zwangsregime von Hartz IV. There Is No Alternative, es gibt keine Alternative, lautet die Begründung für jede neue soziale Untat, aber dahinter verbirgt sich die abscheulichste Liebedienerei gegenüber den Reichen und Mächtigen, ein Katzbuckeln und Scharwenzeln der politischen Klasse, ein bis in die Knochen eingedrungenes Lakaientum, das seine Würde- und Rückgratlosigkeit nur deshalb als Sachzwang tarnen kann, weil die tägliche Propaganda die gleiche Erzählung unablässig wiederholt.

Im Grunde ist die Frage der Freiheit einfach. Ein Land ist frei, wenn jeder Mensch darin aufrecht gehen kann. Keine Sorge um das tägliche Brot zu haben und vor niemand kriechen zu müssen, vor keinem Chef, vor keinem Vermieter, das ist banale

Voraussetzung dafür. Danach kommen all die anderen alltäglichen Bestandteile – frei entscheiden zu können, welche Tätigkeit man verrichten will, nach Neigung und Fähigkeit, nicht nach dem Diktat des Geldbeutels; in der Liebe frei zu sein, vor allem nicht nach dem Geldbeutel lieben zu müssen; frei zu sein, Freundschaften zu pflegen, weil die Zeit und die innere Ruhe für menschliche Aufmerksamkeit gegeben sind; frei zu sein für Schönheit, für Kunst und Kultur, diesen Jahrtausende überspannenden Dialog der menschlichen Seele.

Die Knechtschaft ist so tief eingedrungen, dass schon der Wunsch danach nur unter Mühen gedacht werden kann.

Wir hätten uns zur Wehr setzen müssen, auf beiden Seiten der Grenze, gemeinsam, um das zu retten, was unter großen Opfern errungen wurde.

Vor etwa zwanzig Jahren gewann ein Münchner Straßenbahnfahrer in einer Quizsendung, „Jeopardy“, etwas über 80 000 DM. Ein Jahr danach bin ich ihm begegnet, wir haben uns nicht allzu lange unterhalten. Aber es reichte, um zu erfahren, dass er nicht immer Straßenbahnfahrer war; zuvor war er Manager gewesen. Er hatte seinen gut bezahlten Job an den Nagel gehängt, weil er schon als kleines Kind Trambahnfahrer werden wollte. Er war glücklich als Trambahnfahrer.

Das, beispielsweise, ist Freiheit. Und heute, zwanzig Jahre später, wäre diese Entscheidung so nicht mehr möglich, schlicht, weil die Bezahlung für diese Arbeit sich deutlich verschlechtert hat und sie zu den vielen Tätigkeiten gehört, die nur verrichtet werden, weil man irgendwie das Geld fürs Überleben verdienen muss.

Es gibt ein Interview mit einem italienischen Freiwilligen im Donbass. Der Mann wird kurz gefragt, was sein Beruf wäre. Er sagt, er sei Maurer, und erzählt davon, wie wunderbar es sei, Häuser zu bauen. Und wie es ihn entsetzt, die Zerstörung dort zu sehen. Es ist ihm anzumerken, sein Beruf ist seine Leidenschaft. Er passt an den Ort, an den es ihn gezogen hat.

Eine meiner Töchter beklagte sich, wie oberflächlich ihre Klassenkameradinnen seien. Ihre Gespräche kreisten nur darum, ob Samsung oder I-Phone besser seien.

Das Land, in dem wir heute leben, konnten wir damals nur in den Geschichtsbüchern finden. Es ist nicht einmal mehr wie die Adenauerzeit, es ist bis ins Wilhelminische hinabgestiegen, oder womöglich gar bis in die finsternen Jahre nach 1848. Das Salbadern von den „Leistungsträgern“, die ihre ungeheuren Einkünfte „verdient“ hätten, und die Verachtung für alle, die nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren wurden, bleiben so unwidersprochen, als hätte sich nichts ereignet, zwischen 1848 und heute, das ganz normalen Menschen einen Anspruch auf Würde verleiht.

So tief sind wir gefallen. Wir hätten uns wehren müssen.

Klassenkampf, das schien damals, Ende der Achtziger, ein recht abstrakter Begriff, etwas, das wohlgeordnet irgendwie zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden stattfindet. Dabei ist es das Kräfteverhältnis zwischen diesen Antagonisten, zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen, das letztlich über alles entscheidet – wieviel Wahrheit wir in der Presse lesen, ob wir einander mit Anstand behandeln, ob die Nahrungsmittel nähren und Geschmack haben, ob wir unsere Arbeit freudig oder gequält verrichten.

Die Niederlage war ungeheuer, und wir sind erst dabei, ihre Tiefe zu ermessen.

Und es sind nicht einmal wir, die den höchsten Preis dafür bezahlen. Es sind Millionen, die hungern, weil mit Nahrungsmitteln spekuliert wird, Millionen, die ohne sauberes Wasser leben müssen, weil es in den Kernländern der wirtschaftlichen Macht keinen ausreichenden Widerstand gegen die Konzerne gibt, die mit Trinkwasser ihren Profit erzielen wollen, und all die Opfer der ungezählten Kriege, die geführt werden, um den Zugriff auf die Ressourcen anderer Länder für eben diese Konzerne zu sichern. Wir zahlen vor allem mit unserer Würde, unserer Freude, unserer Gesundheit; sie zahlen mit ihrem Leben.

Manche Niederlagen haben sehr bittere Konsequenzen. Von der Niederlage des Bauernaufstands 1525 führt eine direkte Linie zu den Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges. Die Niederlage der Revolution 1919 legte schon den Grundstein für den Untergang der Weimarer Republik. Die Niederlage, die heute von den Herrschenden als ihr Sieg gefeiert wird, brachte uns schon wieder an den Rand eines Weltkriegs. In der Geschichte gibt es keine Unbeteiligten, keinen Hinterausgang in ein Dasein, das unangetastet bleibt.

Der dritte Oktober ist für mich ein Tag der Trauer. Ein Tag, der an eine nationale Katastrophe erinnert. Es ist in der Linken unüblich geworden, in solchen Kategorien zu denken; man sucht sich lieber eine europäische Fantasie oder die Welt; aber im Grunde ist das nur ein Ausweichen, die Suche nach dem Hinterausgang, eine Flucht vor dem Schmerzhafte, das in der deutschen Geschichte aufgehäuft ist. Als wäre diese letzte Niederlage der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt, der Punkt, ab dem man tun muss, als ginge einen das ganze Drama schlicht nichts mehr an. Die Demütigung, mit der sich das deutsche Kapital an der Bevölkerung jener ehemaligen Republik dafür rächt, dass es vierzig Jahre keine Macht über sie hatte, ist ein offenes Geschwür; wenden wir doch den Kopf ab, dann müssen wir den Gestank nicht ertragen. Setzen wir unsere Hoffnung in Syriza, oder Podemos, oder welche Variante parlamentarischen Illusionismus auch immer, Hauptsache, woanders und europäisch, und warten darauf, dass uns andere der Mühe entheben, selbst um unsere Hoffnung ringen zu müssen. Wenn wir weiter so tun, als hätte sich die westliche Republik nicht

auch seit 1989 verändert, kommen wir vielleicht drum herum, die elenden Tatsachen zur Kenntnis nehmen zu müssen.

Rosa Luxemburg hat gerne einen Satz von Lasalle zitiert (weil Lasalle in diesem Punkt tatsächlich einmal recht hatte): die revolutionäre Tat ist stets, auszusprechen das, was ist. Es muss über den Schmerz dieser Niederlage gesprochen werden. Das andere Deutschland braucht seinen Raum in unserem Denken; nicht nur in seiner Gestalt eines untergegangenen Staates, auch in seiner Gegenwart als jenes zweite Land, von dem schon Platon geschrieben hat. Es ist nicht möglich, die Widersprüche in gegenwärtigen Auseinandersetzungen zu begreifen, ohne ihre geschichtlichen Voraussetzungen zu kennen. Die Kraft für einen Widerstand, der über kurzfristiges Aufflackern hinausgeht, lässt sich nur finden, wenn man sich die eigene Geschichte aneignet, mit ihren Verrätern und ihren Helden, ihren Siegen und ihren Niederlagen. So, wie die DDR es getan hat. Wie die deutsche Arbeiterbewegung es den größten Teil ihrer Geschichte getan hat. Nur, wer sich für ein Land verantwortlich fühlt, kann um es kämpfen.

Georgi Dimitroff, der bulgarische Kommunist, der von den Nazis in einem Schauprozess für den Reichstagsbrand (den man heute eine False-Flag-Aktion nennen würde) vor Gericht gestellt wurde und der ihnen dort eine empfindliche Niederlage beifügte, hat in seiner bekannten Rede auf dem siebten Weltkongress der Komintern folgendes gesagt (man verzeihe mir das lange Zitat):

„Wir Kommunisten sind unversöhnliche grundsätzliche Gegner des bürgerlichen Nationalismus in allen seinen Spielarten. Wir sind aber keine Anhänger des nationalen Nihilismus und dürfen niemals als solche auftreten. Die Aufgabe der Erziehung der Arbeiter und aller Werktätigen im Geiste des proletarischen Internationalismus ist eine der grundlegenden Aufgaben jeder kommunistischen Partei. Aber derjenige, der glaubt, daß ihm dies gestatte oder ihn gar veranlasse, alle nationalen Gefühle der breiten werktätigen Massen zu mißachten, der ist vom wirklichen Bolschewismus weit entfernt, hat von der Lehre Lenins und Stalins über die nationale Frage nichts verstanden.

Lenin, der stets entschieden und konsequent gegen den bürgerlichen Nationalismus gekämpft hat, gab uns ein Beispiel der richtigen Behandlung der Frage nach den nationalen Gefühlen in seinem Artikel *Über den nationalen Stolz der Großrussen* im Jahre 1914. Er schrieb:

„Ist denn uns großrussischen klassenbewußten Proletariern das Gefühl des nationalen Stolzes fremd? Gewiß nicht! Wir lieben unsere Sprache und unsere Heimat, wir wirken am meisten dafür, daß ihre werktätigen Massen (d.h. neun Zehntel ihrer Bevölkerung) zu bewußten demokratischen und sozialistischen Leben erhoben werden. Es

schmerzt uns am meisten, zu sehen und zu fühlen, welchen Gewalttaten, welcher Unterdrückung, welcher Verhöhnung die Zarenschergen, Gutsbesitzer und Kapitalisten unsere schöne Heimat unterwerfen. Wir sind stolz darauf, daß diese Gewalttaten aus unserer Mitte, aus dem Lager der Großrussen Widerstand hervorgerufen haben, daß aus diesem Lager Radischtschew, die Dekabristen, die kleinbürgerlichen Revolutionäre der 70er Jahre hervorgegangen sind, daß die großrussische Arbeiterklasse im Jahre 1905 eine mächtige revolutionäre Massenpartei geschaffen hat ...

Wir sind vom Gefühl des nationalen Stolzes erfüllt, denn die großrussische Nation hat gleichfalls eine revolutionäre Klasse hervorgebracht, hat gleichfalls bewiesen, daß sie imstande ist, der Menschheit gewaltige Vorbilder des Kampfes für Freiheit und Sozialismus zu geben und nicht nur gewaltige Pogrome, Galgenreihen, Folterkammern, gewaltige Hungersnöte und gewaltige Kriecherei vor den Popen, den Zaren, den Gutsbesitzern und Kapitalisten.

Wir sind vom Gefühl des nationalen Stolzes erfüllt, und gerade deshalb hassen wir ganz besonders unsere sklavische Vergangenheit ... und unsere sklavische Gegenwart, in der dieselben Gutsbesitzer, unterstützt von den Kapitulisten, uns in den Krieg führen, um Polen und die Ukraine zu erdrosseln, um die demokratische Bewegung in Persien und China zu erdrücken, um die unsere großrussische nationale Würde schändende Bande der Romanow, Bobrinski, Purischkewitsch zu stärken.“ So schrieb Lenin über den nationalen Stolz.

Ich glaube, Genossen, daß ich im Leipziger Prozeß nicht unrichtig gehandelt habe, als ich beim Versuch der Faschisten, das bulgarische Volk als ein barbarisches Volk zu beschimpfen, die nationale Ehre der werktätigen Massen des bulgarischen Volkes verteidigt habe, die hingebungsvoll gegen die faschistischen Usurpatoren, diese wirklichen Barbaren und Wilden kämpften (stürmischer und anhaltender Beifall), und als ich erklärte, daß ich keinen Grund habe, mich dessen zu schämen, daß ich Bulgare bin, im Gegenteil, stolz darauf bin, ein Sohn der heroischen bulgarischen Arbeiterklasse zu sein.

Genossen! Der proletarische Internationalismus muß sich in jedem Lande sozusagen „akklimatisieren“, um auf heimatlichem Boden tiefe Wurzeln zu fassen. Die nationalen Formen des proletarischen Klassenkampfes und der Arbeiterbewegung der einzelnen Länder widersprechen nicht dem proletarischen Internationalismus, im Gegenteil, gerade in diesen Formen kann man auch die internationalen Interessen des Proletariats erfolgreich verteidigen.“

Die „nationale Ehre der werktätigen Massen“, das klingt schon sehr fremd, oder? Die Überschrift über dieser Passage lautet übrigens, „Über den ideologischen Kampf gegen den Faschismus“. Ein Rezept, das funktioniert hat, nebenbei: in der DDR eben-

so wie im Donbass, da sollte man sich von Töpfchenforschern und Antideutschen nichts vormachen lassen. Das sorgsame Ausweichen um Alles, in dem das Wort „national“ vorkommt, ist geradezu der Türöffner für die Faschisten.

Die nationale Ehre der werktätigen Massen verteidigen, das heißt heute, anzuerkennen, dass die DDR die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung war. Mehr Freiheit für mehr Menschen, als dem obersten Pfarrherrn zusagt und als er begreifen kann. Anzuerkennen, dass die Verteidigung dieser Errungenschaft (in all ihren Formen)selbst für BRD-Bürger für ein besseres Leben gesorgt hat.

Diesen Tag der Trauer als Tag der Trauer zu begehen. Und dann den Blick nach vorne zu richten, sich der langen Geschichte des beharrlichen Widerstands erinnern, von den Bauernkriegen über die Sendlinger Mordweihnacht über die Rote Ruhrarmee, und den Anspruch auf ein aufrechtes Leben erneut zu stellen.

Denn unsere Kinder sollten mit Liedern aufwachsen wie diesem:

Kleine weiße Friedenstaube, fliege übers Land;
Allen Menschen, groß und kleinen, bist du wohlbekannt.

Du sollst fliegen, Friedenstaube, allen sag es hier,
Daß nie wieder Krieg wir wollen, Frieden wollen wir.

Fliege übers große Wasser, über Berg und Tal;
Bringe allen Menschen Frieden, grüß sie tausendmal.

Und wir wünschen für die Reise Freude und viel Glück,
Kleine weiße Friedenstaube, komm recht bald zurück!

Dagmar Henn, zuerst veröffentlicht auf: www.wineyardsaker.de. Wir danken der Autorin für die freundliche Druckgenehmigung.

Uli Brockmeyer: Kriegskurs führt in die falsche Richtung

Die anhaltende Aufregung über »Flüchtlingsströme«, über die »Verteilung« von Flüchtlingen und beschleunigte Abschiebungen in angeblich »sichere« Länder hält nach wie vor die großen Medien in Atem. Zwar wird zuweilen und sehr zaghaft davon geredet, daß die Ursachen der Massenflucht bekämpft werden sollen, allerdings sind die führenden westlichen Politiker nicht bereit, in der Praxis irgendetwas in dieser Richtung zu unternehmen. Und weiterhin wird zumeist nur hinter vorgehaltener Hand davon gesprochen, daß den großen Unternehmen EU-Europas die Ankunft neuer Arbeitskräfte sehr zupaß kommt, denn die Neuankömmlinge sind oft gut ausgebildete Fachkräfte, und sie eignen sich wunderbar dazu, Mindestlöhne zu unterlaufen und die Kampfbereitschaft der Gewerkschaften für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu schwächen. Das alles dient den Interessen der Herrschenden, also dem Streben nach noch mehr Profit – und das im Angesicht der nicht nachlassenden kapitalistischen Krise.

Gleichzeitig verschärfen die NATO und etliche mit ihr verbündete Staaten den Kurs auf die Fortsetzung von Kriegen und Konfrontationen. In dieser Woche begann in der Eifel ein weiteres Manöver der NATO. Besonders brisant daran ist, daß diese Übung dazu dient, die Fähigkeit von NATO-Flugzeugen zu erhöhen, Atomwaffen zum Einsatz zu bringen. Zwar hatte Barack Obama einst den Friedensnobelpreis bekommen, weil er öffentlich über seinen »Traum von einer Welt ohne Atomwaffen« fabuliert hatte, aber Träume werden selten zur Realität, schon gar nicht, wenn sie den Interessen der Herrschenden zuwider laufen.

Erst vor wenigen Tagen hatten sich die Präsidenten Frankreichs, Rußlands, der Ukraine und die deutsche Kanzlerin in Paris auf Schritte zu einem Frieden in der Ostukraine geeinigt. Vereinbarungen über den Rückzug von Panzern und Artillerie aus der Kampfzone wurden jedoch von Herrn Poroschenko aus Kiew über den Haufen geworfen. Statt die Kanonen zurückzuziehen, attackierten Kiewer Regimetryruppen am Wochenende erneut die Stadt Donezk mit Artillerie.

In der Türkei hat die im Untergrund kämpfende PKK nach dem schweren Anschlag auf einen Friedensmarsch am Samstag in Ankara zum wiederholten Male erklärt, die Waffen ruhen zu lassen. Als Reaktion darauf forcierte die türkische NATO-Armee ihre Angriffe auf mutmaßliche PKK-Stellungen und brüstet sich mit Zahlen von angeblich getöteten »Terroristen«. Die eigentlichen Terroristen sitzen in der Türkei an ganz anderen Stellen. Es dürften kaum Zweifel daran bestehen, daß die Toten von Ankara auf das Konto von Leuten kommen, die der Regierung sehr nahe stehen.

Im Nahen Osten heizt nicht nur Israel immer offener den Konflikt mit den Palästinensern weiter an. Auch das ganze Gerede über die russischen Luftangriffe auf Stellun-

gen von Terroristen in Syrien trägt nicht zur Konfliktlösung bei. Die russischen Militärs sind sich bewußt, daß der Krieg gegen den IS nicht aus der Luft zu gewinnen ist. Sie wissen auch um die Gefahr ziviler Opfer, sobald die syrischen Regierungstruppen beim Kampf um größere Städte Unterstützung brauchen. Während jedoch der Westen vorgibt, den IS zu bekämpfen, wird die direkte und indirekte Unterstützung der Gotteskrieger und fanatischen Assad-Gegner fortgesetzt – nur weil es für eine beabsichtigte Neuaufteilung von Macht und Einfluß im Nahen Osten wichtiger ist, den syrischen Präsidenten zu stürzen, koste es was es wolle.

Uli Brockmeyer

Aus: Zeitung vom Letzebuenger Vollek, 13.10.2015

US-Friedensrat: Aufruf an die Friedens- und Anti-Atom-Bewegung

Die Welt befindet sich in einer kritischen Phase. Die Gefahr einer militärischen, möglicherweise nuklearen Konfrontation zwischen der US-geführten NATO und Russland ist gegeben. Streitkräfte der beiden nuklearen Supermächte stehen sich in Osteuropa einander gegenüber, diesmal vor allem in der Ukraine und in Syrien. Die Spannungen nehmen täglich zu.

Aktuelle Bedrohungslage

Man könnte sagen, ein Weltkrieg findet bereits statt. Derzeit bombardieren die Regierungen von 15 Ländern in Syrien. Dazu gehören sieben verbündete NATO-Staaten: USA, Großbritannien, Frankreich, Türkei, Kanada, Belgien und die Niederlande. Außerdem auch Nicht-NATO-Verbündete der USA: Israel, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien, Jordanien, Bahrain und Australien; und schließlich jetzt auch Russland. An den westlichen Grenzen Russlands wird ein anderer gefährlicher Krieg geführt. Die NATO baut ihre militärischen Kräfte in den Anrainerstaaten Russlands aus. Alle Regierungen der Nachbarländer Russlands erlauben es den NATO- und US-Streitkräften auf ihrem Hoheitsgebiet zu operieren, dort wo die NATO jetzt nur Kilometer von russischen Großstädten entfernt bedrohliche Militärmanöver abhält. Dies verursacht zunehmende Spannungen für die russische Regierung. Umgekehrt wäre dies für die US-Regierung genauso der Fall, wenn russische Streitkräfte an der us-mexikanischen und der Grenze zwischen den USA und Kanada stationiert wären, und deren Militärs ein paar Meilen von us-amerikanischen Großstädten entfernt militärische Übungen abhalten würden.

De-Eskalation Aufgabe der Stunde

In einer dieser Konfliktlagen kann es leicht zu einer direkten Konfrontation zwischen den USA und ihren NATO-Verbündeten auf der einen und Russland auf der anderen Seite kommen; eine Konfrontation, die das Potenzial der Eskalation zu einem Atomkrieg mit verheerenden Folgen hat.

Angesichts dieser gefährlichen Situation wenden wir uns an unsere Freunde und Genossen in der Friedens- und Anti-Atombewegung. Es scheint, dass viele unserer Verbündeten in der Bewegung diesen Gefahren wenig Aufmerksamkeit zollen, obwohl die aktuellen Ereignisse die gesamte Existenz der Menschheit bedrohen. Ihre Reaktionen beschränken sich darauf, gegen diese oder jene Handlung seitens der einen oder anderen Seite zu protestieren. Im besten Fall stellen sie die USA und Russland als gleichermaßen schlecht dar. Beide Seiten werden zu gleichen Teilen für die Erhöhung der Spannungen verantwortlich gemacht. Eine solche Haltung hat aus unserer Sicht, eine passive, a-historische Analyse zur Voraussetzung und vor allem eine ineffektive Reaktion zur Folge. Sie ignoriert die Dringlichkeit der bestehenden Bedrohung. Darüber hinaus werden durch die gleichmäßig verteilten Schuldzuweisungen die wirklichen Ursachen der Problematik verschleiert.

Ursache der akuten Krisen erkennen und benennen

Die Wurzeln der gegenwärtigen Krise liegen aber viel tiefer als die jüngsten Konflikte in Syrien und in der Ukraine. Die Zuspitzungen gehen zurück auf die Zerstörung der Sowjetunion im Jahr 1991. Sie sind Ausdruck des Wunsches der USA, als einzige Supermacht zu verbleiben, welche die ganze Welt dominiert. Diese Tatsache wird unverblümt zum Ausdruck gebracht in einem Dokument der Neokonservativen, das im September 2000 publiziert wurde. Ein Dokument mit dem Titel "Amerikas Verteidigung, Wiederaufbau: Strategie, Kräfte und Mittel für ein neues Jahrhundert", ein Dokument auf dem die aktuelle US-Politik basiert.

Handlungsbestimmendes Leit-Dokument der aktuellen US-Politik: „Amerikas Verteidigung, Wiederaufbau: Strategie, Kräfte und Mittel für ein neues Jahrhundert“

“Derzeit haben die Vereinigten Staaten keinen globalen Rivalen. Amerikas Strategie sollte darauf abzielen, diese vorteilhafte Position zu erhalten und zu erweitern, so weit wie möglich in die Zukunft hinein. Es gibt jedoch potentiell mächtige Staaten, die mit der aktuellen Situation unzufrieden sind und begierig darauf, diese zu verändern. ... “

“Heute ist es die Aufgabe [der Militärs] ... den Aufstieg einer neuen Großmacht in diesem Wettbewerb abzuschrecken; die Schlüsselregionen Europa, Ostasien und den

Nahen Osten zu verteidigen und die amerikanische Vormachtstellung zu bewahren Heute, kann diese Sicherheit nur auf der Ebene von Einzelfällen durchgesetzt werden, durch Abschreckung oder, wenn nötig, durch überzeugende Bezwingung von Feinden, die die amerikanischen Interessen und Prinzipien zu schützen vermag“

“Es ist nun allgemein klargeworden, dass Information und andere neue Technologien ... eine Dynamik entstehen lassen, die Amerikas Fähigkeit, seine dominierende militärische Macht auszuüben, bedrohen könnten. Potenzielle Konkurrenten wie China sind bestrebt, diese transformativen Technologien im Großen und Ganzen zu nutzen, während Gegner wie Iran, Irak und Nordkorea darauf drängen, ballistische Raketen und Atomwaffen als Abschreckung zu entwickeln gegen amerikanische Intervention in Regionen, in denen sie selbst danach streben zu dominieren Wenn ein amerikanischer Frieden aufrechterhalten werden und erweitert werden soll, muss eine unbestrittene Vorrangstellung des US-Militärs das sichere Fundament dafür bilden....“

“Die Realität in der heutigen Welt ist, dass es keinen Zauberstab gibt, mit dem [Kern] Waffen zu beseitigen sein würden... und das Abschreckungspotential ihrer Verwendung erfordert eine zuverlässige und dominierende nukleare Schlagkraft der USA.... Atomwaffen bleiben eine wichtige Komponente der amerikanischen Militärmacht ...“

“Außerdem kann die Notwendigkeit entstehen, eine neue Familie von Kernwaffen zu entwickeln, um neue Ansätze von militärischen Anforderungen zu meistern, wie beispielsweise die Ausrichtung auf sehr tief im Untergrund befindliche gehärtete Bunkeranlagen, die von vielen unserer potentiellen Gegner gebaut werden ... Die Überlegenheit einer Nuklearmacht USA ist nichts, dessen man sich schämen müsste; vielmehr geht es um ein wesentliches Element der Erhaltung amerikanischer Führung“

“Die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung einer Amerika gemäßen Ordnung in wesentlichen Regionen der Welt wie Europa, dem Nahen Osten und Südostasien bedeutet eine einzigartige Verantwortung für die US-Streitkräfte“

“Zum einen verlangt dies eine amerikanische politische Führung, weit mehr als eine Führung seitens der Vereinten Nationen Noch können die Vereinigten Staaten von einer annähernd UN-ähnlichen Haltung der Neutralität ausgehen; das Übergewicht der amerikanischen Macht ist so groß und seine globalen Interessen sind so breit gefächert, dass die USA nicht so tun können, als seien sie gleichgültig gegenüber politischen Ergebnissen auf dem Balkan, im Persischen Golf oder dann, wenn man Kräfte in Afrika einsetzt.... Amerikanische Streitkräfte müssen im Ausland im Einsatz bleiben, in großer zahlenmäßiger Stärke Vernachlässigung oder Rückzug von schutzpolizeilichen Missionen würde kleine Tyrannen ermuntern, amerikanischen Interessen und Idealen zu trotzen. Und das Scheitern, sich den Herausforderungen

von morgen zu stellen, würde dann dafür sorgen, dass die derzeitige Pax Americana zu einem frühen Ende kommt“

“Es ist wichtig, dass die NATO nicht von der Europäischen Union ersetzt wird, so dass die Vereinigten Staaten keine Stimme mehr in europäischen Sicherheitsangelegenheiten hätten....”

“Auf lange Sicht kann sich im Iran auch bewahrheiten, wie groß die Bedrohung für die US-Interessen in der Golfregion ist, so wie im Irak. Und selbst falls die us-iranischen Beziehungen sich verbessern sollten, sollten vorwärtige Militärverbände in der Region belassen werden, immer noch ein wesentliches Element in der US-Sicherheitsstrategie angesichts der langjährigen amerikanischen Interessen in der Region....“

“Der Wert von landbasierter Macht ist weiterhin ansprechend als Ziel einer globalen Supermacht, deren Sicherheitsinteressen beruht auf ... der Fähigkeit, Kriege zu gewinnen. Unter Beibehaltung ihrer Kampfbereitschaft hat die US-Army in den letzten zehn Jahren neue Missionen erteilt bekommen – und unmittelbar ... die Verteidigung amerikanischer Interessen im Persischen Golf und im Nahen Osten. Diese neuen Missionen werden eine weitere Stationierung von US-Armee-Einheiten im Ausland notwendig machen Elemente der US-Army in Europa sollten nach Südosteuropa verlegt werden, während eine permanente Einheit in der Golfregion stationiert sein sollte“

“Wenn ihre Raketen mit Gefechtsköpfen bestückt sind, die nukleare, biologische oder chemische Waffen tragen, dann können auch schwache Regionalmächte eine glaubwürdige Abschreckung erlangen, unabhängig vom Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte. Nach Informationen der CIA verfügen eine Reihe von Regimes, die zutiefst feindlich gegen Amerika eingestellt sind – Nordkorea, Irak, Iran, Libyen und Syrien – bereits über ballistische Raketen oder sind dabei, diese zu entwickeln, was die US-Verbündeten und Kräfte im Ausland gefährden könnte Solche Fähigkeiten stellen eine große Herausforderung für den amerikanischen Frieden dar und für die militärische Macht, welche den Frieden bewahrt. Die Möglichkeit, diese neue Bedrohung durch traditionelle Nichtverbreitungsverträge zu steuern ist begrenzt“

„Der aktuelle amerikanische Frieden wird von kurzer Dauer sein, wenn die Vereinigten Staaten anfällig werden für Schurkenstaaten oder Kräfte, welche über kleine, kostengünstige Arsenale von ballistischen Raketen und über Atomsprengköpfe oder andere Massenvernichtungswaffen verfügen. Wir können nicht zulassen, dass Nordkorea, Iran, Irak oder ähnlichen Staaten, die amerikanische Führung untergraben“

Und der wichtigste Punkt von allem ist, dass nichts hiervon erreicht werden kann ohne "ein katastrophales und katalysierendes Ereignis – so etwas wie ein neues Pearl Harbor ..."

Dieses Dokument verkörpert seither das Leitprinzip der US-Politik für die Regierungen von Präsident Bush und von Präsident Obama. Jeder Aspekt der heutigen US-Politik steht im Einklang mit den Worten dieses Dokuments, im Nahen Osten, Afrika, Osteuropa und Lateinamerika, unter Umgehung der UN als globaler Friedenstruppe, ersetzt durch die Militärmacht der NATO als globaler Vollstrecker, so wie es in diesem Dokument empfohlen wird.

Umsetzung der US-Vorherrschaftsdoktrin entgegnetreten

Jeder Regierungschef oder jede Regierung, die sich der geplanten US-Vorherrschaft in der Welt widersetzt, muss aus dem Weg, wenn nötig durch Anwendung von militärischer Gewalt!

Das "katastrophale und katalysierende Ereignis – so etwas wie ein neues Pearl Harbor", das, was sie brauchten, wurde ihnen am 11. September 2001 auf einem Silbertablett gereicht und der ganze Plan wurde in Bewegung gesetzt. Ein neuer "Feind", der „islamische Terrorismus“, trat an die Stelle des alten "Feindes", des Kommunismus. Der "globale Krieg gegen den Terrorismus" begann. Zuerst kam Afghanistan, dann Irak, dann Libyen und nun Syrien, der Iran befindet sich in der Warteschlange (alle dieser Staaten werden in dem Dokument als Ziele von Regimewechseln aufgeführt).

In ähnlicher Weise und auf der Grundlage der gleichen Strategie müssen auch Russland und später China als "globale Rivalen" der Weltherrschaft der USA geschwächt und eingedämmt werden. Daher auch die Massierung von NATO-Truppen an den russischen Grenzen und die Entsendung von Flugzeugträgern und Kriegsschiffen nach Ostasien, um China einzukreisen.

Dieses strategische Gesamtbild wird von einem signifikanten Teil unserer Friedensbewegung nicht erfasst. Viele ignorieren, dass die Dämonisierung von ausländischen Politikern und Slogans wie "Saddam Hussein muss gehen", "Gaddafi muss gehen", "Assad muss gehen", "Chavez muss gehen", "Maduro muss gehen", "Janukowitsch muss gehen", "Putin muss gehen", (alle deutlich in Missachtung des Völkerrechts und der UN-Charta) alle Bestandteile derselben Weltherrschaft-Strategie sind, die den Frieden und die Sicherheit der ganzen Erde bedroht, sogar die Existenz der Menschheit als Ganzes.

Die Frage, um die es hier geht, ist nicht, ob man diese oder jene Führer oder Regierungen verteidigen sollte oder die Verletzung der Rechte ihrer Bürger durch sie ver-

nachlässigen sollte. Wir dürfen die aufgelisteten "Fälle" nicht isoliert voneinander betrachten, ohne die eigentliche Grundursache zu erkennen, nämlich das explizite Verlangen der USA nach globaler Vorherrschaft. Wir können nicht darauf hoffen, Atomwaffen zu beseitigen, während die beiden mächtigsten Nuklearmächte am Rande einer militärischen Konfrontation stehen. Wir können nicht unschuldige Zivilisten schützen durch Finanzierung und Bewaffnung von Extremisten, sei es direkt oder über Verbündete. Wir können nicht Frieden und Zusammenarbeit mit Russland erwarten, während an dessen Grenze NATO-Streitkräfte massiert werden und Militärübungen stattfinden. Wir können keine Sicherheit haben, wenn wir nicht die Souveränität und die Sicherheit anderer Nationen und Völker respektieren.

Fair und objektiv sein bedeutet nicht, den Angreifer und seine Opfer gleich zu setzen.

Beendet die Haltung der Äquidistanz und benennt den Aggressor

Wir müssen Aggressionen stoppen, bevor wir uns mit den Reaktionen der Opfer auf die Aggression befassen. Wir sollten nicht das Opfer der Aggression verantwortlich machen an Stelle des Angreifers. Und wenn man das Gesamtbild erfasst, sollte es keine Zweifel daran geben, wer die Angreifer sind.

In Anbetracht der Tatsachen scheint deutlich: Die sich abzeichnende Katastrophe ist nur zu verhindern durch eine Bündelung aller Kräfte und mit dem nötigen Gefühl von Dringlichkeit.

In Wort und Tat ist das Folgende zu fordern:

1. Die NATO-Streitkräfte müssen sofort aus den Anrainerstaaten Russlands abgezogen werden;
2. Alle ausländischen Söldner-Truppen müssen Syrien unverzüglich verlassen, und die Souveränität und territoriale Integrität Syriens muss gewährleistet sein.
3. Der syrische Konflikt kann nur durch politische Prozesse und diplomatische Verhandlungen zu einer Lösung gebracht werden. Die USA müssen ihre Politik der Voraussetzung "Assad muss gehen" fallenlassen und dürfen nicht länger diplomatische Gespräche blockieren.
4. Verhandlungen müssen insbesondere die Regierung Syriens mit einschließen, als auch alle regionalen und globalen Mächte umfassen, die von dem Konflikt betroffen sind.
5. Die Zukunft der syrischen Regierung muss vom syrischen Volk allein entschieden werden, frei von allen äußeren Einflüssen.

6. Die US-Strategie einer globalen Vorherrschaft muss zu Gunsten einer Politik der friedlichen Koexistenz aller Länder aufgegeben werden, unter der Voraussetzung des Respekts für das Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung und Souveränität.

7. Der Prozess der Abschaffung der NATO muss sofort beginnen.

Wir appellieren an alle unsere Freunde und Genossen in der Friedens- und Anti-Atom-Bewegung, Hand in Hand zusammenzuwirken in einer demokratischen Koalition, um alle Angriffskriege zu beenden. Wir würden uns über alle kooperativen Reaktionen unserer Freunden und Genossen in der Bewegung freuen.

US-Friedensrat am 10. Oktober 2015 - Open Letter from the U.S. Peace Council To the Peace Movement. (Voller Text des offenen Briefes in englischer Sprache hier: <http://bit.ly/1P90LSn>.)

US Peace Council: <http://uspeacecouncil.org>. World Peace Council: <http://www.wpc-in.org>

Übersetzung: Irene Eckert

Prof. James Petras: Das „Trojanische Pferd im Anmarsch“ - Zur neuen Strategie der USA gegen Cuba

Fünfzig Jahre lang habe die USA eine konzertierte terroristische Sabotage-Kampagne, ein Wirtschaftsembargo und einen diplomatischen Krieg gegen ihren karibischen Nachbarn Cuba inszeniert.

Angesichts der nahezu totalen diplomatischen Isolierung bei den Vereinten Nationen (183:3 gegen die von den USA inszenierte Blockade), der allgemeinen Opposition gegen die US-Kriegspolitik gegenüber Cuba auf dem Gipfel Amerikas und in der Organisation der Amerikanischen Staaten und der überraschend freundlichen öffentlichen Meinung der US-Bürger bezüglich Cubas hat Washington entschieden, in offene Verhandlungen mit Havanna zu treten und diplomatische und Wirtschaftsbeziehungen herzustellen.

Von außen sieht der offensichtliche Wandel von der militärischen Konfrontation und den Wirtschaftssanktionen hin zu diplomatischen Verhandlungen so aus, als wäre das eine Bewegung in Richtung einer friedlichen Koexistenz zwischen unterschiedlichen sozialen Systemen.

Wenn man jedoch Washingtons taktische Zugeständnisse gründlicher liest und seine strategischen Ziele kennt, kommt die Vermutung auf, dass das lediglich ein Wechsel der Methoden ist, die Vorzüge der sozialistischen Revolution aufzuheben.

Unter dem Mantel diplomatischer Vereinbarungen wollen die USA direkt oder indirekt Millionen von US-Dollar in Cubas privaten Sektor fließen lassen, um dessen Gewicht in der Wirtschaft zu verstärken und eine Partnerschaft mit diesem Sektor zu schaffen. Die Wirtschaftspolitik der US-Botschaft wird direkt auf die Ausweitung des privaten Geschäftssektors gerichtet sein, offen für das US-Kapital. Mit anderen Worten: Washington wird eine Strategie der Vergrößerung der Privatwirtschaft in Cuba verfolgen, um sich dort ökonomische und politische Alliierte zu schaffen.

Zweitens wird die US-Botschaft eine größere Rolle als Geldgeber, Werber und Konterrevolutionär spielen und eigene Cuba-„Dissidenten“ in ihre Zivilgesellschaft aufnehmen.

Drittens wird der große Einfluss von US-kontrollierten Telekommunikationsmitteln, kulturellen Programmen und Austausch sowie kommerziellen Verkäufen einen Effekt auf die Entradikalisierung der cubanischen Öffentlichkeit (vom Sozialismus über den Egalitarismus zum Großkonsumismus) haben und die brüderlichen Bande Cubas nach Lateinamerika reduzieren. Die antiimperialistische Solidarität mit den populären lateinamerikanischen Bewegungen und Regierungen wird sich verringern und die Cubaner werden eine Miami-Mentalität annehmen.

Viertens: Cubas ökonomischen und politischen Verbindungen mit Venezuela werden beibehalten werden, aber die US-Bemühungen, die bolivariische Regierung Venezuelas zu unterwandern oder Venezuela in einen „moderaten“ Staat umzuwandeln, könnten auf weniger Widerstand seitens Havanna stoßen.

Fünftens: Washington wird einen billigen Massentourismus fördern, um die einseitige Abhängigkeit der cubanischen Wirtschaft zu erhalten und das sozialistische Bewusstsein durch ein „Komparator-Bewusstsein“ zu ersetzen, eine dekadente Mentalität, die das Emporkommen einer Klasse von Akteuren und „Brokers“ hervorbringt, die sich mit dem wirtschaftlichen Austausch zwischen dem „Sender“ (USA) und dem Empfänger (Cuba) beschäftigt und davon lebt. Diese cubanischen Akteure zwischen den imperialen USA und dem abhängiger Cuba könnten zu politisch-strategischen Akteuren in Havanna werden.

Mit anderen Worten, die Konzessionen Washingtons haben via Diplomatie sicher gestellt, über ein „Trojanisches Pferd“ Subversion durch Annäherung zu betreiben, die sozialistische Wirtschaft zu untergraben und die cubanische Kooperation für eine De-Radikalisierung Lateinamerikas nutzen zu können.

Auszug aus: Prof. James Petras: Friedensverhandlungen oder Kriegsvorbereitung? Kolumbien, Iran, China, Cuba, Ukraine, Jemen, Syrien. Aufsatz vom 6.6.2015, publiziert in: Geheim-Magazin 2-2015, S. 18. Geheim-Magazin, Postfach 270324, 50509 Köln, Tel: 0221-2839995

Dagmar Henn: Finsternis ist Licht

Wir leben gerade in einem deutschen Märchen. Die Geschichte von „Goldmarie und Pechmarie“ hat ein neues Gewand erhalten; die aktuelle Überschrift lautet „Licht-deutschland“ und „Dunkeldeutschland“. Frau Merkel predigt „Willkommenskultur“, und brave deutsche Bürger überschütten syrische Flüchtlinge mit Teddybären.

Wenn es einem gelingt, in der emotionalen Flut noch Atem zu holen, kommt man sich vor wie in einem schlechten Theaterstück. Oder beim Hören eines Musikstücks, das auf einem verstimmten Instrument gespielt wird.

Erst einmal ist das nur eine Art Schmerz, der schwer zu lokalisieren ist. Als vor einigen Jahren das Münchner Glockenspiel renoviert wurde, klang es über ein Jahr lang falsch, tagtäglich; bis dann endlich einige Musiker genau genug hörten, um zu erkennen, dass die Glocken für c'' und cis'' vertauscht waren... Noch ist der Quell des Schmerzes beim augenblicklichen Drama nicht genau zu orten; aber dass es falsch klingt, das ist sicher.

Versuchen wir einmal, das Stück in seine Bestandteile zu zergliedern und das eine oder andere Mal die berühmte Frage nach dem „cui bono“ zu stellen.

An der Oberfläche sind es erst einmal die Bilder, die stutzig machen. Zwei davon. Das Bild des ertrunkenen Kindes am Strand, und Bilder aus Budapest, die Flüchtlinge mit einem Foto von Angela Merkel zeigen und mit einer EU-Fahne. Diese Bilder verursachten ein Gefühl wie eine Gräte im Mund beim Fischessen.

Wer immer sich mit dem Thema Migration tatsächlich befasst, weiß, dass im Mittelmeer seit vielen Jahren Menschen ertrinken. Eine der entsetzlichen Geschichten ereignete sich während der Angriffe auf Libyen. Ein Boot mit Dutzenden Flüchtlingen trieb zwei Wochen lang steuerlos auf dem Mittelmeer, begegnete dabei zweimal Kriegsschiffen, wurde von Helikoptern überflogen und trieb dennoch weiter, bis die Überlebenden schließlich in Italien landeten. Zwei Wochen ohne jeden Versuch einer Rettung auf einer Strecke, die zum damaligen Zeitpunkt völlig überwacht war. Die Meldung schaffte es nicht in die großen Medien, und es wurde nie bekannt, welche Schiffe welcher Nationalität gegen das internationale Seerecht verstoßen haben, das zur Rettung jedes Schiffbrüchigen verpflichtet.

In all den Jahren starben Männer, Frauen und Kinder. Viele darunter nicht ertrunken, sondern verdurstet. In all den Jahren gab es nur wenige Bilder und schon gar nicht die groß angelegte Empörung, die jüngst durch die Gazetten schwappte.

Allerdings hatte das Bild des toten Kindes ein kleines Vorspiel. Die Aktion des „Zentrums für politische Schönheit“ vor dem Bundestag. Auch hier gab es Einiges, das

überrascht. Man sollte nicht glauben, dass man so einfach jederzeit vor dem Bundestag Löcher in den Rasen graben darf. Dass der milde Polizeieinsatz, der auf den Videos von dieser Aktion zu sehen ist, alles ist, was der Apparat hergibt. Nein, in Summe blieb eher der Eindruck einer mindestens geduldeten, wenn nicht gar geförderten Veranstaltung. Man könnte die Betreiber dieser Aktion für unschuldige Humanisten halten – wenn sie nicht auch schon als Befürworter eines Militäreinsatzes in Syrien aufgetreten wären. Was damals - also vor wenigen Monaten - Rätsel aufgab, ist jetzt klar zu entschlüsseln. Diese Aktion und das Bild gehören zusammen.

Mit dem Foto von Merkel in Budapest hat sich Telepolis schon ausführlicher beschäftigt. Merkel und die Europafahne, das wirkt wie organisierte Gegenpropaganda zu den Bildern, die man aus Griechenland sieht.

Aber gehen wir doch einmal zu den Fakten.

Tatsache ist, es bewegen sich Zehntausende auf der südöstlichen Mittelmeer-Route auf Deutschland zu. Viele davon, aber nicht alle, sind Syrer (syrische Pässe dürften gerade deutlich im Preis gestiegen sein). Warum machen sie sich jetzt auf diesen Weg?

Diese Frage ist keineswegs banal. Wie am Beispiel des Vaters des ertrunkenen Jungen zu lesen war, führte die erste Fluchtetappe sie in die Türkei. Das allerdings nicht gerade eben, sondern schon vor einiger Zeit.

Fluchtbewegungen entstehen, das konnte man am Beispiel der Ukraine deutlich erkennen, am Anfang eines Konfliktes oder bei entscheidenden Umschwüngen. Der Krieg in Syrien dauert schon Jahre, und es gab zu Beginn der Fluchtbewegung keine entscheidende Wendung. Für eine große Fluchtbewegung ist es also ein sehr ungewöhnlicher Zeitpunkt.

Die Flüchtenden orientieren sich dabei auf jene Richtung, in der sie sich sicher fühlen, sprich, die Fluchtrichtung gibt oft auch eine politische Orientierung wieder. Aus dem Donbass bewegten sich die meisten Flüchtlinge nach Russland, nicht in Richtung Kiew. Man kann also davon ausgehen, dass jene Syrer, die in die Türkei flüchteten, eher der – wie auch immer zusammengesetzten – Opposition zuneigen (Innerhalb Syriens gibt es wesentlich mehr Binnenflüchtlinge).

Es gibt Berichte, dass die großen Flüchtlingslager, die in der Türkei von der UNO betrieben werden, relativ abgeschottet waren. Die plötzliche Bewegung, die nun stattfindet, hat also mehrere Voraussetzungen. Zum einen muss auf irgendeine Weise eine Art Werbung stattgefunden haben, damit sich so große Mengen auf ein so eindeutiges Ziel hinbewegen. Fluchtbewegungen haben in der Regel einen Ausgangspunkt, es gibt einen Ort von dem geflohen wird, und eine klare Richtung, aber eher selten ein

eindeutiges Ziel, schon gar keines, das so weit entfernt liegt. Zum anderen muss dafür die Abschottung der Flüchtlingslager aufgehoben werden. Sprich, ohne aktive Mitwirkung der Türkei hätte diese Bewegung nicht stattfinden können. Die gesamte süd-östliche Strecke bündelt sich in Istanbul.

Das ist ein deutliches Indiz dafür, dass wir es nicht mit einem spontanen Ereignis zu tun haben.

Auf den ersten Blick scheint das ungewöhnlich. Flüchtlinge als Instrument, um bestimmte Ziele zu erreichen? Dieser Gedanke wird sicher sogleich mit dem Etikett „Verschwörungstheorie“ versehen.

Die bundesdeutsche Geschichte kennt dafür aber mehrere Beispiele. Das erste betrifft jene, die hier im Allgemeinen als „Vertriebene“ etikettiert werden, also deutsche Flüchtlinge, die nach dem zweiten Weltkrieg ankamen. Im Gegensatz zur offiziellen Erzählung, die immer betont, wie gut sie versorgt und integriert wurden, blieben sie in der Bundesrepublik bis Anfang der fünfziger Jahre in Lagern. Erst nachdem es 1952 zu einer großen Demonstration der KPD (!) für die sozialen Interessen dieser Flüchtlinge in Bonn kam, fing der Adenauer-Staat an, über Wohnungen und Arbeitsplätze für sie nachzudenken. Der Hintergrund für dieses befremdliche Verhalten (der Krieg war schon Jahre vorüber) war, diese Menschen nutzen zu können, wenn der Krieg gegen die Sowjetunion wieder aufgenommen werden sollte. Die Demonstration (die nebenbei auch zur Einführung der „Bannmeile“ ins bundesdeutsche Recht führte) ließ fürchten, dass diese bisher verlässlich antikommunistisch mobilisierbaren Internierten sich anders besinnen könnten; daher wurde daraufhin die Politik geändert.

Im Verhältnis zum anderen deutschen Staat wurde dauerhaft auf das Abwerben der Bürger gesetzt. Vor der Schließung der Grenze lag besonderes Augenmerk darauf, ausgebildete Arbeitskräfte in die westliche Republik zu locken; das sparte die Kosten für die Ausbildung. Nachdem dieser Zustrom beendet wurde, blieb weiter die propagandistische Nutzung der DDR-Übersiedler, die man auch gerne zu halsbrecherischen Aktionen verleitete, wenn es möglich war.

Nachdem der Zufluss aus der DDR wegfiel, besorgte sich die bundesdeutsche Industrie ihren Arbeitskräftenachschub aus den Anwerbeländern. In diesem Fall konnten sie sich die Ausbildung nicht mehr sparen, aber die Aufwendungen für Kinderbetreuungseinrichtungen, die nötig gewesen wären, damit die hier lebenden Frauen als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, wären höher gewesen. Und natürlich waren die so gewonnenen Arbeitskräfte besonders billig. Sprachunkundige junge Männer ohne Familien sind relativ leicht über den Tisch zu ziehen und nach Bedarf hin- und herzuschieben.

Damit will ich nicht sagen, dass die Bundesregierung hinter diesen Ereignissen steckt. Dieser Punkt ist momentan noch nicht zu klären. Es ist aber wichtig, festzuhalten, dass es kein Novum in der deutschen Politik wäre, wenn dem so wäre.

Aber völlig abgesehen von der Tatsache, wer diese Bewegung ausgelöst hat und warum – wie damit in Deutschland umgegangen wird, dafür ist auf jeden Fall die deutsche Politik verantwortlich.

Betrachten wir einmal die Ebene der konkreten Reaktionen bisher. Ziemlich rasch wurden jetzt die Bedingungen für alle Flüchtlinge verschärft. Alles, was an Verbesserungen in den letzten Jahren erreicht wurde (wie die lang erkämpfte Aufhebung der Residenzpflicht und Geld statt Essenspakete) wurde im Handstreich, und sogar gegen bereits ergangene Urteile des Verfassungsgerichts, wieder rückgängig gemacht. Das offiziell inszenierte „Willkommen“ wird also rechtlich ins Gegenteil verkehrt.

Der Vorstandsvorsitzende von Daimler hat bereits erklärt, er wolle nach Arbeitskräften suchen. Die Forderung, für Flüchtlinge den Mindestlohn aufzuheben, ist auch bereits ausgesprochen. Wohlgemerkt, es gibt nach wie vor viele hier geborene Jugendliche mit Migrationshintergrund, die keinen Ausbildungsplatz finden. Könnte es sein, dass es gerade ihre Integration ist, die sich hier als Nachteil erweist? Weil sie sich vielleicht doch ein wenig in ihren Rechten auskennen und nicht mehr so leicht handzuhaben sind wie „frische“ Einwanderer?

Es wird oft erwähnt, das Bildungsniveau der Syrer sei so gut. Das ZDF hat ein nettes kleines Filmchen gezeigt, in dem eine syrische Biologin erklärte, sie wolle „ihr Bestes tun“. Wenn es kein deutsch organisierter Fischzug ist, um wieder einmal in anderen Ländern die ausgebildeten Kräfte abzuschöpfen (die USA tun dies bekanntlich ebenfalls gern), dann ist zumindest abzusehen, dass die Fischer reichlich aktiv werden.

Völlig unberechenbar dürften die politischen Folgen sein (bleiben wir dabei erst einmal auf der Ebene des Apparats). Es zeichnet sich ab, dass mit Hilfe der Flüchtlingskrise ein weiterer Schritt in Richtung einer europäischen Vereinheitlichung unter deutscher Kontrolle versucht werden wird; sprich, es wird zu einem weiteren Verlust an europaweiter Restdemokratie kommen. Im Inneren hat sich die Maziere höchst kryptisch geäußert: „Wir werden uns überall auf Veränderungen einstellen müssen: Schule, Polizei, Wohnungsbau, Gerichte, Gesundheitswesen, überall.“ Dies alles müsse „sehr schnell gehen“, am besten binnen Wochen. „Für einen Teil unserer verkrusteten gesellschaftlichen Abläufe könnte das einen enormen Aufbruch bedeuten.“ „Das klingt nicht gut. Mal abgesehen davon, dass Rechtsveränderungen in den letzten Jahren gerne im Chaos endeten, weil sie schon im regulären parlamentarischen Verfahren nicht durchdacht waren – diese Äußerung riecht nach außergesetzlichem Notstand, nach Brüning'schen Notverordnungen. Wir werden in den nächsten Wochen

noch erleben, wozu Flüchtlinge alles gut sind, und es würde mich nicht wundern, wenn das eine oder andere demokratische Recht bei der Gelegenheit mit entsorgt wird.

Mittlerweile ist die euphorische Grenzöffnung rückgängig gemacht. Und es ist an der Zeit, die Erzählung im Detail zu untersuchen.

Der gemachte Mangel

Man muss gelegentlich darauf hinweisen – die Bundesrepublik ist eines der reichsten Länder der Erde. Auch wenn sich die Chancen der normalen arbeitenden Bevölkerung in den letzten zwanzig Jahren deutlich verschlechtert haben, einen auskömmlichen Lohn, eine bezahlbare Wohnung und so etwas wie eine längerfristige Perspektive zu erreichen, ist dieses Land reicher geworden. Die Produktivität ist weiter gestiegen, und die Einkommen haben sich im Durchschnitt verbessert. Es ist nur alles am oberen Zehntel (oder einem noch kleineren Teil) hängen geblieben.

Die Bundesrepublik ist auch ein Land mit einer entwickelten Infrastruktur. Wenn Katastrophenberichte veröffentlicht werden, weil im Münchner Hauptbahnhof zwanzigtausend Flüchtlinge mit dem Zug eintreffen, sollte man nicht vergessen, dass dieser Bahnhof als einer der bedeutendsten in Europa jeden Tag von einer halben Million Menschen genutzt wird, und dass München als Stadt des Oktoberfestes durchaus im Stande ist, hunderttausend und mehr Menschen vorübergehendes Quartier zu bieten. Es sind die gesetzlichen Regeln, die diese Unterbringung so kompliziert machen, weil die Betroffenen in Lagern untergebracht werden müssen.

Die gesetzlichen Regelungen, wo und wie Flüchtlinge untergebracht und versorgt werden, sind Bundesrecht. Auch die Entscheidung, die Dublin-Regeln (die dem ersten von einem Flüchtling betretenen EU-Land die Zuständigkeit zuweisen) für Syrer aufzuheben, erfolgte auf Bundesebene. Die Verteilung registrierter Flüchtlinge auf die Bundesländer erfolgt ebenfalls durch den Bund. Wie viele Flüchtlinge in einem Bundesland eintreffen, können also weder das Land noch die Kommunen entscheiden.

Die genauere Ausgestaltung der Regeln und die Entscheidung über die Orte, an denen Flüchtlinge untergebracht werden, geschieht auf Landesebene. Die Versorgung und die Qualität der Unterbringung können von Bundesland zu Bundesland sehr stark differieren. Zu den Regeln zählt beispielsweise die Frage, ob es eine Residenzpflicht gibt (die bedeuten kann, dass ein Flüchtling den Landkreis, in dem er untergebracht wird, nur auf Genehmigung verlassen kann, die aber ebenso gut sich auf das ganze Bundesland erstrecken kann), ob es Essenspakete gibt oder sich die Menschen selbst ihre Nahrungsmittel besorgen können, das alles ist Länderrecht. In diesen Bereichen gab es in den letzten Jahren einige Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts,

die etwas mehr Freiheiten verschafften; im Handstreich wurden von der Bundesregierung diese Verbesserungen jetzt wieder aufgehoben.

Im Falle eines plötzlichen Eintreffens einer großen Zahl Menschen (vor Beginn des Aufnahme- und Verteilungsverfahrens) sind erst einmal die Kommunen zuständig, weil die Verhinderung von Wohnungslosigkeit ihre Zuständigkeit ist. Die Kommunen sind allerdings die politische Ebene, die in den letzten Jahrzehnten relativ gezielt ausgeblutet wurde; in manchen Bundesländern stehen zwei Drittel der Kommunen unter Zwangsverwaltung, sprich, sie müssen ihre Haushalte genehmigen lassen und haben im Grunde keinen politischen Entscheidungsspielraum mehr, ganz zu schweigen von irgendwelchen Reserven für Notlagen. Vor diesem Hintergrund ist es ein schlechter Witz, wenn die Bundesregierung den Kommunen zinsfreie Kredite anbietet, um Flüchtlinge unterbringen zu können – eine Kommune unter Zwangsverwaltung kann diese zusätzlichen Kredite gar nicht aufnehmen.

Der mit den öffentlichen Sicherheitsaufgaben eigentlich eng verbundene Zivilschutz ist eigenartigerweise gar nicht einbezogen worden. Die Bundeswehr, die sonst an jeden Damm zum Säckewerfen geschickt wird, blieb in ihren Kasernen. Das bedeutet, es wurde eine Katastrophe behauptet, aber die im Umgang mit Katastrophen üblichen Mittel wurden nicht eingesetzt.

Hätte es sich um eine wirkliche Katastrophe gehandelt, es hätte eine einfache, der Bundesregierung jederzeit mögliche Maßnahme gegeben – Teile der Bundeswehr in einen vorübergehenden Urlaub schicken und die Kasernen zur Aufnahme nutzen. Hier wäre die Infrastruktur zur Versorgung größerer Menschenmengen bereits vorhanden, und es wäre sogar im Regelfall ein abgetrenntes Gelände. Die katholische Kirche verfügt übrigens über einige hundert nicht mehr besetzte Klöster, die ebenfalls über alle zur Versorgung erforderlichen Einrichtungen wie Speisesäle und Großküchen verfügen. Auch diese Option wurde nicht einmal erwähnt.

Stattdessen wurden große Mengen Menschen in die Kommunen geschaufelt, die von der Aufgabe überfordert sein mussten. Mehr noch, wenn mancherorts mehr Flüchtlinge untergebracht werden, als ein Ort Einwohner hat, dann handelt es sich dabei um Absicht.

Während von Regierungsseite lauthals verkündet wird, jetzt sei „Willkommenskultur“ angesagt, und vor dem inneren Auge schon hawaiianische Blumenketten erstehen, ist der tatsächliche Ablauf von einer subtilen Bösartigkeit beherrscht. In der Psychologie nennt man so etwas „Doublebind“ – die sichtbare Botschaft ist das Gegenteil dessen, was gemeint ist. Bösartigkeit ist übrigens eine Art Leitmotiv in der ganzen Geschichte.

Propaganda der Tat

Die Behauptung, man könne sich in Deutschland keinen Sozialstaat mehr leisten, zieht sich durch die Politik der letzten Jahrzehnte wie ein dauernder Klagegesang. Die Trennung der unterschiedlichen politischen Ebenen ist hier ein vielfach genutztes Mittel. Während es auf Bundesebene kein Problem ist, das mehrfache eines Jahreshaushalts in den Rachen der Banken zu werfen, werden in den Kommunen Schwimmbäder, Bibliotheken und Jugendzentren geschlossen, weil das Geld fehlt. Gesamtwirtschaftlich ist das eine Fiktion; vor Ort aber unerbittliche Realität.

Dennoch, es ist über die Jahre hinweg aufgefallen, wohin die großen Geldströme fließen, und eine solch wunderbare Gelegenheit, die Fiktion der Verarmung zu bestätigen, konnte nicht ungenutzt bleiben. Schließlich ist ein halbwegs überzeugendes „dafür ist kein Geld da“ die einfachste Methode, soziale Wünsche und mögliche Gegenwehr auszubremsen. So wird im Wohnungsbau verfahren, der seit Jahren völlig dem Markt ausgeliefert ist und längst bereits massive Wohnungslosigkeit und mancherorts (wie in München) durch die hohen Mieten echte Versorgungsprobleme auslöst (in Münchner Kliniken stehen ganze Stationen leer, weil kein Personal zu finden ist – weil das Personal die Mieten nicht bezahlen kann). So wird im Bereich von Hartz IV verfahren, bei den Renten, die immer weiter gekürzt werden (eine Erhöhung des Rentenalters ist tatsächlich vor allem eine Rentenkürzung), und zur besonderen Erbauung gibt es obendrein noch die deutliche Botschaft, Menschen, die keine verwertbare Arbeitskraft anzubieten hätten, wären eigentlich überflüssig.

Wenn eine Diskussion eröffnet wird, ob Kommunen nicht Wohnraum für Flüchtlinge beschlagnahmen könnten (dieses Recht haben Kommunen, hatten sie die ganze Zeit), ist es nicht verwunderlich, wenn sich Menschen fragen, warum dieser Schritt angesichts der zunehmenden Wohnungslosigkeit nicht auch für Einheimische möglich ist. An diesem Beispiel zeigt sich, wie politische Schachzüge dramatisiert werden. Denn die Debatte zielt mitnichten darauf ab, dieses kommunale Recht tatsächlich anzuwenden, weder für Flüchtlinge noch für sonst jemanden; Ziel des Spiels ist es vielmehr, an diesem Beispiel genau diesen Schritt für verwerflich zu erklären. Letzten Endes bleiben beide Gruppen, die Einheimischen wie die Flüchtlinge, ohne Zugang zu Wohnungen, aber es wurde vorgeführt, dass die Politik nun einmal nichts an der Lage ändern könne. In der Redensart nennt man das den Sack schlagen, aber den Esel meinen.

Ein Nicht-Wollen wird so als Nicht-Können maskiert. Und Schritt für Schritt, Beispiel für Beispiel wird Not inszeniert, Überforderung, Mangel. Schließlich hat die Betonung, Deutschland ginge es wirtschaftlich gut, in den letzten Monaten dazu geführt, dass wieder erste Forderungen nach leichten Verbesserungen gestellt werden. Im Streik im Erziehungsdienst beispielsweise. Die ungeheure Anstrengung, die vielen

Flüchtlinge aufzunehmen, kommt gerade recht; von einer Aushöhlung des ohnehin schwindsüchtigen Mindestlohns bis hin zu Rentenkürzungen (von Lohnforderungen im öffentlichen Dienst ganz zu schweigen) kann man Wetten darüber abschließen, wie oft von der schweren Belastung durch die vielen Flüchtlinge die Rede sein wird. Und da Flüchtlinge eine durch den politischen Apparat nach Belieben verschiebbare Menschengruppe sind, wird auch noch die eine oder andere Inszenierung folgen, um dieser Darstellung Glaubwürdigkeit und mediale Präsenz zu verschaffen.

(Eine der Informationen, die durch das Flüchtlingsdrama verschüttet wurde, betrifft übrigens die Vermögensverteilung in Deutschland. Jedes Mal, wenn diese genauer betrachtet wird, ist sie bizarrer, ungerechter, eigentlich längst unhaltbar. Wie praktisch, dass diesmal kaum jemand hingesehen hat. Und wie ungeheuer günstig, dass seit Abschaffung der Vermögensteuer unter Helmut Kohl zwar die Armut im Lande immer sichtbarer wird, der Reichtum aber gar nicht mehr erfasst wird.)

Das große Drama am Münchner Hauptbahnhof, die Aufrufe an die Bevölkerung, zu helfen – das Alles ist propagandistische Handlung. Mit solcher Verve inszeniert, dass niemand innehält, um sich zu fragen, ob es wirklich Freiwillige braucht, um zwanzigtausend Menschen mit Nahrung, Wasser und ein paar Lebensnotwendigkeiten zu versorgen. Die entsprechenden Entscheidungen vorausgesetzt, hätten sich diese Fragen geräuschlos lösen lassen. Auf dem Oktoberfest werden an manchen Tagen 500 000 Menschen bespaßt, ernährt und abgefüllt. Wie kann es dann sein, dass eine solch doch recht überschaubare Zahl von Personen, die weit unter der Besucherzahl eines Bundesligaspiels liegt, nur mit Hilfe von Freiwilligen versorgt werden kann? Nein, das war keine technische Notwendigkeit. Und mit Sicherheit weder die kostengünstigste noch die effizienteste Lösung der realen Probleme. Eine Lösung, die den wirklichen logistischen Möglichkeiten entspricht, hätte aber keine Bilder und keine Rührung geliefert. Das Ziel war hier nicht die bestmögliche Hilfe, sondern das Theater, die Propaganda der Tat.

Wie praktisch und angenehm, dass dieses Stück ein von vorneherein festgelegtes Ende hatte. Schließlich war die Kehrtwende rechtzeitig vor Beginn der Wiesen abseh- und in aller vermeintlicher Unschuld vollziehbar. Denn wenn die Maßkrüge unter der Bavaria befüllt werden müssen, ist kein Platz mehr für Flüchtlingsströme, und da die Besucher auch Fremde sind, können Bahnhof und Grenzen wieder geschlossen werden, ohne dass der Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit möglich wäre.

Menschenrechte und Menschenfeinde

Kommen wir zu den Untertönen der Geschichte. „Lichtdeutschland“ und „Dunkeldeutschland“, wie das so genannt wurde. Oder der Raum zwischen Heidenau und den Teddybären am Münchner Hauptbahnhof.

Heidenau war der notwendige Kontrast, um das Münchner Drama zur Geltung zu bringen. Hätte es nicht stattgefunden, es hätte erfunden werden müssen. Es ist ja bereits etablierter Konsens, dass die Ablehnung von Flüchtlingen rassistisch ist. Und jegliche soziale Frage ist gründlich genug aus der politischen Wahrnehmung exorziert, dass der Unterton der sozialen Verachtung in der Inszenierung ins Unbewusste verbannt bleibt.

Denn „Lichtdeutschland“ ist sozial eindeutig verortet, es ist die Heimat des (noch) gut abgesicherten Spießbürgers, während „Dunkeldeutschland“ der proletarische Mob ist, der misstrauisch und naserümpfend betrachtet wird. Natürlich wird nicht vergessen, die Spaltung unseres angeblich wiedervereinigten Landes bei dieser Gelegenheit mitzuzelebrieren – es sind schließlich die bösen sozialistisch sozialisierten Osis, die „Dunkeldeutschland“ liefern, und es sind die gutbürgerlichen Wessis, die für das Licht stehen.

Unbestritten, die tatsächliche Lage von Flüchtlingen ist nicht gut, und viele derjenigen, die, von wem auch immer, mit diesem Strom hierher gelockt wurden, werden sehr schnell feststellen, dass dieses Land alles andere als freundlich ist. Das große Pathos, mit dem an Hilfsbereitschaft appelliert wurde, kann aber auf mehrfache Weise durchaus legitime Wut erzeugen.

Das beginnt mit der Selektivität. Warum, um Himmels willen, haben syrische Flüchtlinge mehr Entgegenkommen verdient als Flüchtlinge aus dem Jemen, aus Somalia, aus Afghanistan, aus dem Irak oder einem der vielen anderen Länder, die in den letzten Jahren aus dem einen oder anderen Grund von westlichen Mächten ins Chaos gebombt oder zu Grunde gerichtet wurden? Warum sollen sie willkommener sein als Flüchtlinge aus dem Kosovo, den die Bundesregierung in jahrelanger Bemühung und innigster Kooperation mit den USA in eine Mischung aus Mafiakolonie und Flugzeugträger verwandelt hat? Diese saubere Teilung in jene Flüchtlinge, deren Land man gerade noch ruinieren will und die daher noch einen propagandistischen Nutzen abwerfen, und jene, deren Land man bereits ruiniert hat und die daher bleiben sollen, wo der Pfeffer wächst, ist zutiefst zynisch. Aber die Linke ist ja gerade mit dem Verteilen von Teddybären beschäftigt und kommt nicht dazu, auf diese Heuchelei aufmerksam zu machen.

Aber wie klingt die Aufforderung zu einer „Willkommenskultur“ in den Ohren all jener, denen dieses ihr eigenes Land vorwiegend feindselig gegenübertritt? Ist es wirklich notwendigerweise Rassismus, wenn diese plötzlich verordnete Freundlichkeit jenen sauer aufstößt, die unter Kuratel des Jobcenters stehen oder sich im Niedriglohnssektor von Monatsanfang zu Monatsanfang hangeln? Denen obendrein ständig von den „Leistungssträgern“ vorgesäuselt wird, die zu Parasiten erklärt werden, in deren Wohnungen man die Zahnbürsten zählt und deren Zukunftsperspektive Alters-

armut heißt? Komme da jetzt keiner mit Solidarität; die besteht zwischen denen unten gegen die oben, das ist etwas anderes als staatlich verordnete „Willkommenskultur“. Wir leben in einem Land, das nur sein oberstes Hundertstel willkommen heißt, und die untere Hälfte (die, nebenbei bemerkt, all die wirklich notwendige Arbeit verrichtet) am liebsten auf Wasser und Brot setzen würde. Das Versprechen des irdischen Paradieses, das der Kapitalismus in der Phase des Waffenstillstands gegeben hat, hat sich längst in Luft aufgelöst, das Zuckerbrot ist gestrichen, übrig ist die Peitsche. „Willkommenskultur“? Wenn das ähnliche Empfindungen auslöst wie mittlerweile das Wort „Reform“, nämlich düstere Befürchtungen einer weiteren Verschlechterung der eigenen Lage, so ist das nur nüchterner Realismus. Ja, der Zorn richtet sich auf die falschen Ziele, aber sein Quell ist nicht eine rassistische Einstellung, sondern eine ganz wirkliche soziale Finsternis.

Und „Lichtdeutschland“? Das ist politisch so edelmütig wie der Einkauf im Bio-Supermarkt. Eine bürgerliche Linke, die ein neues Ablassobjekt entdeckt (oder angeboten bekommen) hat. Nachdem die Frage des naturgerechten Ackerbaus über den Einkauf von durch marokkanische Arbeitssklaven geernteten spanischen Bioerdbeeren gelöst und die Frage gerechter Handelsbeziehungen in Fair-Trade-Schokolade versenkt wurde, kann man jetzt den Ablass für imperialistische Kriege durch Übergabe von Teddybären erhalten. Gibt es eine massive Bewegung für die Beendigungen der Sanktionen gegen Syrien? Gibt es nicht. Wie viele Politiker sprechen sich für sofortigen Austritt aus der NATO aus? Eben. Es gibt keine ernsthaften Bemühungen, die Lage syrischer Flüchtlinge in der Türkei zu verbessern. Aber es gibt „Willkommenskultur.“

Nicht zu vergessen, dass diese Ablasshandlung (wie all die anderen Ablasshandlungen übrigens) einen guten Anteil dessen enthält, was auf Englisch mittlerweile „classism“ genannt wird, analog zu Rassismus und Sexismus also Klassismus, auf Deutsch als Klassenhass bekannt (auch wenn wir hier marxistisch formuliert nicht von einer Klasse reden, sondern von den „Zwischenschichten“). Es handelt sich nämlich wieder einmal um eine Handlung zur Distinktion, zur Abgrenzung, die nicht zufällig, sondern aus gutem Grund letztlich in Übereinstimmung mit der imperialistischen Politik mündet. Der deutsche Spießbürger erkennt in dem vielzitierten syrischen Arzt (lassen wir einmal dahingestellt, ob es letzteren wirklich in dieser Menge gibt) Fleisch von seinem Fleische; es käme ihm nicht in den Sinn, seine Teddybären in Obdachlosenunterkünfte zu tragen oder „Willkommenskultur“ vor dem Jobcenter zu zelebrieren; jede wohlthätige Handlung beinhaltet ihr Quäntchen Verachtung für die Besitzlosen.

Ja, es gibt ein klein wenig Gegrummel über die Politik der USA. Man sollte aber nicht vergessen, dass die Erbarmungslosigkeit, mit der gegenwärtig jedes Bestreben nach Unabhängigkeit seitens der Länder quitiert wird, die in den kolonialen Kosmos gehö-

ren, zwar von den Vereinigten Staaten exekutiert wird, aber nicht nur den Interessen der Vereinigten Staaten dient (respektive, um es korrekt zu formulieren, den Interessen des US-Kapitals). Auch die bundesdeutsche Industrie zieht Gewinne daraus, dass andere Länder in der Rolle von Rohstofflieferanten bleiben, die die Preise ihrer Waren nicht bestimmen können. Die berühmten Bananen, die zum Symbol der Überlegenheit der BRD über die DDR wurden, waren hier vor allem deshalb billiger, weil die Bananenpflücker der Westkolonien gewaltsam daran gehindert wurden (und werden), vernünftige Entlohnung zu erkämpfen. Es ist nicht nur die Frage, wie weit die deutsche Wirtschaft und die deutsche Politik aktiv an den diversen Schweinereien beteiligt sind. Sie profitieren von ihnen. Am Beispiel Griechenlands konnte man sehen, dass diese Interessen durchaus eine eigene Blutspur ziehen können; auch wenn in diesem Falle die Toten nicht durch den Einsatz von Bombenflugzeugen, sondern beispielsweise durch die Zerstörung des Gesundheitswesens erzeugt wurden. Die ganze Struktur, die große Teile des Planeten im Würgegriff hält, mit IWF und Weltbank und dem NATO-Militär, ist keineswegs grundsätzlich gegen die Interessen des deutschen Kapitals gerichtet, und wie bei einer Bande von Schutzgelderpressern ist der Schläger, der den unwilligen „Kunden“ vermöbelt, nicht der einzige Beteiligte des Spiels. Augenblicklich werden koloniale Kriege mit einer Erbarmungslosigkeit geführt, die einige Jahrzehnte lang undenkbar war, und sie stürzen halbe Kontinente ins Chaos. Auf jeden Muckser in die falsche Richtung folgen Drohung mit und Durchführung von „Regimewechseln“. Aber solange hier die Bananen billig sind, gibt es keinen Grund, die Hände in Unschuld zu waschen. Und dass die Interessen des deutschen Kapitals gelegentlich mit jenen des US-amerikanischen kollidieren, sollte nicht dazu führen, zu übersehen, dass sich beide herzlich einig sind, wenn es darum geht, die Länder, die unten sind, auch dort zu halten.

Das Verhältnis des deutschen Spießbürgers zum Imperialismus an sich, wie er sich momentan in dem halbgenen Unbehagen an der US-amerikanischen Kriegspolitik ausdrückt, ist eher ein ästhetisches. Der grobe Ami möge doch bitte seine Stiefel ordentlich am Fußabtreter abputzen, damit es keine Blutflecken auf dem Teppich gibt. Zwischen einem Teddybären am Bahnhof und einer Ablehnung kolonialer Kriege liegen Welten. (Nebenbei – wenn man sich die Moden imperialistischer Legitimationserzählungen betrachtet, dürfte es nicht mehr lange dauern, bis das erste Land wegen Rassismus bombardiert wird).

Die karitative Linke

Was die bundesdeutsche Gesamlinke betrifft, ist festzustellen, dass sie weit mehr Einsatz auf Flüchtlingsbetreuung und eifriges Gegendemonstrieren verwendet als auf Proteste gegen imperialistische Kriegsführung (letzteres steht bei einigen vermeintlich Linken mittlerweile ja im Ruch des „Antisemitismus“). Weder die manipulative Me-

dienarbeit wie etwa mit dem Foto des toten Jungen (das eine ganze Reihe von Fragen aufwirft) noch die zelebrierte „Willkommenskultur“ werden in Frage gestellt. Im Gegenteil, man macht eifrig mit und verbucht diesen Ausbruch bundesdeutscher Wohltätigkeitsheuchelei als Fortschritt gegen den Rassismus.

Es gibt ja einige einfache Faustregeln im politischen Leben. Eine davon lautet, wenn die BILD-Zeitung etwas gut findet, das ich gut finde, sollte ich darüber nachdenken, was ich falsch gemacht habe.

Allerdings ist diese Reaktion alles andere als unschuldig und zeigt – wieder einmal – dass wir es hier mit einer zutiefst bürgerlichen Linken zu tun haben, mit einer bürgerlichen Moral. Kann es denn angehen, dass man (wohl wissend, wie sozial selektiv Fluchtwege nach Europa sind) sich einzig dafür einsetzt, diejenigen, die die darwinische Lotterie bis hierher überstanden haben, möglichst freundlich zu empfangen, und die anderen, die sich diese Luxusflucht nicht leisten können, völlig zu ignorieren? Solidarität ist etwas anderes als Mildtätigkeit. Solidarität ist Beistand im Kampf. Wie ist die Aufnahme eines Bruchteils relativ wohlhabender und relativ gebildeter Flüchtlinge in Deutschland eine Unterstützung im Kampf um eine bessere Zukunft für die syrische Bevölkerung? Es überrascht nicht, dass die deutsche Industrie gerne ausgebildetes Personal anderer Länder abschöpft. Es überrascht allerdings schon, wenn in Deutschland keine andere linke Antwort mehr denkbar scheint als „Bleiberecht für Alle.“

Während das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen erklärt, die Mittel für dieses Jahr seien aufgebraucht (was gerade die Flüchtlinge in ernste Gefahr bringt, die sich die teure Europtour nicht leisten können), wird die Auseinandersetzung nicht darum geführt, den vor Ort angerichteten Schaden auch vor Ort wieder gut zu machen (also nicht nur die Sanktionen gegen Syrien einzustellen, sondern Wiederaufbauhilfe zu leisten), sondern man kümmert sich um jene, die es bis hierher geschafft haben.

Das ist weder im Interesse der syrischen Arbeiterklasse noch im Interesse des Widerstands gegen den Imperialismus (man muss hier das „klassische“ Vokabular verwenden, damit das Problem sichtbar wird). Es ist eine individualistische „Lösung“ für ein kollektives Problem; als würde man eine klaffende Wunde am Bein mit einem Heftpflaster behandeln wollen, allerdings auf der Nase...

Jeder Flüchtling ist gut? Wirklich? Und wenn die ukrainischen Faschisten eines Tages eins auf die Nase kriegen und dann massenweise dort aufschlagen, wo man sie schon einmal aufbewahrt hatte, hier in Deutschland nämlich, ist das dann immer noch gut? Offene Grenzen auch für Ukronazis? Weil kein Land weltweit mehr Erfahrung in der Resozialisierung von Kriegsverbrechern hat als Deutschland?

Migration ist oft ein stabilisierender Faktor für unerträgliche Zustände. Wäre die irische Unabhängigkeit ohne die massive Auswanderung im 19. Jahrhundert früher gekommen? Wie hätte sich die deutsche Geschichte entwickelt ohne die massenhafte Auswanderung nach der Niederlage 1848 (Deutschland war bis ins 20. Jahrhundert hinein ein Auswanderungs-, kein Einwanderungsland)? Kann man wirklich behaupten, jede Migration, wann und wo auch immer, wäre im Interesse gesellschaftlichen Fortschritts? (Nebenbei, in den letzten Jahren gab es beträchtliche Auswanderung aus Griechenland, Portugal, Spanien, auch hierher. Ohne allzu große öffentliche Wahrnehmung hier, aber sicher mit Folgen für die politische Auseinandersetzung dort).

Und ist nicht eine Haltung, die nicht mehr in Frage stellt, wer wann warum wohin migriert, sondern es implizit voraussetzt, jeder Mensch auf der Welt wolle so leben wie wir in der Bundesrepublik, oder genauer, in der Bundesrepublik leben, zutiefst affirmativ, systemkonform, nur eine andere Spielart arroganter kolonialistischer Überheblichkeit? Sozusagen amerikanischer Suprematismus auf deutsch? Ja, es lebt sich im Herzen der Finsternis meist besser als in der Peripherie. Aber man sollte nicht vergessen, dass es eben das Herz der Finsternis ist und kein gelobtes Land.

Ein neuer Glaube

Das Unheimlichste am Flüchtlingstheater ist, dass es sich in eine ganze Kette ähnlich makaberer Inszenierungen einreihet. Das begann spätestens mit der Bewerbung des Maidan und Herrn Klitschko, setzte sich fort mit MH17 und erreichte einen schaurigen Höhepunkt Anfang des Jahres mit „Ich bin Charlie“. All diese Ereignisse wirkten gemacht, wurden bis zur Überwältigung emotional aufgeladen und massiv medial verwertet.

In allen Fällen gab es eine offizielle Erzählung, die nicht kritisiert werden durfte. In allen Fällen war insbesondere die Erwähnung von Interessen tabuisiert, während gleichzeitig ein ganzer Schwall von „Werten“ über das verblüffte Publikum ergossen wurde. Seit „Ich bin Charlie“ werden zudem noch ganze Massen zu öffentlichen Bekenntnissen mit einbezogen.

Diese „Werte“ bewegen sich weitgehend im Bereich reiner Behauptung. Niemand, der sich je mit den Eigentumsverhältnissen der Medien befasst hat, würde ernstlich erklären, bei uns herrsche Meinungsfreiheit. Niemand, der die perfide Szene mit Angela Merkel und dem palästinensischen Flüchtlingsmädchen gesehen hat („Ich möchte sie einmal streicheln“), kann an die „Willkommenskultur“ von „Lichtdeutschland“ glauben. Aber die Inszenierung wird von Mal zu Mal verstärkt.

Die Erzählung von den syrischen Flüchtlingen folgt auch geopolitischen Interessen. Wolfgang Ischinger, das außenpolitische Sprachrohr der Allianz, hat, wie German

Foreign Policy akkurat wie immer berichtet, schon den Einsatz der Bundeswehr in Syrien gefordert; gegen Assad, versteht sich. Ähnliches ist sowohl in Großbritannien als auch in Frankreich geschehen. Aber es steckt mehr in der Geschichte.

Der Umgang mit all diesen Momenten ist betont antirational. Ich hatte zu „Ich bin Charlie“ schon geschrieben, das ganze gemahne an eine Volksgemeinschaft der „europäischen Werte“; „Lichtdeutschland“ verstärkt diesen Eindruck noch einmal. Gleichzeitig war es noch nie so leicht, als Staatsfeind angesehen zu werden – ein wenig Widerspruch gegen eine dieser Erzählungen reicht dafür aus. Es handelt sich um eine parteiunabhängige und parteiübergreifende Formierung im Inneren mit einer aggressiven Position nach Außen, mit starken irrationalen und emotional manipulativen Anteilen. Ich hoffe sehr, mich zu irren, aber mir scheint, wir erleben gerade in Raten die Entstehung der Ideologie des europäischen Faschismus im 21. Jahrhundert.

Im Verlauf des letzten Jahres wurde deutlich, dass es durchaus mächtige Kräfte in Europa gibt, die auf Kriegskurs sind, aber zugleich wurde klar, dass die „normale“ propagandistische Bearbeitung nicht ausreicht, um die Bevölkerung für diese Zwecke einsetzbar zu machen. Seitdem erleben wir eine ganze Kette von Ereignissen, die jedesmal einen kleinen Schubs in die „richtige“ Richtung versetzen, immer in einer Verpackung, die den Inhalt bis in die kleinbürgerlich-linken Kreise hinein verdaulich hält. Gleichzeitig wird der politische Diskurs konsequent nicht nur von geopolitischen, sondern auch von ökonomischen und sozialen Inhalten entleert, und eine Botschaft immer wieder wiederholt: all diese Inhalte sind Nichts im Vergleich mit den „Werten“. Und in langsamer Steigerung wird diese Seelenmassage mit der Aussage gewürzt, für die „Werte“ müsse man bereit sein, Opfer zu bringen.

Es gibt unterschiedliche Theorien, wer den Flüchtlingsstrom in die Bundesrepublik ausgelöst haben könnte. Mag sein, es war ursprünglich ein freundlicher Gruß der Vereinigten Staaten. Oder von Herrn Erdogan, der gerne ungestört weiter mit ISIS spielen möchte. Aber er wurde hier schnell und wirkungsvoll instrumentalisiert und bis an die Grenze des Notstands ausgespielt, und mit etwas Fantasie kann man sich vorstellen, wie er noch genutzt werden könnte, um diese Grenze zu überschreiten (der Gedanke, es könnten ISIS-Anhänger mit im Strom geschwommen sein, ist ja bereits gesetzt). Angesichts der Euphorie, mit der weite Teile der Linken sowohl bei „Ich bin Charlie“ als auch bei „Lichtdeutschland“ mitspielen, möchte ich darüber eigentlich nicht länger nachdenken.

Dagmar Henn, zuerst veröffentlicht auf: www.wineyardsaker.de. Wir danken der Autorin für die freundliche Druckgenehmigung.

Zur Geschichte des Sozialismus

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen: Presse-Erklärung anlässlich des 48. Jahrestages der Ermordung von Ernesto Che Guevara

»Vor allem bewahrt Euch stets die Fähigkeit, jede Ungerechtigkeit, die irgendwo auf der Welt begangen wird, aufs tiefste zu empfinden. Das ist der schönste Charakterzug eines Revolutionärs.« (Aus dem Abschiedsbrief von Che an seine Kinder, 1966)

Heute vor 48 Jahren wurde der argentinisch-cubanische Arzt, Internationalist und Revolutionär Ernesto *Che* Guevara de la Serna im bolivianischen La Higuera auf Geheiß der CIA ermordet. Seine Mörder wollten alle Erinnerungen an ihn verhindern, indem sie seine Leiche auf einem kleinen Schotter-Flugplatz im nahe gelegenen Vallegrande verscharrten. Später wurde versucht, ihn medial zu mißbrauchen, indem sein Bild zu Werbezwecken ikonisiert wurde. Er wurde als »Mörder« verunglimpft und ein angeblicher Bruch mit Fidel Castro herbeiphantasiert.

All dies hat nichts genutzt: Der Che ist heute präsenter denn je.

Der cubanische Dichter und Schriftsteller Nicolás Guillens sagte: *»Du bist überall, lebendig, so, wie sie es verhindern wollten.«* In seinem Gedicht *»Che Comandante«* schrieb er: *»Du bist gefallen, // doch dein Licht ist ungebrochen.// Im Wind und in den Wolken der Sierra // trägt ein Pferd aus Feuer // dein Guerrillabild.«*

Heute ist das Bild des Che, das der cubanische Photograph Alberto Díaz Gutiérrez (Korda) am 5. März 1960, einen Tag nach dem Bombenattentat auf den belgischen Frachter »La Coubre« im Hafen von Havanna bei einer Trauerfeier für die Opfer mit 150.000 Menschen aufgenommen hat, weltweit präsent. Ob in den palästinensischen Flüchtlingslagern, den Bergarbeitersiedlungen in Südafrika, den Sweatshops der multinationalen Konzerne in Pakistan oder den Silberminen in Chile, ob bei den *»Black lives matter«*-Demonstrationen in den USA oder den Protesten gegen die verheerende Verelendungspolitik des Imperialismus in Athen oder gegen die kapitalistische Zurichtung der Welt mittels TTIP und Co in Berlin: Überall, wo Menschen unerschrocken für ihre eigenen Rechte und eine bessere, menschenwürdige Welt auf die Straße gehen, ist der Che präsent.

In Cuba wird das Erbe des Che gepflegt und sein Vermächtnis von Generation zu Generation weitergegeben:

»... Wenn wir an Che denken, so denken wir im Grunde nicht an seine militärischen Tugenden. Nein! Kriegsführung ist ein Mittel, kein Ziel. Das wirklich Wichtige ist die Revolution, die Sache der Revolution, revolutionäre Ideen, revolutionäre Ziele, revolutionäre Gefühle, revolutionäre Tugenden.« (Aus dem Nachruf von Fidel auf Che vom 18. Oktober 1967)

»Wenn wir darüber nachdenken, wie wir uns unsere revolutionäre, unsere Kämpfer, unsere Menschen vorstellen, werden wir ohne zu zögern sagen: Sie sollen sein wie der Che. Um auszudrücken, wie wir uns die Menschen der zukünftigen Generationen vorstellen, werden wir sagen: Sie sollen sein wie der Che. Wenn wir sagen wollen, wie wir uns die Entwicklung unserer Jugendlichen wünschen, so werden wir ohne zu zögern sagen: dass sie erzogen werden im Geiste des Che. Wenn wir eine Vorstellung vom Menschen, nicht unserer Epoche, sondern zukünftiger Zeiten suchen, so sage ich Euch von ganzem Herzen, es ist der Che.« (Fidel Castro, 1967)

Als Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba stehen wir in der Tradition des Che, der beispielhaft die Einheit von Denken und Handeln repräsentierte, eine vorbildhafte persönliche Integrität und Hingabe an das Ziel der Befreiung der Menschheit von Ausbeutung, Unterdrückung und Verelendung verkörperte.

Wir verneigen uns vor einem unsterblichen Revolutionär, der uns Motivation und Ansporn für die weitere Solidarität mit dem sozialistischen Cuba ist – gegen die anhaltende völkerrechtswidrige Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, gegen die anhaltende Versuche der Destabilisierung Cubas mittels millionenschwerer Subversionsgrüppchen, gegen die medialen Verleumdungen, Verunglimpfungen und anticubanischen Kampagnen auch in unserem Lande.

Solidarität mit Cuba – Schluss mit der Blockade – El Che Vive!

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen, i.A. Heinz-W. Hammer, Vorsitzender

Gerhard Feldbauer: Vor 100 Jahren formierte Lenin die revolutionäre Zimmerwalder Linke

Sie war ein Vorläufer der neuen Kommunistischen Internationale

Schon kurz nach dem Übergang der übergroßen Mehrheit der Führungen der sozialistischen/sozialdemokratischen Parteien Europas bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges auf die chauvinistischen Positionen der Vaterlandsverteidigung ihrer Imperialisten und damit dem Zusammenbruch der Zweiten Internationale widmete sich Lenin intensiv der Bildung einer neuen internationalen Organisation des Proletariats. „Die

proletarische Internationale ist nicht untergegangen und wird nicht untergehen. Die Arbeitermassen werden trotz aller Hindernisse eine neue Internationale schaffen“, schrieb er bereits im Oktober 1914 in seiner Schrift „Der Krieg und die russische Sozialdemokratie“, die der Schweizer „Sozial-Demokrat“ am 1. November veröffentlichte (Werke, Bd. 21, Berlin/DDR, S. 20).

Schon diese Worte zeugten von der unerschütterlichen Gewissheit des Führers der Bolschewiki, dass die Arbeiterklasse den Verrätern in ihren Reihen Einhalt gebieten werde. Das sollte für uns wieder einmal Anlass sein, Kraft daraus zu schöpfen, dass, gestützt auf ein solches Vermächtnis, auch für uns der Weg aus der Niederlage von 1989/90 heraus führen wird und wir weiter vorwärtsschreiten werden, um die Herrschaft des Kapitals zu beseitigen. Das umso mehr, als wir in der DDR bereits einmal bewiesen haben, dass es möglich ist.

Die Lügen schonungslos entlarven

Auf einer Beratung der Gruppe der Bolschewiki in Bern vom 6. bis 8. September 1914 erläuterte Lenin die nächste Aufgabe, „die wahre Bedeutung des Krieges aufzudecken und die von den herrschenden Klassen, den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie, zur Verteidigung des Krieges verbreiteten Lügen, Sophismen und ‚patriotischen‘ Phrasen schonungslos zu entlarven.“ Er hob hervor, „die beiden Gruppen der kriegführenden Länder stehen einander hinsichtlich Plünderungen, Grausamkeiten und endlosen Kriegsgräueln durchaus nicht nach.“ Die Umwandlung des „imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ bezeichnete er als „die einzige richtige proletarische Losung“.

Am 14. Oktober sprach Lenin auf einer sozialdemokratischen Veranstaltung in Lausanne über „Das Proletariat und der Krieg“. „Hat der Krieg erst einmal begonnen, so ist es undenkbar, ihm auszuweichen. Man muss auch da als Sozialist seine Sache tun“. Die Versammlung, über die der Pariser „Golos“ am 25. und 27. Oktober berichtete, war „außerordentlich stark besucht“ (Werke, Bd. 36, S. 282).

Entschieden setzte Lenin sich mit dem führenden Opportunisten der zweiten Internationale, dem deutschen Sozialdemokraten Karl Kautzky, auseinander. Dieser suchte seinen Chauvinismus durch eine „mittlere“, zentristische“ Linie zu tarnen, die er mit internationalistischen Phrasen verdeckte und seine Fraktion als „marxistisches Zentrum“ tarnte. „Das Kautzkyanertum ist kein Zufall, sondern ein soziales Produkt der Gegensätze in der II. Internationale, der Verbindung von Treue zum Marxismus in Worten und der Unterwerfung unter den Opportunismus in Taten“, schrieb er in seiner im Juli/August 1915 verfassten Schrift „Sozialismus und Krieg“, die der Verlag des „Sozial-Demokrat“ veröffentlichte (Bd. 21, S. 313). Lenin unterstrich, die Arbeiterklasse könne ihre welthistorische revolutionäre Mission nicht erfüllen ohne rück-

sichtslosen Kampf gegen „diese beispiellose theoretische Verflachung des Marxismus.“

Die revolutionären Massen erwachten

Im Sommer 1915 sah Lenin die Bedingungen für eine Konferenz der internationalistischen Sozialisten herangereift. Die Kriegsfolgen, der Tod von Millionen Menschen, die Zerrüttung des Wirtschaftslebens, Streiks, Antikriegsdemonstrationen und Verbrüderungen an den Fronten zeugten vom beginnenden revolutionären Erwachen der Massen. Der Einladung in das Schweizer Dörfchen Zimmerwald vom 5. bis 8. September 1915 folgten 38 Delegierte aus elf Ländern. Auf der Tagung hielt Lenin Reden, unterhielt sich mit den Delegierten und suchte sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, entschlossen gegen den imperialistischen Krieg und gegen den Sozialchauvinismus zu kämpfen. Es kam zur heftigen ideologischen Auseinandersetzung zwischen der geschlossenen Gruppe der Internationalisten und revolutionären Marxisten unter Führung Lenins und den Kautzkyanern und den mit ihnen Sympathisierenden mit dem deutschen Sozialdemokraten Lebedour an der Spitze. Während der Beratungen bildete Lenin die berühmte „Zimmerwalder Linke“, die auf den weiteren Verlauf der revolutionären Antikriegsbewegung großen Einfluss nahm. Dank der Hartnäckigkeit Lenins und seiner Anhänger gelang, in dem von der Konferenz angenommenen Manifest gegen den Widerstand der Mehrheit Grundthesen des revolutionären Marxismus durchzusetzen. Der Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen, sich gegen den Krieg zu erheben, endete mit den Worten: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch.“ Obwohl das Manifest an Inkonsequenz litt (es fehlte die These, dass der Imperialismus der Vorabend der sozialistischen Revolution ist), trat Lenin dafür ein, es zu unterschreiben. Der „Sozial-Demokrat“, zitierte Lenins Begründung in seiner Ausgabe 45/46 vom 11. Oktober 1915, „Es wäre schlechte militärische Taktik, wollte man es ablehnen, gemeinsam mit der wachsenden internationalen Protestbewegung gegen den Sozialchauvinismus zu marschieren, weil sich diese Bewegung langsam entwickelt, weil sie ‚nur‘ einen Schritt vorwärts macht...“ („Ein erster Schritt“, Bd. 21, S. 394).

Lenin wertete die Zimmerwalder Konferenz als einen ersten Schritt beim Aufbau einer internationalen Bewegung gegen den Krieg. Die Linken bildeten ein Büro, in dem Lenin mit den Bolschewiki einen konsequenten Standpunkt in der Frage des Krieges, des Friedens und der Revolution durchsetzte. Der Zusammenschluss der revolutionären Sozialisten war für Lenin „eine der wichtigsten Tatsachen und einer der größten Erfolge der Konferenz“

Auf der Konferenz vereinigte Lenin die revolutionären Sozialisten aus Russland, Deutschland, Polen, der Schweiz, Schwedens und Norwegens zur Zimmerwalder Linken. Damit entstand eine Organisation des revolutionären Kampfes gegen den

imperialistischen Krieg und den Sozialchauvinismus der II. Internationale als auch gegen das Versöhnertum der Zentristen. Die Konferenz bildete ein Büro, dessen Leitung Lenin übertragen wurde. Sie gab eine Zeitschrift „Vorbote“ heraus. Nach dem Sieg der Oktoberrevolution spielte die Zimmerwalder Linke eine wichtige Rolle bei der Gründung der kommunistischer Parteien ihren Ländern und bei der Bildung der Kommunistischen Internationale 1919.

„Der auf dieser Konferenz geführte ideologische Kampf wurde zwischen einer geschlossenen Gruppe von Internationalisten, revolutionären Marxisten und schwankenden Beinahe-Kautzkyanern ausgetragen, die den rechten Flügel der Konferenz bildeten“. Bd. 21, S. 396. (Der „Sozial-Demokrat“, Nr. 45/46, 11. Oktober 1915).

Die von Lenin formierte revolutionäre Linke grenzte sich offen und entschieden von den Opportunisten ab. In seiner Einschätzung „Die revolutionären Marxisten auf der Internationalen sozialistischen Konferenz“, die „Der Sozial-Demokrat“ veröffentlichte, war für Lenin der Zusammenschluss der revolutionären Sozialisten „eine der wichtigsten Tatsachen und einer der größten Erfolge der Konferenz“ (Bd. 21, S. 396).

Der Konferenz in Zimmerwald folgt vom 24. bis 30. April 1916 eine weitere Tagung im Schweizerischen Kienthal, die die Linie des revolutionären Kampfes gegen den Krieg fortsetzte und vertiefte.

Gerhard Feldbauer

Heinz W. Hammer: Wer im Glashaus sitzt

CDU-Kauder versucht sich als Zuchtmeister für Vietnam

Zahlreiche online- und Printmedien veröffentlichten am 25. und 26.08.2015 Meldungen über den ersten Besuch des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder in der Sozialistischen Republik Vietnam, wobei sie sich allesamt auf eine entsprechende dpa-Meldung stützten, die wiederum auf die Pressemitteilung von Kauder zurückging (<https://www.cdusu.de/presse/pressemitteilungen/vietnam-ist-offen-fuer-dialog-ueber-menschenrechte>). Die Pressemeldungen waren durchweg mit dem Tenor »Kauder verlangt in Vietnam Glaubensfreiheit« (nd, 26.08.) betitelt. In der CDU-Pressemitteilung heißt es wörtlich: »Die kommunistische Regierung von Vietnam ist zu einem vertieften Dialog über Menschenrechtsfragen bereit. Damit legt sie die Grundlage für einen weiteren Ausbau der Beziehungen mit Deutschland, auch der wirtschaftlichen. Den Ankündigungen sollten nun rasch Taten folgen.«

Im *Münchner Merkur* heißt es ergänzend: »Kauder sagte der Deutschen Presse-Agentur: „Ich hoffe, dass die kommunistische Regierung in Hanoi erkannt hat, dass wirtschaftliche und politische Freiheit auf Dauer nicht auseinander fallen können.“

Vertreter der deutschen Wirtschaft lobten Vietnam als Land mit hohen Wachstumsraten und großen Chancen. Kauder mahnte aber: „Ein Land wird nur dann wirtschaftlich erfolgreich sein, wenn es seinen Bürgern auch ein Mindestmaß an Freiheit zubilligt.“« (<http://www.merkur.de/politik/kauder-setzt-sich-vietnam-glaubensfreiheit-zr-5379891.html>)

Wofür und in welcher Tradition steht dieser Herr Kauder, der dem sozialistischen Vietnam hiert so unverblümt Vorschriften machen will? Und: Welche Rolle spielten die von Kauder repräsentierte Partei und die ehemalige BRD im Vernichtungskrieg der USA gegen Vietnam?

Erinnerungen an Vietnam

In ihrem Standardwerk *»Sieg in Saigon – Erinnerungen an Vietnam«* (Pahl-Rugenstein, Bonn, 2005) berichten Irene und Gerhard Feldbauer sehr anschaulich über diese Rolle. Unter der Überschrift *»Nazi-Diplomaten Botschafter in Saigon«* (S.113f.) erinnern sie sich:

»Als wir unsere Arbeit in Hanoi aufnahmen, war in Saigon ein Dr. Wilhelm Kopf Bonns Chefdiplomate, der sich seine Sporen bereits unter Hitler verdient hatte. Im Dezember 1968 wurde ein Dr. Horst von Rom sein Nachfolger. Er war im Dritten Reich Mitarbeiter der faschistischen Justiz, was seine Karriere in der Bundesrepublik in keiner Weise behindert hatte. Vorher war er u. a. Konsul in Atlanta. Auch für die USA war seine Nazi-Vergangenheit kein Anlass gewesen, seine Akkreditierung abzulehnen. Warum auch, war doch in Saigon einer ihrer Marionettenchefs, der bereits erwähnte Nguyen Cao Ky, der Hitler öffentlich zu seinem „Vorbild“ erklärte und hinzufügte, „wir brauchen vier oder fünf Hitlers“. Von Rom versicherte ihm bei seinem Amtsantritt, die Bundesrepublik werde die Unterstützung Südvietnams auch weiterhin als ihre „wesentliche Pflicht“ betrachten. Dazu gehörten bis dahin Rüstungsgüter, Kredite und anderweitige Zuschüsse in Höhe von 1,165 Milliarden DM. Unter den Regierungen Adenauer und Erhard leistete die Bundesrepublik auf der Grundlage eines „Devisenausgleichsabkommens“ in Form von Waffenkäufen zwischen 1961 bis 1965 Devisenhilfe in Höhe von über 10,8 Milliarden DM. Bei einem USA-Besuch sicherte Bundeskanzler Erhard 1966 Präsident Johnson zu, auch künftig dem „Devisenausgleichsabkommen nachzukommen“. Mit Erhard unterstützte ein weiterer Helfershelfer der Kriegsverbrechen des „Dritten Reiches“ den ähnlichen Kurs des Weißen Hauses. Er war ab 1943 „wirtschaftswissenschaftlicher Berater“ der „Reichsgruppe Industrie und der IG Farben“ gewesen.«

Zur militärpolitischen Bedeutung des Aggressionskrieges für die ehemalige BRD führten die beiden Auslandskorrespondenten der DDR-Nachrichtgenagentur ADN aus: *»Lernen, wie heute Kriege geführt werden - Im Rahmen der USA-Strategie des*

„roll back“ des Sozialismus konnte die Bundesrepublik ihre eigenen revanchistischen Expansionsziele, die sich auf die DDR und andere „verlorene“ Ostgebiete erstreckten, vertreten und, wie Die Welt am 23. Mai 1964 schrieb, in Vietnam „lernen, wie heute Kriege geführt werden“. Bundeswehrreserveoberst Adalbert Weinstein forderte in der FAZ vom 28. Dezember 1965, „neue operative und taktische Erkenntnisse“, die der dort geführte Krieg vermittele, zu studieren. Die Zeitschrift Wehr und Wirtschaft, gleichermaßen Sprachrohr der Bundeswehrführung und der Rüstungsindustrie, sprach in ihrer Nr. 8/9-1965 von der „Kriegsschule Vietnam“, dem „Probefall Vietnam“, der zu „waffentechnischen Überlegungen“ anrege und Erfahrungen, beispielsweise darüber, wie „taktischer Lufkrieg am besten“ geführt wird, vermittelt. Oberstleutnant Holltorf, Generalstabsoffizier und Militärattache in Saigon, erklärte 1967, er habe „selbstverständlich die Aufgabe, alle Entwicklungen, die für die eigene Militärpolitik, für die eigene Waffenentwicklung von Bedeutung sind, zu verfolgen.“ Die etwa 540.000 in Südvietnam stehenden GIs hielt Herr Holltorf für unzureichend und empfahl, „um den Krieg militärisch zu beenden, müssen sie hier Truppen reinpumpen, noch und noch und noch.“ Zum Ende des Krieges äußerte der Bundeswehrmilitär, das könne erst der Fall sein, „wenn Nord-Vietnam zum Einlenken gezwungen wird. Ob dieses Einlenken nun erreicht wird durch eine Besetzung Nordvietnams, oder ob es durch andere militärische Mittel und meinetwegen durch Verschärfung des Lufkrieges, das ist völlig offen.“« (S. 111f.)

Ein päsidialer »Saubermann«

Einer, der eine nicht unwesentliche Rolle in diesem militärpolitischen Komplex spielte, war der nachmalige Bundespräsident und CDU-Politiker Richard von Weizsäcker. Im online-Personenlexikon *uni-protokolle.de* heißt es zu diesem Mann:

»Seit 1954 ist Weizsäcker Mitglied der CDU. Von 1966 bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten war er Mitglied des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands. Unter seiner Leitung wurde von 1971 bis 1978 ein neues Grundsatzprogramm für die CDU erarbeitet. 1962 wurde er geschäftsführender Gesellschafter des Chemie- und Pharmaunternehmens Boehringer in Ingelheim am Rhein (bis 1966). Als 1964 das US-Unternehmen Dow Chemicals in Lieferschwierigkeiten geriet (wegen Dioxinvergiftungen der Arbeiter) verhandelte Weizsäcker mit den Amerikanern. Boehringer schloss die Produktionslücke und überlies auch ein verbessertes Produktionsverfahren für hochgiftige Stoffe aus denen dann Agent Orange hergestellt wurde. Dies hatte verheerende Auswirkung im Vietnamkrieg. Die Fa. Boehringer beteuerte aber von all dem nichts gewußt zu haben. Zugleich hieß es aber von Boehringer auch: "Solange der Vietnam-Krieg andauert sind keine Absatzschwierigkeiten zu erwarten.“« (http://www.uni-protokolle.de/Lexikon/Richard_von_Weizsaecker.html)

Deutsche Kanzler voll auf Kriegskurs

Das Ganze war eingebettet in die offizielle Staatspolitik unter dem damaligen CDU-Kanzler. Das Internet-Nachschlagewerk *wikipedia* schreibt hierzu u.a.:

»Bundeskanzler Ludwig Erhard unterstützte den US-Kriegseinsatz auch gegenüber skeptischen NATO-Partnern, gab den USA aber im April 1965 mit 30 Millionen Dollar weniger als die Hälfte der geforderten Summe. Er versuchte im Dezember 1965, die Zahlungsfristen für deutsche Rüstungskäufe in den USA zu verlängern, die der frühere Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß den USA 1961 zum Ausgleich der US-Devisen für die in der Bundesrepublik stationierten US-Truppen zugesagt hatte. Johnson wies diesen Vorstoß im September 1966 zurück. Der Dissens mit den USA über die Aufteilung der Militärkosten trug wesentlich zum Sturz Erhards bei. Sein Nachfolger Kurt Georg Kiesinger vereinbarte daraufhin mit den USA und Großbritannien im Januar 1967, die Zentralbanken der EWG und die westdeutschen Banken würden ihre Reserven von US-Dollar nicht zum Ankauf von Gold nutzen. Damit stützte die Bundesrepublik wesentlich den Dollarkurs und seine Funktion als Leitwährung, die das durch den Vietnamkrieg verursachte US-Haushaltsdefizit erheblich gefährdet hatte.«

Am Rande sei erwähnt, dass auch die SPD sich an diesem schmutzigen »Spiel« beteiligte, wie *wikipedia* weiter schreibt:

»Willy Brandt kritisierte den Kriegseinsatz der USA weder als Bundesaußenminister noch als Bundeskanzler, um die Sicherheitsgarantien der USA für Berlin nach der Berlinkrise 1961, die deutsch-amerikanische Freundschaft, den Ruf der SPD als atlantische Partei und seine Entspannungspolitik nicht zu gefährden. 1965 kritisierte er die Dominotheorie, Anfang 1968 nannte er den Rückzug der USA aus Vietnam wünschenswert und lehnte deutsche Militärbeiträge ab. Im Februar forderte die SPD auf Druck der Parteibasis einen sofortigen Bombardierungsstopp. Brandt betonte dagegen den Friedenswillen der USA und äußerte auch für Nixons Bombardierungen 1972 Verständnis.«

<https://de.wikipedia.org/wiki/Vietnamkrieg>

#Verb.C3.BCndete_Staaten

CDU prügelt's durch

Speziell die CDU sorgte dafür, dass auch auf der Straße diese Kriegspolitik durchgeprügelt wurde. Uwe Bergmann erinnert sich in seinem Beitrag *»Das Vietnam-Semester 1965/66 - Einen Sprengkörper gegen eine studentische Veranstaltung hatte die Berliner Presse als einen Silvesterschmerz behandelt; jene sechs Eier gegen ein Gebäude versetzten das offizielle Berlin jedoch in Panik, sie wurden zum Gegenstand von Schlagzeilen und Leitartikeln. Der Regierende Bürgermeister und der Rektor der FU schrieben devote Entschuldigungsbriefe an den amerikanischen*

Stadtkommandanten und stellten sich damit öffentlich hinter die Vernichtungspolitik der USA. Drei Tage später zeigte sich auf einer Gegendemonstration der CDU vor dem Amerika-Haus, an der ungefähr 150 Personen teilnahmen, wie weit Teile der Berliner Bevölkerung durch die Presse und durch Äußerungen von Politikern, besonders des Beauftragten der Bundesregierung Emst Lemmer, faschisiert worden waren. Kritiker der Kundgebung wurden von CDU-Demonstranten zum S-Bahnhof geprügelt, gezwungen, Fahrkarten "nach drüben" zu kaufen und wurden an den Haaren auf den Bahnsteig geschleift.« (Aus : Bergmann, Dutschke, Lefèbre, Rabehl, »Rebellion der Studenten«, Reinbeck, Mai 1968, S. 18ff; hier zitiert nach: <http://www.infopartisan.net/archive/1967/266707.html>)

Auch der Berliner Tagesspiegel griff die Rolle der CDU anlässlich des 40. Jahrestages des Sieges des vietnamesischen Volkes in einem Artikel am 30.04.2015 auf. In seinem Beitrag »Berlin und der Vietnamkrieg - Studenten gegen die Schutzmacht« schildert der Autor Uwe Soukoup die Szenerie: »Von Hühnereiern zu Steinen - Der erste Protest gegen den Vietnamkrieg in West-Berlin fand am 5. Februar 1966 in der Hardenbergstraße statt. Etwa 2000 Demonstranten zogen vom Steinplatz kommend am Amerikahaus vorbei. Im Laufe des Nachmittags wurde die USA-Flagge auf Halbmast heruntergezogen und es flogen drei Eier gegen das Amerikahaus, das schon auf Grund seiner zentralen Lage immer wieder zum Objekt der Protestierenden wurde. Noch waren es Hühnereier, nebenan im Supermarkt gekauft, in späteren Jahren sollten es Farber und Steine werden. Aber auch die Hühnereier verfehlten ihre Wirkung nicht. Willy Brandt, damals in seinem letzten Jahr als Berlins Regierender, mahnte an, dass es Deutschen nicht besonders gut stehe, den historischen Lehrmeister zu geben und entschuldigte sich beim amerikanischen Stadtkommandanten für die unbotmäßigen Berliner Studenten. Drei Tage später gab es eine Gegenkundgebung, zu der CDU, Junge Union und der Ring christlich-demokratischer Studenten aufgerufen hatten. Am Rande der Kundgebung wurden junge Leute, die durch Zwischenrufe aufgefallen waren, an den meist längeren Haaren gepackt und im Bahnhof Zoo in die S-Bahn Richtung Friedrichstraße gesetzt, um „nach drüben“ zu fahren. Das war die Folie für ähnliche Vorkommnisse allerdings größeren Ausmaßes nur zwei Jahre später.« (<http://www.tagesspiegel.de/berlin/berlin-und-der-vietnamkrieg-studenten-gegen-die-schutzmacht/11709088.html>)

Über Legitimationen

Die kaum vorstellbaren Folgen des barbarischen Vernichtungskrieges gegen die USA halten bis heute an (siehe: Gerhard Feldbauer: »Die Augustrevolution 1945 in Vietnam / Die Kommunistische Partei – Organisator der siegreichen nationalen Befreiungsrevolution«, offen-siv, Hannover 2015, S.153ff. – siehe auch unter:

<http://www.cubafreundschaft.de/Internationale%20Solidaritaet/Vietnam,%202015-08-21,%20Rezension%20Feldbauer-Vietnam%201945.pdf>

Ein Herr Kauder oder die von ihm vertretene Partei oder der von ihm vertretene Staat haben angesichts der direkten wie indirekten Beteiligung an den Kriegsverbrechen gegen diese geschundene Land nicht einen Hauch von Legitimation, der Sozialistischen Republik Vietnam Vorhalte ausgerechnet in Sachen Menschenrechte zu machen. Jedes einzene Wort in diesem Sinne gehört ihnen in den Rachen zurückgestopft.

Heinz-W. Hammer

Michael Kubi: Vortrag über mein Buch „Die Sowjetdemokratie und Stalin“

Am 19. September 2015 wurde mir die Ehre zu Teil, beim Freidenkerverband der Ortsgruppe Köln einen Vortrag über mein Buch "Sowjetdemokratie und Stalin - Theorie und Praxis in der Sowjetunion 1917 - 1953" zu halten. Die Veranstaltung wurde relativ zahlreich besucht und es fand im Nachhinein eine produktive Diskussion statt. Einige Genossen hatten sich die Mühe gemacht, meinen Vortrag zu filmen und ins Internet zu stellen. Das Video kann man sich unter folgendem link ansehen: <http://kubi.buchenwald-gedenken.de/> .

Da ich relativ frei vorgetragen habe und man sich den Vortrag nun auch online ansehen kann, werde ich meinen Vortrag hier nicht wörtlich wiedergeben, sondern die wichtigsten Punkte meines Buches vorstellen. Ich kann hier - wie bei meinem Vortrag - natürlich nicht alle Details des Buches erwähnen, sondern nur einen kurzen Überblick über die wichtigsten Kernaussagen geben.

Grundlage meines Buches ist es kritisch zu hinterfragen, ob der Sozialismus theoretisch wie praktisch in der Lage ist, demokratische Strukturen aufzubauen oder ob die antikommunistischen Vorurteile von einer die Mehrheit der Bevölkerung unterdrückenden "Diktatur" durch "bürokratische Parteibonzen" der Realität entspricht. Dazu wählte ich die - sowohl für Antikommunisten wie auch für viele Linke - "schwärzeste Periode" der sozialistischen Geschichte: die Periode der Geschichte der Sowjetunion, in der J. W. Stalin Generalsekretär der KPdSU war.

Schon in meinem Vorwort fasste ich die Merkmale zusammen, die dem „Stalinismus“ als seine „Definition“ angehängt wurden: „Verengung der marxistischen Theorie zu einem Dogmensystem, das hauptsächlich der Rechtfertigung der Herrschaftsverhältnisse diene; exzessiver Personenkult um den obersten Führer; Monopolisierung der Machtausübung und der Meinungsbildung bei der Kommunistischen Partei; Aus-

schaltung aller autonomen Gruppen außerhalb der Partei; Beseitigung aller bürgerlichen Freiheiten und Rechtsgarantien; umfassender Terror gegen weite Bevölkerungskreise; zentralistisch-bürokratischer Aufbau des Parteiapparats; Unterwerfung der kommunistischen Weltbewegung unter die außenpolitischen Interessen der UdSSR." (S. 5 meines Buches). Jeder, der nur eine grobe Kenntnis der Geschichte der Sowjetunion hat, aber die Vorurteile kennt, würde erst mal zustimmen. Tatsächlich werden diese "Merkmale des Stalinismus" wie Bibelverse nachgebetet und als ewige Wahrheiten immer wiedergekaut. Zu den beliebtesten Themen gehören dabei natürlich die Repressionen, die Schauprozesse, die Gulags etc. Die Konzentration der antikommunistischen Propaganda auf diese Repressionsgeschichten hat natürlich ihren Zweck: die Menschen sollen Angst vorm Sozialismus haben, denn dieser würde immer in Terror, Not und Unterdrückung enden!

So interessant dieses komplexe Thema aus historischer, philosophischer und politischer Hinsicht auch sein mag, zu dem viele hervorragende Arbeiten erschienen sind (ich erinnere da nur an die Arbeiten von Grover Furr, Ludo Martens, Harpal Brar und Kurt Gossweiler), so habe ich mich in meinem Buch auf einen anderen Aspekt konzentriert, der aber nicht weniger wichtig ist.

Es geht um die Frage, ob die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion verwirklicht wurde. Diese Frage ist insofern wichtig, weil sie sich mit einer wichtigsten Säule des Marxismus-Leninismus auseinandersetzt: kann eine Demokratie für die Mehrheit der Bevölkerung (was nun mal die Diktatur des Proletariats auch sein soll) unter sozialistischen Voraussetzungen (gesellschaftliches Eigentum der Produktionsmittel) tatsächlich erreicht werden oder handelt es sich hier um eine "linke Utopie", die fernab jeglicher Realität steht? Dafür ist die Geschichte der Sowjetunion besonders interessant, da es sich - abgesehen von dem Hass auf Stalin - um den ersten sozialistischen Staat handelte und dieser unter den schwersten Bedingungen existierte. Dabei werte ich u.a. die Arbeiten diverser - meist bürgerlicher - Historiker aus, die Zugang zu den sowjetischen Archiven hatten bzw. haben.

Doch dabei belasse ich es nicht. Das Aufzählen von Fakten wäre bloß reiner Empirismus. Um die Fragestellung meines Buches befriedigend zu beantworten ist es wichtig, diese auch in einen philosophisch richtigen Rahmen zu bringen. Daher werden wichtige Termini wie Bürokratie, Demokratie, Freiheit etc. auch philosophisch ausgewertet. Das unterscheidet nämlich die bürgerliche Wissenschaftsmethode von der marxistisch-leninistischen: weder praxisentferntes Theoretisieren noch reines Aufzählen von Daten, sondern das dialektische Wechselspiel von theoretischer Abstraktion und historischer Konkretheit bringen einen der Wahrheit näher.

Bürokratie und Klassenherrschaft

Ein wichtiges Vorurteil, warum man demokratische Strukturen im Sozialismus verleugnet, ist das Stichwort Bürokratie. In der Sowjetunion habe nicht die Arbeiterklasse geherrscht, sondern eine dekadente Schicht von Bürokraten, die in punkto Ausbeutung der Werktätigen der Bourgeoisie in nichts nachstand. Besonders Stalin sei es gewesen, der den Marxismus-Leninismus entstellt und so die Herrschaft der Bürokraten zu rechtfertigen versucht habe. Der wichtigste Kritiker der „bürokratischen Methoden“ des Stalinismus war niemand geringeres als Leo Trotzki. In seinem Buch "Die verratene Revolution" rechnet er mit der „stalinistischen Bürokratie“ ab und bezeichnet den „Stalinismus“ als Terrorherrschaft der Bürokraten. Wer sich das Buch von Trotzki mal zur Kenntnis führen will, - und dies kann ich nur empfehlen, um die Arbeitsweise Trotzki kennenzulernen - dem wird ein Problem auffallen: Trotzki meidet es so gut es geht Quellenangaben zu nennen, Fußnoten zu setzen, Seitenzahlen von Quellen und Statistiken und Dokumenten im Fließtext einzubauen oder ein Literaturverzeichnis zu erstellen. Das heißt, Trotzki missachtet jegliche Methodik des wissenschaftlichen Schreibens, das nicht bloßer Formalismus ist, sondern ein notwendiger Bestandteil, um Aussagen kritisch zu überprüfen. Damit ist, selbst wenn Trotzki recht gehabt hätte, sein Werk wissenschaftlich wertlos, da nicht oder nur schwer überprüfbar. Man hat als Kommunist Trotzki so zu glauben wie die Christen dem Dogma von der Jungfrauengeburt Marias.

Umso erstaunlicher ist es, dass doch zur Stalin-Kritik dieses Buch immer wieder empfohlen wird. Nun könnte man ja einwenden, dass Trotzki vielleicht unsauber mit den Quellen umgegangen sei, seine Grundaussage über die Diktatur der Bürokraten trotzdem aber richtig sei. Nun nach einer marxistisch-leninistischen Definition (wenn man wohlwollend davon ausgehen will, dass Trotzki's Kritik an der Bürokratie von einem "wahren" marxistischen Standpunkt aus betrieben wurde) der Bürokratie sucht man bei Trotzki vergeblich. Seine Definition von Bürokratie neigt eher zu moralisierender Esoterik als zu Wissenschaftlichkeit, weshalb ich mir polemische Ausdrücke nicht verkneifen konnte (vgl. Seite 10 meines Buches).

Will man der Frage nachgehen, ob die Bürokratie eine herrschende Klasse ist, ist es wichtig, ihre Stellung zu den Produktionsmitteln zu untersuchen. Denn Klassen definieren sich dadurch, ob sie im Besitz der Produktionsmittel sind oder eben nicht. Jene, die die Produktionsmittel besitzen, sind die herrschende Klasse. Man kann nun feststellen, dass die Bürokratie zum Verwaltungsapparat des Staates gehört. Der Staat hingegen ist Instrument der herrschenden Klasse. Somit verfügt die Bürokratie über keine Produktionsmittel und dient als Verwaltungsapparat der herrschenden Klasse. Rein von dieser Logik her kann es weder im Sozialismus noch im Kapitalismus eine „Diktatur der Bürokraten“ geben!

Bei der Analyse der Bürokratie habe ich mich hauptsächlich auf die Arbeit von Max Seydewitz "Stalin oder Trotzki" konzentriert, der auch selbst Trotzki zitiert und z. B. zeigt, dass zwar Trotzki die Bürokratie nicht als eigene Klasse sieht, aber diese Tatsache für die Sowjetunion nicht beachtet. Eine andere interessante Schrift, die ich zitiere, ist jene von David. W. Lovell "Trotsky's Analysis of Soviet Bureaucratization", der aufzeigt, dass Trotzki's Bürokratie-Kritik moralisch ist und nicht wissenschaftlich.

Nun, wenn auch geklärt ist, dass die Bürokratie keine herrschende Klasse ist, so können von ihr trotzdem Gefahren ausgehen. Vertieft in ihre Zettelwirtschaft haben Bürokraten oft negative Eigenschaften wie Korruption, Inaktivität, Ineffizienz und Überheblichkeit, wodurch Partei und Staat entarten können. Besonders gefährlich können, bedingt durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln, diese Eigenschaften in einem sozialistischen Staat sein.

Gegen Stalin könnte man nun einwenden, dass er gegen diese Entartungsgefahren nicht gekämpft, sondern diese noch gefördert habe. In meinem Kapitel "Lenin und Stalin über die Gefahren des Bürokratismus" zitiere ich einige Beispiele solcher bürokratischer Gefahren – dargestellt von diversen bürgerlichen Historikern. Ich lasse aber auch Stalin ausführlich zu Wort kommen und es zeigt sich, dass der Vorwurf, Stalin würde die Bürokratie nicht bekämpfen sondern fördern, den Tatsachen nicht entspricht. Stalin trat besonders energisch gegen bürokratische Auswüchse auf. Bei meiner Recherche zu diesem Thema konnte ich meine Hypothese, dass Stalin gegen die Bürokratie kämpfte, durch ein interessantes Buch untermauern. Die Rede ist von "Stalin - Briefe an Molotow" von Lars Lih, einer der wenigen guten bürgerlichen historischen Schriften über die Stalin-Ära, die in deutscher Sprache erhältlich sind. Lih's Aussagen zu diesem Thema sind an marxistischer Analyse näher dran, als so manches Geschwätz eines "modernen, antidogmatischen Linken". Im Übrigen ist ein interessanter Nebenaspekt von Lih's Arbeit, dass er beweist, dass Stalin die Weltrevolution nicht vernachlässigte.

Man könnte jetzt aber immer noch einwenden, dass Stalin eventuell in Worten gegen die Bürokratie war, aber in der Praxis nichts unternommen wurde, es also eine Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis gab. Eine wichtige Maßnahme gegen bürokratische Auswüchse ist Bildungsarbeit, insbesondere politische Bildungsarbeit der Parteikader. In meinem Kapitel "Durch Bildung den Bürokratismus überwinden" fasse ich die wichtigsten Maßnahmen der Bildungspolitik der KPdSU zusammen, wie die Rolle der Kritik und der Selbstkritik, der Kontrolle von unten und gehe auf wichtige politische Schriften wie den kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU ein. Es werden aber auch die Misserfolge erwähnt, wie z. B. der fehlgeschlagene Plan Stalins und seiner Mitstreiter, dass höhere Parteikader für mehrere Monate ihre Posten an gebildete untere Parteikader abgeben und an politischen Bildungsseminaren teilnehmen

sollten. Diese überaus wichtige Maßnahme konnte aufgrund der Rebellion der Parteibürokraten zu diesem Zeitpunkt nicht verwirklicht werden, nicht zuletzt aufgrund der brisanten politischen Situation 1937/38.

Partei und Demokratie

Selbst wenn man nun das Problem mit der Bürokratie für geklärt hält, kommt immer noch ein weiterer Vorwurf: die Sowjetunion konnte unmöglich demokratisch sein, da es ja nur eine Partei gab und Demokratie doch eine Opposition in Form einer anderen Partei braucht. Es besteht also der Irrglaube, dass die Demokratie von der Vielfalt der Parteienlandschaft abhängt. Daher war es mir wichtig, im zweiten Kapitel "Demokratie ohne bürgerliche Parteien" auch die Dialektik zwischen Demokratie und Diktatur aufzuzeigen. Bei der Vorbereitung zu meinem Vortrag stieß ich auf ein Filmzitat aus "der Diktator" mit dem "Borat"-Schauspieler Sascha Baron Cohen. Der Film ist billiger, wertloser Klamauk, doch ein Zitat des "Diktators" ist doch bemerkenswert und fasst einiges zu diesem Thema gut zusammen:

"Wieso seid ihr alle so sehr gegen Diktatoren. Stellt euch vor, Amerika wäre diktatorisch geführt. Ihr könntet den gesamten Reichtum des Landes auf nur 1% der Bevölkerung verteilen. Ihr könntet euren reichen Freunden helfen noch reicher zu werden, indem ihr deren Steuern senkt und sie finanziell unterstützt, wenn sie in den Börsen alles verzoxt haben. Ihr könntet das Bedürfnis der Armen nach Gesundheitsfürsorge und Bildung ignorieren. Eure Medien könnten vortäuschen frei zu sein, würden aber insgeheim von einer Person und dessen Familie gelenkt. Ihr könntet Telefone abhören lassen, ihr könntet ausländische Gefangene foltern, ihr könntet Wahlen manipulieren, ihr könntet Lügen erfinden um Kriege zu beginnen. Ihr könntet eure Gefängnisse mit einer bestimmten ethnischen Volksgruppe füllen und keiner würde sich beschweren. Ihr könntet die Menschen durch die Medien so sehr verängstigen, dass sie eine Politik unterstützen, die nicht ansatzweise ihre Interessen vertritt."

Auch wenn das Filmzitat nicht in aller Konsequenz zu Ende gedacht ist, so zeigt es doch, dass sich Diktatur und bürgerliche Demokratie nicht ausschließen. Mit einigen Umformulierungen ließe sich das oben zitierte auch auf die „demokratische“ BRD anwenden. Tatsache ist, dass es „Demokratie“ als solche nicht gibt. Auch sie steht nicht über den Verhältnissen, sondern spiegelt sie wider. Entscheidend ist auch hier die Klassenfrage: wer über die Produktionsmittel verfügt, hat auch die reale Macht. Jene, die über keine Produktionsmittel verfügen, werden durch die Unterdrückungsmaschinerie des Staates im Zaum gehalten. Ich bringe hierzu ein nettes Zitat des russischen Philosophen Tschernyschewski: „Weder mir noch ihnen, geehrter Leser, ist es verboten, von goldenen Schüsseln zu speisen; leider haben sowohl Sie wie ich keine, und wir werden wahrscheinlich niemals die Mittel zur Befriedigung dieser reizenden Idee haben, deswegen spreche ich es offen aus, dass ich wenig von meinem Recht

halte, goldene Schüsseln zu haben und bereit bin, dieses Recht für einen Silberrubel und noch billiger abzugeben." (S. 19 meines Buches).

Entsprechend wird der Klassencharakter der Demokratie sowohl unter Einbeziehung der Klassiker als auch konkreter historischer Beispiele analysiert. Mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist historisch erstmals garantiert, dass „Demokratie“ der Mehrheit der Bevölkerung dient und die ehemaligen besitzenden Klassen unterdrückt werden. Dies ist keine theoretische Abstraktion, die mit realen Verhältnissen nichts zu tun hat, sondern die korrekte Widerspiegelung dieser.

So wie die Demokratie nicht über den Verhältnissen steht, müssen Parteien auch in ihrem historischen Zusammenhang verstanden werden. Entsprechend zeige ich die Geschichte der Parteien in den USA, Großbritannien, BRD und Russland, sowie ihre Rolle im politischen System bürgerlicher Herrschaftsstrukturen. Wichtig ist es, dabei auch zu erwähnen, welche Rolle die Kommunistische Partei im Sozialismus spielt und wie sie sich von den Parteien bürgerlichen Typs unterscheidet.

Im Zusammenhang mit der Frage der Bedeutung der Demokratie und der Parteien kommt man natürlich auch auf das Thema Freiheit zu sprechen, besonders, was die politischen Freiheiten angeht. Auch hier stelle ich, wie bei den Begriffen Demokratie, Parteien und Bürokratie, klar, dass auch „Freiheit“ nicht unabhängig von den Produktionsverhältnissen gesehen werden kann. Besonders konzentriere ich mich hier auf die Presse- bzw. Medienfreiheit als Teil der Meinungsfreiheit. Im Kapitalismus sind die Medien in Privatbesitz und entsprechend müssen sie profitorientiert arbeiten. Dabei stehen die Medien natürlich im Interesse der herrschenden Klasse. Die Aussage von Marx und Engels: "die herrschende Meinung ist immer die Meinung der Herrschenden", kommt nicht von ungefähr. Auch hier zeige ich lebende Beispiele der Monopolisierung und Profitorientierung kapitalistischer Staaten.

Prinzipiell ließen sich über bürgerliche Demokratie und politische „Freiheiten“ in kapitalistischen Staaten, ihre Verschleierung der realen Macht und ihren tatsächlichen Klassencharakter ganze Enzyklopädien und Bibliotheken füllen. Themenbezogen konnte ich dies Thema nur anreißen und selbst nur dieser kurze Einblick in die reale kapitalistische „Meinungsfreiheit“ konnte überzeugend darstellen, dass kapitalistische Meinungsfreiheit tatsächlich profitorientierte Manipulation ist, bei der (fast) alles erlaubt ist außer der Verbreitung der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse.

Nun könnte man ja auch hier einwenden, dass ja der Kapitalismus so frei ist, dass wir Kommunisten hier ungestört unsere Meinung kundtun könnten. Schließlich darf ich ja hier ein "lobendes Buch" über Stalin veröffentlichen und dazu noch Vorträge halten. Nun ist sicherlich jedem der Leser hier bekannt, dass die Zeitschrift offen-siv es fi-

nanziell nicht leicht hat und die Produktion des Buches nicht billig und mit finanzieller Unterstützung meinerseits zustande kam. Ich glaube kaum, dass die Springer-Presse oder der Bertelsmann-Konzern um der Meinungsfreiheit Willen dieses Buch finanziert oder uns eine Druckmaschine geliehen hätte. Und wir wissen aus der Geschichte, dass, sobald die Arbeiterbewegung zur ernstes Gefahr für die Bourgeoisie wird, sie wieder in die Mottenkiste des Faschismus oder des KPD-Verbotes zurückgreifen wird.

In der Sowjetunion, wie im Sozialismus überhaupt, sind die Medien ebenso vergesellschaftet und die Verbreitung kapitalistischer Propaganda ist tatsächlich verboten. Das heißt aber nicht automatisch, dass das sowjetische Pressewesen monoton war und keinerlei Kritik duldet. Schaut man sich die sowjetischen Presseorgane an, wird man feststellen, dass es einen lebhaften und leidenschaftlichen Meinungs austausch über die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen des sozialistischen Aufbaus gab. In meiner Arbeit zitiere ich unterschiedliche sowjetische wie bürgerliche Historiker, die das sowjetische Pressewesen analysieren. Selbst die striktesten Antikommunisten müssen feststellen, dass der sowjetische Staat ein Mitbestimmungsstaat war, der seine Bürger ermutigte, Verwaltungsbehörden zu kritisieren (vgl. S. 88).

Eine besondere Wichtigkeit hatten neben den offiziellen Zeitungen die vielen Wandzeitungen der Betriebe und Genossenschaften, die von den Arbeitern ihrer Fabrik selbst geschaffen wurden und von Problemen des Betriebsablaufes, der Produktion etc. handelten (vgl. ab S. 92). Einzelne Zeitungen und sogar Parteiführer erhielten auch Leserbriefe, Kalinin z. B. über 77.000 Briefe pro Jahr (vgl. S. 94)!

Sehr interessant ist festzustellen, dass die von mir zitierten bürgerlichen Autoren sich auf die negativen Äußerungen der Arbeiter konzentrieren und durch diese selektive Wahrnehmung dem Leser suggerieren wollen, dass 1. irgendwie nichts im Sozialismus funktionierte und dass 2. die Menschen eine antisowjetische Grundhaltung hatten. Dies fußt wohl auch auf dem Vorurteil, dass im Sozialismus jegliche Kritik unterdrückt wird. Dabei ist nicht jede Kritik automatisch antisowjetisch. Die Ironie der Geschichte ist ja, dass die bürgerlichen Autoren ihre Kritik am Sozialismus aus der sozialistischen Presse selbst entnehmen! Tatsache ist, dass die sowjetische Bevölkerung dem System positiv gegenüber stand und eben ihr Recht auf Kritik wahrnahm!

Planwirtschaft und Demokratie

Wenn nun festzustellen ist, dass Demokratie und die damit verbundenen politischen Freiheiten von den Produktionsverhältnissen abhängen, ist es folgerichtig zu analysieren, wie demokratisch ein Wirtschaftssystem ist.

Bezüglich der Planwirtschaft herrschen dieselben alten Vorurteile: Planwirtschaft sei bürokratisch, ineffizient, unflexibel und natürlich undemokratisch. Doch auch hier

entsprechen diese Vorurteile nicht den Tatsachen. Ich zeige in meinem Kapitel über die Planwirtschaft, dass diese sich auf eine möglichst breite Masseninitiative stützte und von Diskussionen, Verbesserungsvorschlägen, Auswertungen und Kontrollen begleitet war. Der Plan als solcher war nie ein fertiges Konstrukt, das nach dem Prinzip der Kommandowirtschaft durchgepresst wurde. Bei der Planwirtschaft waren die von den Gewerkschaften organisierten Produktionskonferenzen von größter Wichtigkeit. Diese hatten zu Beginn der Industrialisierung der Sowjetunion ihren Anfang und hatten zum Ziel, dass sich die Belegschaft, insbesondere die Arbeiter, mit den Planvorgaben auseinandersetzten, diese diskutierten und Verbesserungsvorschläge machten. Es entstand eine breite Masseninitiative, an der bald Millionen von Arbeitern teilnahmen und tausende von Verbesserungsvorschlägen machten. Aus diesen Produktionskonferenzen entstand der sozialistische Wettbewerb, der zum Ziel hatte, dass die Arbeiter basierend auf Eigeninitiative die Produktionsmethoden verbesserten und so die Arbeitsproduktivität steigerten.

Der sozialistische Wettbewerb hatte nicht zum Ziel, Konkurrenten auszuschalten, wie es im Wettbewerb des Kapitalismus der Fall ist, sondern die Arbeiter und Betriebe halfen einander, sich zu verbessern. Der Höhepunkt des Wettbewerbs wurde mit der Stachanow-Bewegung erreicht, benannt nach Alexej Stachanow, der seine Normen während einer Schicht um das 15-fache erhöhte. Das Selbstbewusstsein der Arbeiter wurde gestärkt, sie verbesserten ihre materielle Lage, wurden politisch gebildet, kritisierten Betriebsleiter und Parteifunktionäre und hatten seitens der sowjetischen Regierung die vollste Unterstützung. Anders als die Behauptung Trotzki's oder anderer Kritiker führte die Stachanow-Bewegung nicht zur Ausbildung einer Arbeiteraristokratie, da jeder Arbeiter die Möglichkeit hatte (und sie der größte Teil auch nutzte!) Stachanow-Arbeiter zu werden.

Eine weitere wichtige Funktion in der Sowjetdemokratie hatten die Gewerkschaften. Der sozialistische Wettbewerb war nicht nur auf die Industrie begrenzt, sondern weitete sich auch auf die Landwirtschaft aus. Als Quelle zu diesen Thematiken nutzte ich u. a. Robert Thurston: *Life and terror in Stalin's Russia*, ein sehr zu empfehlendes Buch eines bürgerlichen Historikers. Auch die Bücher von Andrew Rothstein, eines linken russischstämmigen britischen Journalisten, sind eine hervorragende Quelle. Für das Kapitel über die Gewerkschaften nutzte ich u.a. Wendy Goldmans Buch *"Terror and democracy in the age of Stalin"* (bemerkenswert, dass eine bürgerliche Historikerin es wagt, den Begriff Demokratie und den Namen Stalin in einem Satz zu verwenden), die dem Kampf für die Demokratisierung der Gewerkschaften Mitte der 30er Jahre analysierte. Sie berichtet auch über die Gewerkschaftswahlen 1937, die mit Gegenkandidaten stattfanden.

Bezüglich der Effizienz der Planwirtschaft ist das Buch von Robert C. Allen "From Farm to Factory" zu empfehlen. Dieser bürgerliche Ökonom weist nicht nur die Kritik diverser "Sowjetologen" zurück, die die Ineffizienz der Planwirtschaft behaupten, sondern kommt durch seine Auswertung ökonomischer und demographischer Daten zu - für einen bürgerlichen Ökonomen - überraschenden Ergebnissen. So war die Planwirtschaft ökonomisch sehr erfolgreich, die Konsumtion und sozialen Leistungen stiegen enorm an und die Werktätigen profitierten von der Wirtschaft. Dabei macht er auch internationale Vergleiche, besonders mit der ökonomischen Entwicklung einiger südasiatischer Staaten und stellt fest, dass das sowjetische Wirtschaftswachstum um einiges das der asiatischen kapitalistischen Wirtschaftsboom-Länder übertraf. Es zeigt sich also, dass Planwirtschaft funktioniert - wenn man sie denn richtig macht.

Entsprechend war es mir wichtig die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Tode Stalins zu analysieren. Hier geht es natürlich um die Frage der Warenproduktion und des Wertgesetzes im Sozialismus. Beides wurde in der sowjetischen Ökonomie seit Chruschtschow erweitert (erinnert sei da an die Diskussionen um die Maschinen-Traktoren-Stationen und die Kolchosen), den Betrieben wurde mehr Eigenverantwortung und Gewinnorientierung zugeteilt, Betriebe durften einen Teil ihres Gewinnes behalten und damit die Produktionstechnik erneuern und die zentrale Planwirtschaft als solche wurde zunehmend ausgehöhlt. Dies hatte problematische Folgen für die ökonomische und politische Entwicklung der Sowjetunion. Wir wissen, dass die Erneuerung der Produktionstechnik enorme Investitionen erfordert, die im Sozialismus nur der Staat tragen kann (siehe Stalins Schrift zu den ökonomischen Problemen des Sozialismus), nicht aber ein Betrieb.

Entsprechend wurde die sowjetische Produktionstechnik nicht nur immer maroder, sondern die Gewinne der Betriebe gingen nicht selten in die eigene Tasche der Betriebsleitung. Der Geldüberhang lies, begünstigt durch die ökonomischen Reformen und den politischen und moralischen Verfall der Partei (nicht selten war Parteimitgliedschaft mit Karrieregründen verbunden), eine Schattenwirtschaft entstehen, die zum Ende der Breschnew-Ära einen bedeutenden Teil der sowjetischen Wirtschaft ausmachte und später zur Stütze für Gorbatschow wurde. Zu diesem richtigen Schluss kommen R. Keeran und T. Kenny in ihrem Buch "Socialism Betrayed - Behind the collapse of the Soviet Union". Einige besondere Fälle der sowjetischen Schattenwirtschaft dokumentiert Arkardi Waksberg in seinem Buch "Die sowjetische Mafia".

Verfassung und Wahlen

Das letzte Kapitel meines Buches befasst sich mit der sowjetischen Verfassung von 1936 und der nach dieser Verfassung stattfindenden Wahlen. Die sowjetische Verfassung von 1936 basierte auf einer breiten Masseninitiative, an der über 40 Millionen Sowjetbürger teilnahmen und fast 170.000 Vorschläge gemacht wurden. Es zeigte

sich hier deutlich, dass das politische Bewusstsein der Sowjetbürger gestiegen war, da man sich auch mit Fragen des Charakters der sowjetischen Gesellschaft befasste. Auf Basis dieser Verfassung fanden mehrere Wahlen statt: die Gewerkschafts- und Parteiwahlen vom Sommer 1937, die mit Gegenkandidaten stattfanden, und die Wahlen zum Obersten Sowjet (Dezember 1937). Die Wahlen zu den neuen Gewerkschafts- und Parteiorganen dienten der Steigerung der Demokratie und dem Kampf gegen den Bürokratismus.

Der Historiker J. Arch Getty hält die Parteiwahlen für die bedeutendste antibürokratische Maßnahme, die mit Sippenwirtschaft und Machtmonopolen aufräumte. Die Hälfte der Parteiführung wurde ausgewechselt und jene korrupten Kader, die sich noch behaupten konnten, wurden im Zuge der Säuberung entfernt.

Die Wahlen zum Obersten Sowjet sollten auch mit Gegenkandidaten stattfinden, Stalin und seine Anhänger haben dafür plädiert. Letztendes fanden die Wahlen aber ohne Gegenkandidaten statt. Es gab nur einen Kandidaten pro Sitz. Was ist also geschehen? Die Partei- und Gewerkschaftswahlen haben gezeigt, dass die Machtbasis der korrupten Parteikader zu wackeln begann. Zeitgleich fiel dies mit entdeckten Verschwörungen gegen die Sowjetregierung zusammen (die sogenannten Moskauer Prozesse). Aus Angst, ihre Machtposition zu verlieren, sabotierten viele hohe Parteifunktionäre die demokratischen Reformen Stalins (Wahlen zum Obersten Sowjet mit Gegenkandidaten) und konzentrierten sich in Kooperation des NKWD auf die Suche nach "Volksfeinden". Die Zeit der sogenannten "Jeschowtschina" begann.

Wir sehen hier eine antagonistische Entwicklung zwischen persönlichen Interessen der Parteifunktionäre und sich erweiternden Zielen der sozialistischen Entwicklung. Die Situation geriet teilweise aus dem Ruder: viele Unschuldige wurden als Volksfeinde und Konterrevolutionäre verhaftet, teilweise erschossen. Stalin und der Sowjetführung konnte es gelingen, diese Situation zu normalisieren. Die Position des NKWD-Chefs Jeschow begann zu wackeln und viele übereifrige Säuberer wurden selbst wegen ihrer Verbrechen an der sozialistischen Gesetzmäßigkeit verurteilt. Nur einer konnte unbestraft davon kommen: Nikita Chruschtschow, der zu den eifrigsten Säuberern in Moskau und der Ukraine gehörte.

So interessant und spannend die historische Entwicklung und die politischen Prozesse dieser Zeit sind, sie konnten aufgrund der Fragestellung des Buches nicht näher ausgewertet werden. Die offen-siv veröffentlichte hierzu mehrere Artikel, z. B. die Arbeiten von Grover Furr. Festzustellen ist aber, dass selbst diese Zeit nicht dem anti-kommunistischen Paradigma des stalinistischen Terrors gerecht werden will. Der bürgerliche Historiker Robert Thurston schreibt: „Aber die Statistiken der russischen Archive weisen darauf hin, dass das Ausmaß der Verhaftungen und unnatürlicher Tode unter Stalin nicht ausreichend genug war, um eine generelle Angst vor dem

Regime hervorzurufen, selbst wenn man die indirekten Opfer, die Freunde und Familien jener, die vom NKWD fortgebracht wurden, berücksichtigt. Die Masse impressionistischer Beweise, die man in vielen Memoiren, Interviews und anderer Berichte finden, zeigen dasselbe. (...) Auf jeden Fall traf der Terror nur eine Minderheit der Bürger, wenngleich eine bedeutende, und die Gewalt konzentrierte sich auf die Elite des Landes. Viele Bürger hatten allerdings den Terror nicht erlebt oder gar bemerkt, außer in der Zeitung oder in Reden.“ (S. 195 meines Buches)

Auch wenn die Wahlen ohne Gegenkandidaten einen Rückschritt darstellen, kann man dennoch nicht behaupten, dass das sowjetische Wahlsystem undemokratisch war. Denn ein besonders wichtiger Aspekt sowjetischer Wahlen ist die Kandidatennominierung - ein Prozess, der in bürgerlichen Demokratien nicht oder kaum die Sache des Volkes ist. Bürgerliche Demokratien leben von alle paar Jahre stattfindenden Wahlen und man sucht sich aus einer Gruppe vorgefertigter Kandidaten denjenigen aus, der das kleinere Übel zu sein scheint. Demokratie heißt hier allerhöchstens Auswahl innerhalb etwas Vorgegebenem, wer die Kandidaten nominiert liegt, nicht in der Macht der Volkes, sondern in der der Herrschenden.

Die Nominierung der Kandidaten in der Sowjetunion zu Stalins Zeiten war jedoch ein besonders intensiver Diskussionsprozess. Jeder Wahlbezirk nominierte mehrere Kandidaten bzw. es wurden mehrere Kandidaten aufgestellt. Nach langen Diskussionen wurden Kandidaten gestrichen, bis man sich auf einen Kandidaten einigte, den man zur Wahl aufstellte. So erklären sich übrigens die 99% Stimmen für den Kandidaten am Wahltag. Der Wahltag war nur der letzte Schritt eines viel langwierigeren Wahlprozesses. Die Wahl der Kandidaten fand sozusagen vor der eigentlichen Wahl statt. Sarah Davies, wiederum eine bürgerliche Historikerin, schildert in ihrem Buch "Popular Opinion in Stalin's Russia" mehrere solcher Kandidatendiskussionen. Ihr Buch ist natürlich antikommunistisch und daher - wie die anderen auch - mit gewisser Vorsicht zu genießen, da sehr tendenziös und die negativen Aspekte hervorhebend oder behauptend, dass diese Diskussionen nur vereinzelt vorkamen (ohne diese Behauptung zu belegen). Doch es ist bezeichnend, dass Davies zu dem Schluss kommt, dass man in der Sowjetunion Stalins durchaus offen seine Meinung sagen konnte, ohne gleich befürchten zu müssen, vom NKWD verhaftet zu werden; so stimmten doch bei den Kandidatendiskussionen so einige gegen Stalin, Kalinin etc., es zeigt sich aber auch, dass die Nominierung der Konsens-Kandidaten nicht immer harmonisch verliefen, da korrupte Parteikader nicht selten ihre Kandidaten durchsetzen konnten. Wären mehr als ein Kandidat nominiert worden, hätten sie da größere Probleme gehabt.

Übrigens hörte der Einfluss der Wähler auf die Nominierung der Kandidaten nicht auf. Kandidaten waren nach ihrer Wahl ihren Wählern rechenschaftspflichtig. Tat-

sächlich hatten die Wähler auch Einfluss auf das Wahlprogramm (vgl. S. 209). Wahlen in der Sowjetunion waren also keine formale Angelegenheit.

In bürgerlichen Demokratien hingegen werden die wichtigen politischen Entscheidungen außerhalb der Parlamente getroffen. Hinzu kommt noch ein aufgeblähter Beamtenapparat und eine große Anzahl Lobbyisten, auf die Wähler gar keinen Einfluss haben.

Schluss

Welche Lehren kann man aus meinem Buch ziehen? Ich denke, die wichtigste Erkenntnis ist, dass Sozialismus möglich ist. Die Diktatur des Proletariats stand in der Sowjetunion nicht auf dem Papier, sondern wurde bei allen Problemen und Schwierigkeiten verwirklicht. Es zeigt sich außerdem, dass es einen Punkt außerordentlicher Wichtigkeit - besonders im Kampf gegen Revisionismus - gibt: die Bildungsarbeit in der Partei. Denn die politische Erziehung der arbeitenden Massen kann nur funktionieren, wenn die Kommunistische Partei ihre Avantgardefunktion erfüllt. Dafür müssen Kader jedoch gebildet sein.

Ich hoffe, dass mein Buch ein Teil dieser Bildungsarbeit ist und einiges an Aufklärung leisten kann.

Michael Kubi

Gerhard Feldbauer: Vor 115 Jahren wurde der deutsche Kommunist Otto Braun geboren. Als Militärberater der Komintern nahm er am „langen Marsch“ der chinesischen Volksbefreiungsarmee teil

Der am 28. September 1900 geborene Otto Braun gehört zu den bewundernswerten Kommunisten unserer Bewegung. Über 50 Jahre kämpfte er in den Reihen der revolutionären Partei der Arbeiterbewegung.

Er stand in Deutschland 1919 auf den Barrikaden der Bayrischen Räterepublik und später an weiteren Brennpunkten bewaffneter revolutionärer Kämpfe.

1928 wurde er von der Klassenjustiz der Weimarer Republik in der berüchtigten Haftanstalt Moabit in Berlin eingekerkert. Es ist kaum bekannt, dass Olga Benario, die spätere Ehefrau des Generalsekretärs der KP Brasiliens, Carlos Prestos, die 1942 im Konzentrationslager Ravensbrück ermordet wurde, damals seine Lebensgefährtin war. Und ebenso, dass sie im April 1928 mit einer Gruppe von Kommunisten ihn dort befreite.

Braun floh danach in die Sowjetunion. Die Kommunistische Internationale delegierte den erfahrenen proletarischen Militär zum Studium an die Frunse-Militärakademie der Roten Armee.

Nach dem Abschluss schickte ihn die Komintern 1932 nach China, wo er über sieben Jahre als militärischer Berater beim Zentralkomitee der KP Chinas in Schanghai und in den Sowjetgebieten in Südchina arbeitete.

Er erarbeitete den Plan für den langen Marsch

Auf diesem Posten unterbreitete Otto Braun auch den Plan für den legendären „Langen Marsch“ der Volksbefreiungsarmee quer durch China, an dem er als Li De ("Li, der Deutsche") als einziger Ausländer teilnahm. Bei der Volksbefreiungsarmee war Otto Braun auch Gegenspieler einer Gruppe von zirka 70 Militärberatern der Reichswehr, zu der zahlreiche weitere Techniker und Zivilisten gehörten, - bei der Armee des konterrevolutionären Guomindang-Regimes unter Tschiang Kai-schek (Djiang Djia-schi). Die Gruppe aus der Weimarer Republik wurde mehrere Jahre von hochrangigen Militärs wie den Generälen Alexander von Falkenhausen und Hans von Seeckt, General im Ersten Weltkrieg und von 1920 bis 1926 Chef der Heeresleitung der Reichswehr, geleitet.

Seit 1927 waren im Ergebnis des nationalen Befreiungskampfes unter Führung der KPCh ein zentrales Sowjetgebiet und danach weitere in Mittel- und Südchina entstanden. Tschiang Kai-schek ging mit Unterstützung imperialistischer Kräfte aus den USA, Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und Italiens mit überlegenen militärischen Kräften gegen die befreiten Gebiete vor. Umfangreiche Lieferungen an Flugzeugen, Panzern und Artillerie kamen, wie die „Rote Fahne“ der KPD am 6. Februar 1927 enthüllte, aus Deutschland.

Unter dem Druck der überlegenen gegnerischen Kräfte musste die zentrale Armeegruppe der Volksbefreiungsarmee, von der einige Verbände eingekreist waren, einen strategischen Rückzug, den „langen Marsch“, antreten. In seinen „Chinesischen Aufzeichnungen 1932-1939“ (Dietz Verlag, Berlin/DDR 1975) hat Otto Braun, ohne seine wichtige Rolle herauszustellen, ein anschauliches und sehr detailliertes Bild von diesem militärisch einmaligem Feldzug gezeichnet, das das Buch heute zu einer Rarität des Augenzeugen macht. Während des am Abend des 16. Oktober 1933 beginnenden „langen Marsches“ legte die Armee 10.000 Kilometer zurück, durchquerte 12 Provinzen, überwand 18 Gebirgszüge, davon fünf mit ewigem Eis und Schnee, überquerte 24 breite Flüsse, mehrere gefährliche Sümpfe und bestand dabei unzählige, auch verlustreiche Gefechte mit den an Waffen und zahlenmäßig an Menschen überlegenen Kräften des Gegners. Die Truppen bewältigten oft täglich und das meist nachts Gewaltmärsche von 40 bis 50 Kilometern. Die erste entscheidende Schlacht

gewannen die Befreiungskämpfer, als sie Mitte Dezember 1933 die tiefgestaffelten Stellungen der Guomindang, die die deutschen Militär-Experten für „unüberwindlich hielten“, erfolgreich durchbrachen.

Ein Sieg gegen eine ungeheure Übermacht feindlicher Truppen

Beim Aufbruch zählte die Armee 75.000 bis 81.000 Mann, davon 57.000 bis 61.000 Kämpfer, die nur über etwa 42.000 Gewehre und 1.000 leichte und schwere Maschinengewehre verfügten. Es mangelte an Kleidung, Nahrung und Medikamenten. Als der „lange Marsch“ am 20. Oktober 1935 im nordwestlichen Wajaubau zu Ende ging, hatten 7.000 bis 8.000 Menschen, davon 5.000 bis 6.000 Soldaten, die Kämpfe überlebt. Das waren, wie Braun festhält, „alles kampfgestählte Kader, die später im antijapanischen Krieg und im darauffolgenden Volksbefreiungskrieg das Rückgrat der Partei und der Armee bildeten“. Trotz der schweren Verluste war der lange Marsch „politisch betrachtet, dennoch ein Sieg der chinesischen Roten Armee“. Sie hatte „einer ungeheuren Übermacht feindlicher Truppen getrotzt, hatte ihre befestigten Stellungen und Einkreisungen durchbrochen, sie Dutzende Male geschlagen und Hunderte Male ausmanövriert“, so Braun weiter. Im Gebiet von Yanan (Jenan) konnte die KPCh eine neue Hauptbasis der revolutionären Kräfte errichten.

Mit dem „langen Marsch“ wurden die Pläne Tschiang Kai-scheks, die kommunistische Befreiungsbewegung zu zerschlagen, vereitelt. Patriotische Offiziere in seiner Armee, die den Bürgerkrieg ablehnten und für eine gemeinsame Front gegen die japanischen Aggressoren eintraten, erhielten im Gegenteil Auftrieb. Unter ihrem Druck musste Tschian Kai-schek 1937 den gegen die Kommunisten geführten Bürgerkrieg einstellen und mit der KPCh gemeinsam gegen Japan kämpfen. In dieser Periode der Einheitsfront entstand in Huan Pei bei Kanton eine gemeinsam unterhaltene militärische Lehranstalt, an der sowjetische Militärs Offiziere der Volksbefreiungsarmee als auch Tschian Kai-checks ausbildeten.

Während des „langen Marsches“ wurde Otto Braun auch Zeuge der parteiinternen Auseinandersetzung in der Führung der KP China, in denen sich Mao tse tung mit seinen kleinbürgerlichen Ansichten, in denen er die Bauernmassen als die entscheidende Triebkraft der Revolution sah, durchsetzte.

Im Herbst 1939 kehrte Otto Braun nach Moskau zurück. Der zweite Weltkrieg hatte begonnen und er brachte seine reichen militärischen Erfahrungen in die Rote Armee ein. Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR arbeitete er unter Kriegsgefangenen und lehrte an der zentralen Antifa-Schule in Krasnogorsk. Er übersetzte zahlreiche Bücher aus dem Russischen, darunter Scholochows „Ein Menschenschicksal“.

In der DDR wirkte er von 1961 bis 1963 als Sekretär des Schriftstellerverbandes, war danach als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED verantwortlich für die 40-bändige Gesamtausgabe der Werke Lenins.

Otto Braun verstarb am 15. August 1976 in Varna in Bulgarien.

Gerhard Feldbauer

Interview zur Freilassung Alexander Dorins

Interview mit Alexander Dorin, Vorbemerkung seines Verlages

Der Haupt-Verlag von Alexander Dorin, der Ahriman-Verlag aus Freiburg Brsg., schrieb folgendes:

„Liebe Freunde und Unterstützer von Alexander Dorin, anbei schicken wir Euch das Interview, das wir mit Alexander Dorin unmittelbar nach seiner Haftentlassung geführt haben. Es ist äußerst aufschlußreich, was den Wert der Öffentlichkeitsarbeit, ja überhaupt die *Herstellung* dieser Öffentlichkeit am Monopol der Lügenpresse vorbei, anbelangt. Hierzu habt Ihr einen wertvollen Beitrag geleistet. A. Dorin sagte, daß ohne die zahlreichen Proteste seine Haft mindestens zwei Monate länger gedauert hätte und daß bereits nach Eintreffen der ersten Proteste der ihn verhörende Kommissar "wie ein umgedrehter Handschuh" gewesen sei und beteuert habe, er arbeite nicht mit der CIA zusammen. - Alexander Dorin geht es den Umständen entsprechend gut; die Kartenaktion nach dem Vorbild der Solidaritätskampagne mit Angela Davis war schlechthin *lebensrettend* und hat Mithäftlinge zu spontanem Applaus veranlaßt - ein Lichtblick in finsterner Kerkerzelle! A. Dorins Wohnung trägt immer noch sichtbar Spuren des Polizeivandalismus (beschädigte Türen, durcheinandergeworfenes Mobiliar, eingeschlagene Glasfronten usw.); dies wird alles Gegenstand baldiger ausführlicher Dokumentation sein. A. Dorin bat uns nochmals ausdrücklich, allen seinen Unterstützern und Helfern seinen herzlichen Dank zu übermitteln.“

Ahriman-Verlag

Interview mit Alexander Dorin (AD) am 3. Oktober 2015 – einen Tag nach seiner Haftentlassung

Ahriman: Nach der Mitteilung Ihres Anwalts sowie Ihrer Nachricht auf unserem Anrufbeantworter 10 Minuten nach Ihrer Freilassung waren wir extrem erleichtert und haben erst einmal auf Ihre Freilassung angestoßen! Die Schweizer Behörden haben Sie über ein Vierteljahr gefangengehalten. Können Sie uns die Umstände Ihrer Verhaftung erzählen? Was hat sich ereignet, wie lauteten die Begründungen, warum wurden Sie überhaupt verhaftet?

AD: An diesem Tag, ich glaube, es war der 16. oder 17. Juni, ist eine aus zahlreichen Beamten bestehende Spezialeinheit – bewaffnet mit Gewehren, Schlagstöcken und allem Möglichen – in meine Liegenschaft eingebrochen, indem sie die Eingangstür mit einem Rammbock oder was es auch immer war aufgesprengt hat. Zu dem Zeitpunkt hielt ich mich im Garten auf, und sie sind von der Seite in den Garten eingedrungen. Ich bekam einen Schlag auf den Hinterkopf, so daß ich zu Boden stürzte, wurde an Händen und Füßen gefesselt und bekam außerdem eine Augenbinde. Ehe ich mich's versah, stand ich gefesselt in meinem Garten und konnte nichts mehr sehen. Die ganze Zeit über hat dieses Sonderkommando hysterisch herumgeschrien, und ich wurde ins Haus getrieben, weil die Nachbarn wegen dem Gebrüll herausgekommen waren. Ich wurde ins Haus gezerrt, und dort haben sie im oberen Stock auch gleich noch einen meiner Mieter und seine Freundin verhaftet. Dann ging es erst richtig los: meine Wohnung wurde durchwühlt und in Unordnung gebracht, alle Schränke und Schubladen wurden aufgerissen. Diverse Gegenstände wurden beschlagnahmt, d.h. alles, was sie für beschlagnahmenswürdig empfanden.

Ahriman: Geschah dies, während Sie noch in der Wohnung standen?

AD: Ja, ich war gefesselt und mußte mitansehen, wie in meiner Wohnung das Unterste zuoberst gekehrt wurde.

Ahriman: Haben die Eindringlinge irgendeine Begründung für ihren Vandalismus in Tateinheit mit Körperverletzung geliefert?

AD: Nein, nichts – ich wurde einfach überwältigt. Es dauerte sicherlich eine Stunde, während der ich gefesselt dasaß und die Sondereinheit Teile meines Wohnungsinventars beschlagnahmte und einpackte. Sie haben auch meine Mietzinseinnahmen – ich zahle ja zweimal pro Jahr Hypotheken für die Bank, und die Mietzinseinnahmen betragen von Januar bis zum Juni 2015 20.000 Schweizerfranken – gleich miteingesackt sowie sämtliche Unterlagen über das Haus – den Hauskaufvertrag, Rechnungen, finanzielle Belege, auch Disketten, auf denen Material für meine Bücher gespeichert ist – alles, was mit meiner politischen und schriftstellerischen Tätigkeit zu tun hat.

Mein Computer wurde beschlagnahmt, externe Festplatten mit meinen gesamten Recherchen über Ex-Jugoslawien – alles wurde konfisziert. Ich wurde dann in einem Polizeibus in einen Käfig gesperrt und direkt zum Gefängnis gefahren. Dort blieb ich zuerst einmal drei Tage eingekerkert, bevor ich wiederum gefesselt zum Haftrichter in einen anderen Teil von Basel gebracht wurde. Wie einen Schwerverbrecher hatte man mich an Händen und Füßen gefesselt vor den Haftrichter geführt. Am gleichen Tag hat mir die Staatsanwaltschaft eine Pflichtverteidigerin regelrecht aufgedrängt, man kann es nicht anders sagen! Diese Verteidigerin erinnerte mich vom Typ her übrigens an Alice Schwarzer.

Ahriman: Hatten Sie zu diesem Zeitpunkt schon die gegen Sie erhobene Anklage erfahren?

AD: Nein. Als ich mit der mir aufgenötigten Pflichtverteidigerin sprach, hat sie wörtlich zu mir gesagt: "Ja, das schaut nicht gut aus, Sie werden sicherlich längere Zeit hierbleiben." Dann hat sie mir noch einen wertvollen Ratschlag auf den Weg gegeben. Sie hat gesagt, ich solle einfach schauen, daß ich mich nicht umbringe. Ja, ihre Worte lauteten: "Herr Dorin, ein guter Tip: Sie werden lange hier drin sein, bringen Sie sich nicht um." Dann wurde ich zurück in die Zelle gebracht, und da wußte ich nun erstens, daß ich mindestens drei Monate meiner Freiheit beraubt sein werde und ich mich zweitens nicht umbringen soll – wirklich wertvolle Erkenntnisse...

Ahriman: Ungeheuerlich! Das ist der sogenannte Rechtsstaat Schweiz.

AD: Genau. So fing das Ganze an...

Ahriman: Und bereits zu diesem Zeitpunkt wurde Ihnen mitgeteilt, daß Ihre Haft drei Monate dauern würde?

AD: Ja, sie haben gesagt: vorläufig drei Monate.

Ahriman: Wie waren die Haftbedingungen, unter denen Sie festgehalten wurden?

AD: Also, ich erzähle es mal vom Ende her. Sagen wir es so: Ich war mit "hochkarätigen" Leuten eingesperrt, mit Mördern, Dieben, Dealern von harten Drogen, Überfallkommandos. Sie haben von sich aus erzählt, daß sie schon in vielen Gefängnissen Europas gesessen hatten, aber die Untersuchungshaft in Basel fanden selbst sie zu kraß. Sie sagten, das sei das Schlimmste, was sie bislang erlebt hätten – und es waren wirklich schwere Jungs. Ich war während fast zwei Monaten 23 Stunden täglich in einer winzigen Zelle eingesperrt, draußen herrschte eine brutende Hitze, und wegen eines neuen Fenstersystems, das sich nicht mehr öffnen läßt, kam dort nur so wenig Luft ins Gefängnis, daß die Häftlinge zum Teil die ganze Nacht beim Wärter geklingelt haben: "Wir ersticken!" Ein Mann ist tatsächlich gestorben. Die Leiche haben sie dann weggeschafft; ich weiß nur, daß er mit Vornamen Daniel hieß und ziemlich

corpulent war; wahrscheinlich hat sein Kreislauf das nicht mehr mitgemacht. Man ist 23 Stunden lang Tag für Tag in der Zelle eingesperrt wie ein Schlachtschwein, man degeneriert geistig und körperlich, man glotzt in den Fernseher oder auf die Wände und kann sich tagtäglich amerikanische Massenverblödungs-Hollywoodfilme angucken, da die meisten Mitgefangenen sich fast durchgehend solchen Schrott anschauen.

Ahriman: Der Fernseher ist dort also die einzige Abwechslung?

AD: Genau. Und einmal täglich wird man unter die Dusche zitiert, und dann gibt es noch einen winzigen Hof, auf dem man sich eine Stunde täglich bewegen kann, bei 37°C, bei denen es einem im Hochsommer den Kopf ausdörft. Wenn man vom Hofspaziergang zurückkommt, ist man halb dehydriert, weil man während des Hofgangs nichts zu trinken mit nach draußen nehmen darf. Wenn man dann halb verdurstet zurückkommt und fragt, ob man etwas zu trinken bekommen kann, heißt es: "Hast ja eine Leitung im Zimmer." Da säuft man dann wie das liebe Vieh Leitungswasser in der Zelle und bekommt dreimal am Tag diesen Schweinefraß vorgesetzt; man hängt monatelang in einem Raum fest, in dem man nichts tun kann, außer sich umdrehen und in die Glotze schauen. Wenn es draußen regnet, hat man die Wahl: entweder wird man beim Hofgang durchnäßt, oder man geht gar nicht erst raus und verblödet komplett in der Zelle.

Häftlinge mit gesundheitlichen Problemen werden mit Medikamenten vollgepumpt. Da gab es Gefangene, die wie wandelnde Leichen aussahen. Leidet einer an Depressionen, wird er mit Beruhigungsmitteln vollgestopft. Ich habe Insassen gesehen, die waren wirklich nur noch Zombies, lebende Tote – komplett zugeröhnt mit Medikamenten und Beruhigungsmitteln. Ich habe mitbekommen, wie einer um Epilepsiemedikamente bat, worauf es hieß, heute Abend gebe es überhaupt nichts mehr. Am nächsten Morgen ist er aus seiner Pritsche gefallen, hat einen epileptischen Anfall bekommen und wurde deshalb in den Bunker gesperrt. Ich habe mit vielen Häftlingen geredet, und ausnahmslos alle sagten, es sei eine schlimme Form von Menschenrechtsverletzung, die diese Junta-Justiz in Basel praktiziert. Das ist eine absolute Schweinerei, Menschenrechtsverletzung hoch zehn. Ich habe mitgekriegt, das Häftlinge zusammengeschlagen wurden. Vor allem haben sie es auf Ausländer abgesehen; ich erinnere mich an einen Afrikaner mit einem angeschwollenen Gesicht. Als ich zum Verhör abgeführt wurde, habe ich unterwegs gehört, wie ein Häftling zusammengeprügelt wurde. Später haben sie das Blut weggeputzt! Ich wußte schon immer, daß die Schweiz ein US-gesteuerter Unrechtsstaat ist, aber das ging sogar über meine Vorstellungskraft hinaus.

Am schlimmsten ist die Staatsanwaltschaft. Sie erinnert mich an ein mafiöses Bandensystem: Sie haben in diesem Untersuchungsgefängnis uneingeschränkt das Sagen, und außerhalb dieser Mauern gibt es keine Instanz, einfach niemanden, der einem

helfen kann. Man ist während der Untersuchungshaft diesen Unmenschen restlos ausgeliefert.

Ein paar Details zu meinen Haftbedingungen: Ich durfte während der ersten zwei Monate nichts schreiben. Alles, was ich geschrieben hatte, wurde einbehalten und zurückgeschickt mit der "Begründung", sie würden diese Leute nicht kennen und könnten deshalb nichts durchgehen lassen. Und dies, obwohl in den Haftregelungen und Rechtsbelehrungen ausdrücklich festgehalten ist, daß man schreiben kann, nur nicht über den eigenen Fall. Ich habe über meinen Fall kein Wort geschrieben, trotzdem ist nichts durchgegangen – zwei Monate lang. Sämtliche Besuchsanträge wurden ebenso abgelehnt, und nur ein Besucher wurde letztlich durchgelassen: ein Herr Trümpy. Aber er durfte nicht offen mit mir reden, er wurde die ganze Zeit unterbrochen. Eine absolute Katastrophe.

Sie haben mich ebenfalls daran gehindert, mich um meine finanzielle Situation zu kümmern. Als ich nachfragte, wie ich meine finanziellen Angelegenheiten regeln könne, damit es nicht zu Pfändungen kommt, teilte mir der Kommissar mit, er habe auch keine Ahnung. Dabei muß man wissen: es gibt einen Sozialdienst, der eigens für diesen Zweck eingerichtet ist, und der Beamte hat mir zwei Monate lang verschwiegen, daß es eine solche Einrichtung gibt. Sie haben es also gezielt darauf angelegt, daß meine Existenz komplett an den Arsch geht, kaputt gemacht wird. Ich habe es erst zwei Monate später erfahren.

Ein gewisser Kommissar Roppel hat außerdem Falschmeldungen nach außen getragen. Eine Frau Helga Schopp hatte nämlich nachgefragt, wie es mir gesundheitlich gehe. Der Kommissar hat geantwortet – ich besitze die Kopie des Faxes –, dem Herrn Dorin gehe es gut. Er hat mich aber gar nicht gefragt, wie es mir geht, sondern hat einfach die falsche Information weitergegeben, mir würde es gutgehen. Also ich weiß nicht, wem es gutgehen kann, wenn er 23 Stunden täglich über Tage, Wochen, Monate hinweg in der Zelle eingesperrt ist, in der es fast keine Luft zum Atmen gibt. Ich weiß wirklich nicht, wem es unter solchen Umständen gutgehen kann – vielleicht dem Kommissar Roppel, er kann es ja mal probieren, ob er sich dabei gut fühlt, ich wünsche ihm alles Gute dabei. Aber mir ging es sicherlich nicht gut – wie keinem der Insassen dort. Ich meine nicht nur in moralischer Hinsicht, sondern auch physisch: es geht ums bloße Überleben.

Ich wollte noch darauf hinweisen, daß ich regelmäßig von den verschiedenen Kommissaren verhört wurde, insgesamt drei. Einem dieser Kommissare, namens Wilhelm, wollte ich die Haftbedingungen schildern, denn ich hatte ihm bereits gesagt, daß unter solchen Bedingungen sicher so mancher Gefangene einknicken und falsche Zugeständnisse machen wird. Als ich ihm aber die Haftbedingungen schildern wollte, hat er sich geweigert, dies ins Protokoll aufzunehmen, und wechselte sofort das Thema.

Nachdem ich ihn darauf hingewiesen hatte, daß ich über die Haftbedingungen reden möchte, wurde er sogar leicht aggressiv und wehrte sich mit Händen und Füßen dagegen. Also ist **keinerlei** Kritik von mir an der Staatsanwaltschaft jemals im Protokoll festgehalten worden. Es wurde einfach **nichts** von Belang zu Protokoll genommen.

Ahriman: Und das sind dann aber die Unterlagen, die den Verlauf des Prozesses bestimmen sollen. Zum Auftakt kriegt man gleich gesagt, man sei hier mit Sicherheit sehr lange, solle sich aber nicht umbringen, und wenn man über die skandalösen Haftbedingungen etwas sagen will, dann heißt es "nein". Klaus Croissant, einer der Strafverteidiger der RAF, der nicht zu Kreuze gekrochen ist und deshalb nicht Minister oder Parlamentarier werden durfte, fand in seiner Gefängniszelle Rasierklingen, die man in der Kloschüssel deponiert hatte – auch so ein dezenter Hinweis.

AD: Das Protokoll ist also schlicht und einfach eine Farce.

Ahriman: Hatte man Ihnen denn mitgeteilt, daß Besuchsanträge gestellt worden sind? Wir vom Ahriman-Verlag hatten zum Beispiel mehrfach versucht, Sie im Gefängnis zu besuchen.

AD: Ja, sie haben mir gesagt: "Wer ist das und wer ist dies und was wollen die von Ihnen? Kennen Sie den?" Ich habe gesagt: "Das ist wahrscheinlich jemand vom Ahriman-Verlag", oder: "Das ist die Menschenrechtlerin." – "Lassen wir nicht zu, das geht nicht. Nein, die kann auch nicht kommen."

Ahriman: Unserem Mitarbeiter haben sie hingegen gesagt, Sie hätten nicht gewollt, daß wir kommen. An einem Tag wurde unser Mitarbeiter sogar viermal wieder zurückgeschickt, sobald er bei der Staatsanwaltschaft bzw. im Untersuchungsgefängnis vorsprach. Immer hieß es "jetzt nicht", sofort wurden alle Akten vom Tisch genommen oder umgedreht, damit man nichts lesen und erkennen konnte. Und dann erzählte man uns, **Sie** wollten nicht, daß jemand zu Besuch kommt.

AD: Nein, Blödsinn. Das ist einfach eine weitere Lüge. Ich habe prinzipiell Besuch nicht abgelehnt, sondern nur einmal gesagt, es fragt sich, was für einen Sinn Besuche geben würden, denn man darf ja nicht über den Prozeß sprechen, und man kann ja nicht nur über das schöne Wetter reden. Ich darf ja kein Wort verlauten lassen, weder über die Haftbedingungen noch über meinen Prozeß. Aber prinzipiell abgelehnt habe ich die Besuche natürlich nicht. Sie wurden ausschließlich von den Kommissaren abgelehnt, wahrscheinlich auf Weisung des Staatsanwalts. Während dieser fast vier Monate wurde nur der Besuch einer Person zugelassen, und das war eben Herr Kasper Trümpy aus Solothurn. Wir wurden mehrfach unterbrochen, wenn wir auch nur geringfügig von Lari-Fari-Themen abgewichen sind, und zwar mittels plärrendem Mikrophon. Daß ich Besuche abgelehnt hätte, ist eine reine Erfindung der Staatsanwaltschaft.

Ahriman: Unglaublich! Sie weiß natürlich warum. Wir wußten selbstverständlich auch, daß wir nichts zum Prozeß oder zu den Büchern hätten sagen können. Aber eine Ermutigung zum Durchhalten wäre es schon gewesen, wenn man mitbekommt, daß Weggefährten einen besuchen und sagen, halte durch, wir tun außen alles, was wir können. Das Verbrecherische ist die Unterbindung der Kommunikation; das restliche Unrecht ist Folge davon.

AD: Ja. Der Gipfel war, als ein Schweizer Rechtsanwalt, der schon seit 40 Jahren praktiziert – Herr Edmund Schönenberger aus Zürich – mich besuchen wollte und der Staatsanwalt – ein Dr. Thomas Homberger mit Namen – ihm eben dies verboten hat. Der Rechtsanwalt hat sich daraufhin auf die europäischen Menschenrechte berufen und gefragt, weshalb er mich nicht besuchen könne – man kann ja bis zu drei Anwälte engagieren –, worauf ihm der Staatsanwalt kackfrech antwortete, er gehöre nicht zum engeren Familienkreis. Als wäre das nötig bei einem Anwalt, daß er zum "Familienkreis" gehört! Herr Schönenberger hielt dem Staatsanwalt dann schriftlich vor, daß ihn seine Methoden an den Faschismus erinnerten. Diese Einschätzung von dritter Seite ist ein wertvoller Hinweis darauf, daß ich mit meinen Schilderungen nicht übertrieben habe: wenn sogar ein versierter Jurist einen Staatsanwalt faschistischer Methoden bezichtigt, dann will das etwas besagen.

Herr Schönenberger bekräftigte dies ein weiteres Mal in einem Interview mit der serbischen Tageszeitung 'Vesti', in der er abermals den Faschismus-Vorwurf gegenüber Dr. Homberger erhob. Auch mein Anwalt, Herr Dr. Suter, hat sich kürzlich in 'Vesti' über das ungewöhnlich harte und willkürliche Vorgehen gegen mich geäußert. Meine Haftbedingungen waren eine absolute Zumutung und eine Katastrophe.

Der Grund dafür ist ja auch klar: man soll weichgeklopft werden. Es betrifft natürlich nicht nur mich, die wollen jeden dort gefügig machen. Aber weil sogar Mörder und Leute, die wegen versuchten Mordes angeklagt wurden, schon nach kurzer Zeit in die offene Abteilung verlegt wurden, muß ich mich fragen, warum ich zwei Monate in diesem Loch ausharren mußte.

Ahriman: Wie lautete denn die eigentliche Anklage, die gegen Sie erhoben wurde, und wie ging es weiter?

AD: Mir wurde irgendwann eröffnet, ich sei wegen eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz angeklagt, es würde um Cannabis gehen. Der tatsächliche Hintergrund ist folgender: Ich verkehre seit etwa einem Jahr mit einem ehemaligen französischen Geheimdienstler, einem Ex-Jugoslawen mit Spitznamen Dominik. Er ist französischer Staatsbürger, hat für den französischen Geheimdienst gearbeitet und war während der Balkankriege unterwegs, um Erkundigungen über die jeweils aktuelle Kriegssituation einzuholen. Er hat mich seit Jahren mit wichtigen Dokumenten ver-

sorgt. Wir haben Freundschaft geschlossen. Mir fiel auf, daß ich beschattet wurde, seit ich mit ihm verkehre.

Die Bespitzelung ist der eine Teil der Geschichte. Der andere Teil ist folgender: In meinem Freundeskreis gibt es neben Leuten, die Alkohol trinken und Wein genießen, auch noch Personen, die regelmäßig Hanf konsumieren. Wenn wir uns bei mir zu Hause trafen, haben einige meiner Bekannten immer mal wieder einen Joint geraucht. Die Ermittler haben das zum Vorwand genommen, um mich zu verhaften – als wäre es ein Verbrechen, einen Freundeskreis zu haben, der teilweise Marihuana konsumiert. Die Hanfpolitik in Basel war ja während Jahren als ziemlich liberal bekannt. Erhalten hat mein Freundeskreis den Hanf von einem Bekannten aus dem Tessin. Der wurde ebenfalls verhaftet, und mir wurde angelastet, ich hätte im grossen Stil mit Marihuana gedealt. Als die Verhöre und Ermittlungen begannen, habe ich ab einem gewissen Punkt gemerkt, daß das Ganze natürlich nur ein Vorwand ist. Denn plötzlich ging es um meine Bücher. Mein Computer war ja beschlagnahmt worden, meine Disketten desgleichen, externe Festplatten – alles was mit meinen Büchern in Zusammenhang stand, wurde mir weggenommen. Man befragte mich über die Bücher, über diesen Ex-Geheimdienstler, mir wurden Protokolle von Telefongesprächen mit demselben vorgelegt, Photos von ihm gezeigt, und ich habe relativ rasch begriffen, daß es ein politischer Prozeß ist, der darauf abzielte, mich zu verleumden und zu kriminalisieren, so daß es in Zukunft heißen sollte: Ach ja, der überführte und verurteilte Rauschgift-Dealer. Meine Recherchen zum Propaganda-Mythos Srebrenica sollten unter diesem erlogenen Delikt begraben werden.

Ahriman: Man halte sich nochmals vor Augen: Sie wurden geschlagen und an Händen und Füßen gefesselt, man hat Ihnen wie in Guantánamo die Augen verbunden – und alles wegen angeblichen Cannabis-Handels. Würde die Polizei immer so verfahren, hätte sie viel zu tun. Bei uns in Freiburg dealen übrigens sogenannte "unbegleitete" jugendliche Flüchtlinge aus Nordafrika und dem Nahen Osten auf einem Platz in der Innenstadt bekanntermaßen mit Heroin, ohne daß sie etwas zu befürchten hätten – das wäre dann nämlich "Rassismus" pur. In unmittelbarer Nachbarschaft befindet sich übrigens eine Schule, und die Eltern der Schüler sammeln morgens die gebrauchten Spritzen ein, damit sich ihre Kinder nicht stechen und womöglich infizieren. Die Kunden dieser Dealer setzen sich vor dem Schulgebäude den Schuß und fordern die Schüler auf, zuzuschauen, damit sie wissen, wie es geht. Hier spielt die Polizei Mucksmäuschen. Bei Ihnen hingegen werden wegen angeblichen Cannabis-Handels der Computer sowie Bücher und CDs etc. beschlagnahmt – was sollen denn Ihre Bücher bei der Anklage wegen Cannabis-Handels zu suchen haben? Man merkt von vornherein, daß es ein schäbiger Vorwand war, wie wir das auch vermutet und gleich in unserer ersten öffentlichen Erklärung gesagt haben.

AD: Ja. Dieser Mann aus dem Tessin, der ebenfalls verhaftet wurde, hat am Anfang den richtigen Sachverhalt erzählt, nämlich daß er über Monate (bis zu zweimal pro Monat) dem besagten Freundeskreis Marihuana vorbeigebracht hat (natürlich konsumieren nicht alle meine Bekannten Marihuana). Dieser Tessiner erzählte dann seinen Mithäftlingen, es sei ihm von der Staatsanwaltschaft nahegelegt worden, die Menge um ein Vielfaches höher anzusetzen, um mich zu belasten – sonst käme er nicht so schnell wieder nach Hause zu seiner Familie und seinen Kindern. Er bestätigte gegenüber seinen Mitinsassen, daß er mich falsch belasten mußte, um mich in die Bredouille zu bringen. Glücklicherweise können das zwei Personen bezeugen, und einer dieser Zeugen hat es ausdrücklich in einem Brief bestätigt, den er an meinen Anwalt schickte. Der Tessiner gab zu, er habe das alles nur gemacht, um nach Hause zu kommen und seine Familie wieder zu sehen; er habe Angst gehabt, nicht wieder rauszukommen, wenn er nicht mitspielt. Prompt wurde er kurz danach entlassen.

Aber was ist davon zu halten, daß er, ein Hanfproduzent, entlassen wurde und ich nicht! Der Vorwandcharakter des Marihuana-Konsums in meinem Freundeskreis ist sonnenklar. Gleichzeitig haben sie sogar noch einen meiner Mieter samt dessen Freundin festgenommen und über Monate versucht, den beiden anzuhängen, dass sie mit mir zusammengearbeitet hätten. Gott sei Dank haben sie mehr Rückgrat bewiesen und diese ganze Lügenkonstruktion energisch bestritten. Nach drei Monaten mußten sie auch das Pärchen freilassen, weil sie gesagt hatten, sie hätten mit mir überhaupt nichts zu tun, es bestünden keine engeren persönlichen Kontakte, und das Ganze sei völlig haltlos und an den Haaren herbeigezogen!

Ahriman: Wie Sie sagten, merkt man deutlich den Vorwandscharakter: denn wenn sie den Tessiner Hanfproduzent und seine Mitarbeiter laufen lassen, aber Sie verhaften, da wird der ganze Schwindel offenbar. Außerdem war auch der Zeitpunkt sehr auffällig: Sie hätten ja gerade am 17. Juni – dem sog. Jahrestag von Srebrenica, der medial ungeheuer aufgebauscht wurde – in Belgrad an einer Konferenz teilnehmen bzw. via Video zugeschaltet werden sollen. Da mag an Zufall glauben, wer will.

AD: Ja, es ist auffällig, daß sie mir das Recherchematerial und sämtliche Dokumente weggenommen haben, daß sie mir Aufnahmen von Leuten vorgespielt haben, die ausschließlich mit meinen Büchern zu tun hatten, daß ich an dieser Konferenz nicht erscheinen oder zugeschaltet werden konnte usw. usf.

Ahriman: Und was hatte man Sie bei den Ermittlungen und Verhören bezüglich Ihrer Bücher gefragt?

AD: Sie haben mich gefragt, woher die Dokumente stammten, ob ich die Herkunft der Dokumente kenne, wie ich an sie herangekommen bin, ferner, in welchem Ver-

hältnis ich zu dem Ex-Geheimdienstler stehe, worum es während der Telefonate mit ihm gegangen sei etc.

Es wurden mir Pläne gezeigt, die ich von dem Geheimdienstler bekommen hatte, in denen Rekonstruktionen aus dem Bosnienkrieg von Bombenanschlägen eingezeichnet waren, die den Serben in die Schuhe geschoben wurden. Besagter Geheimdienstler konnte mit israelischen Geheimdienstexperten nachweisen, daß es das kein serbischer Granatenanschlag war, sondern eine Bombe, die vor Ort installiert wurde; er hatte einen detaillierten Lageplan über diesen Vorfall gezeichnet. Es handelt sich um den Anschlag in der Nähe der bosnischen Stadt Tuzla im Jahr 1995, der als der 'Tuzlanska Kapija'-Vorfall bekannt ist. Darüber hatten sie mich ausgequetscht: was das solle, wo das herstamme, was es darstelle. Und dann ging es hauptsächlich um meine Bücher. Man zeigte mir Fotoserien von dem Geheimdienstler, wie er vor meinem Haus stand, und fragte mich, was er da zu suchen habe usw.

Ahriman: Das heißt, die Polizei bzw. der Geheimdienst ist nach wie vor im gegenüberliegenden Haus zur Beschattung stationiert?

AD: Einige Zeit nach meiner Verhaftung wurden sie dort noch gesehen. Ich weiß auch von diversen Bekannten, daß sie seit langem und bis vor kurzem beschattet wurden. Sie hatten weder mit Politik noch mit meinen Büchern zu tun, kifften auch nicht, aber hatten bis vor kurzem diese Spitzel am Hals.

Ahriman: Der entscheidende Grund für Ihre Verhaftung besteht mit Sicherheit im Srebrenica-Buch bzw. den beiden Srebrenica-Büchern, weil die US-Regierung Srebrenica – oder den Mythos um Srebrenica – als **den** Vorwand nimmt, um alle ihre imperialistischen Kriege, ihr gesamtes unrechtmäßiges Eingreifen auf der Welt damit zu rechtfertigen. Unermüdlich tönt die Leier: "Was in Srebrenica passiert ist, darf nie mehr passieren, und das werden wir zu verhindern wissen" – und **da** stören Sie natürlich mit Ihren Büchern. Wir sind uns sicher, daß dies der entscheidende Grund ist. Denn die Propaganda muß lücken- und widerspruchlos ins Volk eindringen, und dabei stören Sie erheblich. Unsere Vermutung – warum überhaupt dieser Vorwurf mit dem Cannabis aufgebracht wurde – ist, daß damit Ihre aufklärerische Arbeit und Ihr aufklärerisches Wirken in eine kriminelle Schmutzdecke gestellt werden soll. Sie sagten vorher auch, daß die Strategie der Staatsanwaltschaft mittels dieser menschenunwürdigen Behandlung im Untersuchungsgefängnis – und Sie waren ja sogar einen Monat länger als der Cannabis-Produzent in strikter geschlossener Haft, was schon allein verwunderlich ist – darin bestand, Sie so weit weichzukochen, daß Sie irgendeine Kleinigkeit zugeben, so daß man hinterher hätte sagen können: "Alexander Dorin, der mit Cannabis gehandelt hat..." usw., um dadurch Ihre gesamte aufklärerische Arbeit zu desavouieren.

AD: Ja, natürlich, das hat man auch während der Verhöre gesehen, bei denen ich oft angeschrien wurde, ich solle keinen Scheißdreck erzählen. Nach einem Kommissarswechsel hat mich der neue Typ schon bei der Begrüßung angefahren, ich würde ihn schon noch kennenlernen, jetzt wehe ein anderer Wind... Sie haben eine harte, verletzende, entwürdigende Sprache verwendet, um mich komplett weichzuklopfen. Der Staatsanwalt hat außerdem versucht, meinen Immobilienbesitz zu beschlagnahmen; der Prozeß ist immer noch in der Schwebe. Er hat angeordnet, daß meine Liegenschaft beschlagnahmt wird, obwohl meine Mutter dieses Haus 1995 gekauft hat und es sich über die Mietzinseinnahmen finanziert. Sie haben lügenhaft behauptet, es würden keine Mietverträge mit den Mietern existieren, obwohl jeder Mieter selbstverständlich einen Vertrag hat. Ferner haben sie fälschlicherweise behauptet, die Mietzinseinnahmen, die ich auf die Seite gelegt habe und die von den Mietern natürlich bestätigt wurden, stammten "in Wirklichkeit" aus dem Cannabis-Handel. Außerdem verfügte ich über eine Summe, die von einem Hausverkauf in Serbien stammt und notariell beglaubigt ist, alles zusammen einige zehntausend Franken. Und die kommen einfach daher und behaupten, das alles stamme aus dem Cannabis-Verkauf. Deshalb, so der Staatsanwalt, würde er meine Liegenschaft beschlagnahmen. Mein Anwalt ist dagegen vorgegangen, und der Prozeß ist wie gesagt noch in der Schwebe. Ich soll existentiell vernichtet werden, indem man mir meine Lebensgrundlage entzieht – und zwar noch **vor** Eröffnung der Gerichtsverhandlung.

Ahriman: Man merkt daran nochmal eines: Die Frage der Beweislast, also der Grundsatz: wer eine Behauptung aufstellt, muß sie auch beweisen, scheint überhaupt keine Rolle zu spielen. Denn es gibt ja hieb- und stichfeste Hinweise, woher das Geld wirklich stammt.

AD: Sämtliche Vorwürfe des Staatsanwalts Dr. Homberger sind geradeso absurd, als würde er mir die Anschläge vom 11. September gegen das World Trade Center vorwerfen. Sein Nachfolger hat (Homberger gab den Fall nach einer Reihe von Protesten meiner Unterstützer an einen anderen Staatsanwalt ab), um mich länger in Haft zu halten, einen Monat vor meiner Freilassung behauptet – abermals wahrheitswidrig –, bei mir bestehe Fluchtgefahr nach Serbien. Wohlgermerkt: Ich bin in der Schweiz geboren, dort aufgewachsen, besitze die Schweizer Staatsbürgerschaft und eine Liegenschaft in Basel, und er behauptet, ich hätte wahrscheinlich Unsummen Schwarzgelder in Serbien gehortet, und es bestehe Fluchtgefahr dorthin – für einen Schweizer Bürger! Dann fabulierte er etwas von "Wiederholungsgefahr", obwohl ich überhaupt nicht vorbestraft bin und wegen keines der unterstellten Delikte je angeklagt wurde. Abschließend beschwor er den Dämon "Kollisionsgefahr": Ich könnte versuchen, irgendwelche Zeugen zu beeinflussen. Er wollte mich über mein Sexualleben aushorchen, so daß ich glaubte, er sei wirklich krank im Kopf. Entweder krank oder böswillig.

Ahriman: ...nur böswillig, nicht krank!

AD: Vielleicht ist das chronisch bei ihm. Ich weiß nicht, was das für ein Mensch ist, aber so eine Bösartigkeit habe ich noch nie erlebt. Ich gehe davon aus, daß auch ein Staatsanwalt Recht studiert haben muß, um seinen Beruf auszuüben, und ich weiß nicht, wie ein studierter Mensch mit so einem Haufen von Dreck und Verleumdungen um sich werfen kann, ohne selber zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Ahriman: Das ist der eigentliche Punkt: Weil er wahrscheinlich immer so vorgeht und dahinter System steckt, wird er nicht zur Rechenschaft gezogen, und den Vorwurf der "Kollisionsgefahr" kann er sich ja wohl selber ans Hemd kleben. Es war ja gerade ein Staatsanwalt, der den Tessiner zu seiner Falschaussage nötigte.

AD: Es kam übrigens noch zu einer Gegenüberstellung, einem Konfrontationsgespräch zwischen mir und dem Tessiner. Er hat sich mehrmals versprochen und selbst zugegeben, daß die gewaltige Menge, die er mir anlasten sollte, vom Staatsanwalt vorgegeben war und nicht von ihm stammte. Das wurde protokolliert. Er hat sich xmal widersprochen, ist hochrot angelaufen und hat während der Konfrontation ein einziges Desaster erlebt. Darum freue ich mich geradezu auf den Prozeß, und es würde mich auch freuen, wenn dieser Herr Dr. Homberger erscheinen würde. Ich würde ihm gerne in die Augen schauen, wenn er sein Science-Fiction-Delirium zum Besten gibt.

Ahriman: Wie ist es Ihnen denn nach dreimonatigem Abgeschnittensein von der Außenwelt, ohne jeglichen Kontakt, ergangen, als die ersten Postkarten von unserer Solidaritätsaktion eingegangen sind?

AD: Nicht nur ich, sondern sämtliche meiner Mithäftlinge haben sich riesig gefreut, denn alle Gefangenen leiden ja selber unter der Situation. Viele Inhaftierte, die kein Deutsch können, vegetieren dort vor sich hin in dieser Basler Untersuchungshaft. Sie werden von den Pflichtverteidigern nicht ernst genommen, sondern vorgeführt, können mit niemandem reden, werden monatelang in äußerster Ungewißheit gehalten wie Tiere, getrennt von ihren Familien – sie sind alle äußerst niedergeschlagen. Als sie dann gesehen haben, daß wenigstens in einem Fall jemand was bewegen kann, haben sie sogar applaudiert und sich aufrichtig gefreut. Das hat für eine allgemeine gute Stimmung gesorgt.

Ahriman: Wie ist es denn genau abgelaufen? Mußten die Angestellten Ihnen die Postkarten immer aushändigen?

AD: Ja, sie mußten mir die Postkarten zähneknirschend aushändigen, aber in einem Schnecken-tempo, weil sie mit so viel Post überfordert waren, und ich denke, sie sind nicht nachgekommen mit dem Lesen. Das Erfreuliche daran war auch, daß sie oftmals

hart angegangen wurden, z.B. die Staatsanwaltschaft von den Lesern als Inquisitoren, Zensoren und Menschenrechtsverletzer bezeichnet wurden. Das hat mich geradezu euphorisch gestimmt. Ich habe ein paar Tänzchen aufs Parkett gelegt vor Freude, weil endlich diese Leute im Spiegel ihre häßliche Fratze gezeigt bekommen haben. Das ist natürlich eine tolle Aktion gewesen mit diesen Postkarten, und es läuft noch weiter; es wird mir alles nachgeschickt werden, und ich freue mich über jede Karte, die dem Staatsanwalt und seinem Kasperl, dem Kommissar, den Tag versaut.

Ahriman: Wissen Sie, wie viele Karten angekommen sind?

AD: Schwierig zu sagen. Bereits am Anfang der Aktion erhielt ich Hunderte Karten. Im Büro des Kommissars sah ich ebenfalls Hunderte weiterer Karten, die sie mir bisher nicht nachgeschickt haben. Bis zum Tag meiner Freilassung und auch danach dürften noch zahlreiche weitere Karten eingetroffen sein. Genaueres werde ich wohl in einigen Wochen oder Monaten wissen.

Ahriman: Wie machen Sie jetzt weiter? Was sind Ihre weiteren Pläne?

AD: In absehbarer Zeit werde ich rechtlich gegen den Staatsanwalt vorgehen, wegen Nötigung, Erpressung, Menschenrechtsverletzung, Folter usw. Zunächst einmal hier in der Schweiz, und dann werde ich mich mit einem internationalen Anwaltsteam und in Zusammenarbeit mit anderen Häftlingen daran machen, ihn samt seinen Helfershelfern auf internationalem Niveau zur Rechenschaft zu ziehen. In Zürich gab es ja schon zahlreiche Klagen, was schließlich dazu geführt hat, daß das System der Untersuchungshaft einer Revision unterzogen wurde. Es gibt noch viel zu wenig Leute, die kapieren, daß sie sich wehren müssen, um etwas zu verändern. Auch die Häftlinge, die zum Teil hilflos vor sich hinvegetieren müssen erst einmal kapieren, daß man sich zur Wehr setzen muß; ein paar haben es bereits begriffen, und ich werde gemeinsam mit mindestens zehn Häftlingen die Klage gegen diese Unmenschen vorbereiten.

Ahriman: Sehr gut! Und politisch?

AD: Politisch bin ich natürlich jetzt motivierter denn je. Ich wußte schon immer, daß hinter dieser pseudodemokratischen Fassade der Schweiz viel Häßliches steckt, aber dieses Ausmaß an Unrat hat sogar mich verwundert. Was für ein Unrechtsstaat die Schweiz ist, was da hinter geschlossenen Schweizer Gefängnismauern vor sich geht – was das Volk nicht einmal im Ansatz ahnt – das hat mir den letzten Respekt gegenüber diesem Land genommen, und ich bin entschlossener denn je, diesen Kurs fortzusetzen – komme, was da wolle.

Ahriman: Vor eineinhalb Jahren ist Zoran Jovanovic, der Co-Autor Ihres Buches über das Propaganda-Phänomen Srebrenica, unter mysteriösen Umständen gestorben.

Können Sie dazu noch ein wenig mehr erzählen, oder wissen Sie von Parallelfällen? Haben Sie denn damit gerechnet, daß Ihnen irgendwann einmal etwas zustößt?

AD: Das erste Mal, daß ich mir Gedanken um die Sicherheit von Zoran gemacht habe, war, als er in Den Haag als Entlastungszeuge von Radovan Karadžić erschienen ist. Dort wurde unser gemeinsames Buch vor dem Ankläger präsentiert, und Zoran wurde auf das Buch angesprochen und gefragt, ob er der Co-Autor sei und ob er zu der Aussage stehe, daß Srebrenica das Lügen-Auschwitz der NATO sei. Er hat es im Gerichtssaal bestätigt und wörtlich gesagt: "Ich teile diese Aussage nicht nur, sie erfüllt mich vielmehr mit Stolz und Genugtuung." Zum ersten Mal beschlich mich ein mulmiges Gefühl, weil wir es offensichtlich geschafft hatten, daß unser bei Ahriman erschienenes Buch bis in die höchste Spitze dieses von der NATO gesteuerten Tribunals in Den Haag für Unbehagen sorgte und die Ankläger zu verstimmen schien.

Einige Zeit später wurde Zoran ja bekanntermaßen in Serbien tot aufgefunden, unter noch immer ungeklärten Umständen, weil die sonst übliche Prozedur der Autopsie einfach nicht erfolgte. Der Mann wurde tot aufgefunden, dann nach Bosnien gebracht und verscharrt. Wir wissen bis heute nicht, was genau passiert ist. Ich verfüge über einige Hinweise, daß sehr viel falsch gelaufen sein muß, und über Indizien, daß Zoran keines natürlichen Todes gestorben ist.

Das alles zeigt auf jeden Fall, daß unsere Tätigkeit nicht ungefährlich ist. Es gab einen Angriff des bosnischen Konsulatsekretärs, einem gewissen Kenan Kovacevic, , der mich mit primitiven Beleidigungen attackierte, davor erschien der verleumderische Artikel des 'Tagesanzeigers' von Daniel Foppa, der mein Buch gar nicht gelesen hatte und folglich nur delirierte, das aber tendenziös und böswillig usw. Das alles waren Hinweise darauf, daß bestimmte Leute an der Verbreitung der Wahrheit über Srebrenica Anstoß nahmen. Ich hatte mir schon gedacht: früher oder später muß ja mal was passieren. Ich wußte nicht, ob ich an einer Kreuzung in die Luft gesprengt werde oder ob sonst etwas Übles geschieht – aber früher oder später mußte das kommen. Ich war innerlich darauf vorbereitet, ich wußte nur nicht genau, auf was. Schon daß man inhaftiert und über Monate der Freiheit beraubt wird, ist ja Verbrechen genug, geschweige denn für ein Buch zu sterben!

Ahriman: Und was ist mit den Unterlagen, die aus Ihrem Besitz entwendet wurden? Es sind sicherlich einmalige Dokumente, die Sie für Ihre schriftstellerische und aufklärerische Tätigkeit verwendet haben.

AD: Ja, es handelt sich um Dokumente, die "normalerweise" nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Vieles davon habe ich für meine Bücher verwendet, und noch viel mehr davon würde ich auch in Zukunft gerne verwenden. Jetzt hat der Schweizer Staat bekanntermaßen seine Hand darauf. Sogar nach meiner Haftentlassung wurden

mir alle beschlagnahmten Dokumente, inklusive Computer, nicht zurückgegeben, obwohl sie, wie bereits ausgeführt, mit dem eigentlichen Vorwurf der Staatsanwaltschaft nicht das Geringste zu tun haben.

Ahriman: Auch daran merkt man wieder den Vorwandscharakter der ganzen Angelegenheit. Das heißt, es ging darum, die Propaganda zu dem angeblichen Völkermord von Srebrenica lückenlos aufrechtzuerhalten und **die** Personen aus dem Verkehr zu ziehen, die bei der Propagandavermittlung stören – Zoran Jovanovic ist tot, Sie saßen im Gefängnis und sollten natürlich – ebenso wie Ihre Arbeit – unter einem kriminellen Vorwand in die Schmutzdecke gestellt werden, um Sie zu desavouieren. Wir sind sehr froh, daß dieses finstere Vorhaben fehlschlug, nicht zuletzt dank der breiten Öffentlichkeit, die am eisernen Boykott der Lügenpresse vorbei geschaffen wurde. Es sind auch zahlreiche Spenden eingegangen – hatten Sie das erwartet?

AD: Ehrlich gesagt nein. Ich habe ja selber serbische Wurzeln, und neben den vielen positiven Eigenschaften des serbischen Volkes gibt es auch ein paar negative: Das serbische Volk steht nämlich sehr selten zusammen, wenn es um etwas Wichtiges geht. Erfahrungsgemäß ist es enttäuschend, wie sich die serbische Masse verhält. Wenn es um die Verteidigung von Würde und Wahrheit geht, sind sie normalerweise ein bißchen träge; das muß man einfach sagen. Ich habe sogar mit einem Mithäftling eine Wette abgeschlossen, daß bei dieser Spendenaktion nicht mehr als 300 Euro zusammenkommen würden. Und als dann schon nach ein paar Tagen, nach einer Woche schon etliche Tausend Euro zusammenwaren, hat es mich fast aus den Socken gehauen. Das hätte ich niemals erwartet.

Ahriman: Wir können mitteilen, daß bei uns auf dem Spendenkonto mittlerweile insgesamt 11.700 Euro eingegangen sind. Sehr viele Leser haben uns gesagt, daß Sie Ihnen für die aufklärerische Arbeit sehr dankbar sind. Es waren viele arme Leute darunter, Arbeitslose, Studenten, die trotzdem 50 Euro – alles, was sie irgendwie entbehren konnten – gespendet haben. Und das macht ja in gewisser Weise Mut, daß so etwas funktioniert. Die "Rote Hilfe" der Weimarer Arbeiter arbeitete übrigens nach demselben Prinzip.

AD: Ja, das war eine Wahnsinns-Aktion, sie hat mich sehr ermutigt und bestärkt. Es war ein Lichtblick in diesen unsäglichen Zuständen der Inhaftierung. Darum möchte ich mich natürlich bei allen herzlich für den Einsatz bedanken. Und es gibt wahrscheinlich noch ein paar Schlachten zu schlagen.

Ahriman: Wir freuen uns sehr, wenn wir bald wieder gemeinsame Schlachten schlagen können, und bedanken uns für das Gespräch.

Marxistisch-leninistisches Fernstudium

Redaktion offen-siv: Marxistisch-leninistisches Fernstudium für 2016 geplant - in Kooperation von offen-siv und KPD

„Lernen, lernen und nochmals lernen“ (Lenin)

„Lerne es! Laß es dich nicht verdrießen! Fang an! Du mußt alles wissen! Du mußt die Führung übernehmen.“ (Brecht)

Seit etwa einem halben Jahr gibt es Kontakte zwischen uns und der KPD-Führung bezüglich des Aufbaus eines marxistisch-leninistischen Fernstudiums. Inzwischen gibt es eine konkrete Konzeption:

Zur Form des Fernstudiums: Da die potentiellen Teilnehmer/innen weit über das Land verstreut sind, haben wir uns für die Form des Fernstudiums entschieden.

Diese Form bedeutet, dass es zentrale Wochenendseminare geben wird und dazwischen dreimonatige Phasen von Gruppen- bzw. Einzelarbeit vor Ort, unterstützt durch ein Informations- und Diskussionsforum im Internet, welches nur den Teilnehmern/innen des Fernstudiums und den „Teamern“ zugänglich ist. Die „Teamer“ sind so etwas wie Lehrer, die während der Wochenendseminare die logische Struktur und die wichtigsten „Eckpunkte“ der je kommenden dreimonatigen Lernetappe darstellen, den Teilnehmern/innen zum Ende des Seminars Leitfragen mit auf den Weg geben, per Internetforum die Teilnehmer/innen betreuen und nach etwa zwei Monaten um Antworten auf die Leitfragen bitten, um das je nächste Seminar konkret vorbereiten zu können. Im Ganzen denken wir an einen Zeitraum von eineinhalb Jahren, jeweils unterteilt in 3-monatige Blöcke, es soll also sechs Wochenendseminare geben.

Inhaltliches: Die Schulung soll die Grundlagen des Marxismus-Leninismus vermitteln. Sie wird mit einer Einführung in die erkenntnistheoretischen und philosophischen Grundlagen beginnen, also mit dem dialektischen und historischen Materialismus, dann wird es um die Ökonomie gehen, d.h. Marxsche Kapitalanalyse, Leninischen Imperialismustheorie. Abgeleitet daraus sollen die Grundlagen der politischen Ökonomie des Sozialismus erarbeitet und die historischen Erfahrung analysiert werden. Danach soll es mehr um Politisches gehen: Klassenkampf, Lenins Parteitheorie, Revolutionstheorie, Bündnispolitik, Kampf gegen den Revisionismus, Diktatur des Proletariats, flankiert von konkreten Analysen aktueller Ereignisse, z.B. im Trikont, aber auch in Europa und in der BRD. Hier wollen wir auch die Ursachen der Niederlage des Sozialismus in Europa analysieren.

Die hauptverantwortlichen Teamer für das Fernstudium wird Frank Flegel gemeinsam mit dem Genossen Bildungsbeauftragten der KPD sein, unterstützt von je kompetenten Fachreferenten.

Seminarstruktur:

Erstes Seminar (ca. März 2016):

Samstag

Wissenschaftsbegriff und Begriff des „Begriffs“, Erkenntnistheorie, Materialismus (und Idealismus), Basis-Überbau-Modell.

Der Begriff der Gesellschaftsformation, das Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, Grundsätzliches zum Historischen Materialismus.

Die vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen der Menschheit: Urgesellschaft, Stammesgesellschaft, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus.

Analyse des Kapitalismus: Marxsche Methode, dann: Ware und Geld, Arbeitswerttheorie, Doppelcharakter der Ware und der Arbeit, Wert und Preis der Ware, Herausbildung des Geldes

Sonntag

Fetischcharakter der Ware und des Geldes. Die Warenzirkulation. Verschlingung der Zirkulationsketten. Die individuelle Konsumtion.

Verwandlung von Geld in Kapital: Der einfache Begriff des Kapitals, die Arbeitskraft als Ware. Mehrwertproduktion=Ausbeutung bei Einhaltung des Gesetzes des Warentausches. Die notwendig entstehenden Charaktermasken. Die Klassen und der ökonomische Klassenkampf.

Mystifizierung der Oberfläche des Kapitals (Stichwort Zirkulationssphäre), Unsichtbarkeit der Ausbeutung – was ist der Lohn? Zusammenfassung: Warenfetisch, Geldfetisch, der schöne Schein der Oberfläche des Kapitals. Der Begriff des „notwendig falschen Bewusstseins“.

Rückmeldung über das Seminar.

Zweites Seminar (ca. Juni 2016):

Samstag

Wiederholung und Klärung offener Fragen der ersten Etappe.

Formen der Mehrwertproduktion, Produktivkraftsteigerung im Kapitalismus, die Jagd nach dem Extraprofit. Der Kapitalfetisch.

Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Produktivkraftsteigerung, Arbeitslosigkeit, Ableitung des Bankkapitals.

Konzentration und Zentralisation des Kapitals, Herausbildung des Monopolkapitalismus = Monopolprofite, Folgen für die Gesellschaft.

Organische Zusammensetzung des Kapitals und tendenzieller Fall der Profitrate (Rekurs auf den Extraprofit), die allgemeine Krise des Kapitals

Lenins Imperialismustheorie, darin besonders: das Finanzkapital, die Tatsache, dass es sich um faulenden, sterbenden Kapitalismus handelt und deshalb die Alternative vor der Tür steht: der Sozialismus.

Sonntag

Das Gesetz der ungleichen Entwicklung. Ausplünderung der Peripherie und die Entwicklung konkurrierender imperialistischer Zentren. Kriege der Zentren gegeneinander und um weltweite Einflussphären.

Krisentheorie. Die zyklische Bewegung des Kapitals. Reproduktionszyklen und ihre Auswirkungen. Internationalisierung. Andere Krisenformen: Strukturkrisen, Rohstoffkrisen. So genannte „Finanzkrisen“ (Bankencrash), „Eurokrisen“ (Währungskurse), „Griechenlandkrisen“ (Kolonisierung der europäischen Peripherie) usw.

Die Geschichte der letzten tiefen Krise: Die Krisenentwicklung von 2007 bis heute. Deutschland als Gewinner.

Rückmeldung über das Seminar.

Drittes Seminar (ca. September 2016):

Samstag

Wiederholung und Klärung offener Fragen der zweiten Etappe.

Der deutsche Imperialismus. Vorgeschichte des 1. Weltkrieges. Vorgeschichte des 2. Weltkrieges. Die Nachkriegsordnung. Der deutsche Imperialismus seit 1989.

Die Funktion von IWF, Weltbank und EZB. Die aktuelle Situation der imperialistischen Konkurrenz, die Frage der „Weltleitwährung“. Die aktuellen Machtblöcke: Deutsch-Europa, USA, Russland, China. Rolle der Gegenründungen: BRICS-Staaten, Schanghai-Staaten, Alba und Südamerika.

Als Beispiel: Die aktuelle Geschichte Griechenlands (vor allem Syriza und KKE)

Sonntag

Staatstheorie erster Teil: Der Staat im Kapitalismus.

Grundsätzliches: Was ist ein Staat, ab wann gibt es ihn in der Menschheitsgeschichte und warum. Funktionen des bürgerlichen Staates. Formen des bürgerlichen Staates (Konstitutionelle Monarchie, Militärdiktatur, Faschismus, parlamentarische „Demokratie“). Dabei ausführlicher die parlamentarische Demokratie: Bedeutung und Überschätzung der Erklärung der „Menschenrechte“ und der „UN-Konvention“, der Ver-

fassungen. Der Parlamentarismus, die Gewaltenteilung, die Klassenjustiz. Integrationsfunktion. Rekurs auf die Mystifizierung der Oberfläche des Kapitals.

Der Begriff „Demokratie“.

Illusionen in den Parlamentarismus. Aktuelle Beispiele politischer Illusionen der Linken.

Rückmeldung über das Seminar.

Viertes Seminar (ca. Dezember 2016):

Samstag

Wiederholung und Klärung offener Fragen der dritten Etappe.

Das Ziel: Überwindung des Kapitalismus = Sozialismus/Kommunismus.

Politische Ökonomie des Sozialismus, Grundlagen. Planwirtschaft. Rolle von Warenproduktion und Wertgesetz. Übergangsprobleme.

Staatstheorie zweiter Teil:

Der Staat im Sozialismus = Diktatur des Proletariats = der Staat wird Gesellschaft.

Klassenkampf im Sozialismus. Ökonomie und Staat. Sozialistische Demokratie. Rolle der Partei.

Sonntag

Erfahrungen in der Sowjetunion:

Die Neue Ökonomische Politik. Die Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Industrialisierung. Der Klassenkampf im Land. Die Masseninitiativen. Der Sieg im 2. Weltkrieg. Die Ursachen dieser beispiellosen Entwicklung.

Wie konnte das kaputt gehen? Einführung in das Revisionismusproblem.

Rückmeldung über das Seminar.

Fünftes Seminar (ca. März 2017):

Samstag

Wiederholung und Klärung offener Fragen der vierten Etappe.

Der Weg zur Organisation der Klasse: Die Partei. Klassen und Klassenkampf, Klasse an sich und Klasse für sich. Notwendigkeit der Partei. Wissenschaft und Partei. Kaderpartei oder Massenpartei? Demokratischer Zentralismus.

Die Partei selbst, die Gewerkschaftspolitik, die Bündnispolitik, die Aktionseinheit.

Partei und Proletarischer Internationalismus.

Revolutionstheorie. Imperialistische Zentren und „schwächstes Glied“. Anti-imperialismus und Geschichte der anti-imperialistischen Bewegungen.

Sonntag

Der klassische Revisionismus und der Kollaps der Sozialdemokratie.

Strategien der kommunistischen Bewegung. Darin vor allem: die Notwendigkeit der Bekämpfung der Sozialdemokratie und die (zeitweise) Notwendigkeit der Einheitsfronttaktik. Geschichte, Erfolge und Niederlagen der Einheitsfronttaktik: Volksfrontregierungen im Kapitalismus, Einheitsparteien im Sozialismus
Der moderne Revisionismus und die Konterrevolution in Europa.
Der Anti-Stalinismus.
Rückmeldung über das Seminar.

Sechstes Seminar (ca. Juni 2017):

Samstag

Wiederholung und Klärung offener Fragen der fünften Etappe.
Kriterien für kommunistische Agitation und Propaganda, abgeleitet aus den Mystifizierungen der Oberfläche des Kapitals und der Fetischbildungen sowie den Illusionen in die parlamentarische Demokratie.
In Kleingruppen: Exemplarische Analysen vorhandener historischer und aktueller Beispiele für kommunistische Agitation und Propaganda, Reflexion, Kritik und Verbesserung. Vorstellung der Gruppenarbeitsergebnisse.

Sonntag

Was sind die dringlichen Aufgaben?
Wie ist die aktuelle Lage der kommunistischen Bewegung in Deutschland? Was tun?
Zukunft des Fernstudiums? Multiplikatoren? Wenn möglich: Konkrete Verabredungen für die Zukunft.

Anforderungen an die Teilnehmer/innen: Das Programm ist nicht unkompliziert, es setzt kontinuierliche Arbeit und einige Disziplin voraus, Vorkenntnisse sind aber nicht erforderlich. Trotz (und in gewisser Weise auch wegen) der Ansprüche an kontinuierliche Arbeit und etwas (Selbst-)Disziplin ist das Programm zu schaffen: als Teilnehmer/in muss man ein- bis zweimal wöchentlich zwei bis drei Stunden Studienzeit aufbringen können und man muss alle drei Monate zu einem zweitägigen Wochenendseminar (Sa.+So.) fahren können. Und man muss sich anschaffen: Karl Marx, Das Kapital, MEW Bd. 23 und Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (es gibt vielerlei Ausgaben). Des weiteren werden wir gedruckte bzw. kopierte schriftliche Materialien, im wesentlichen Klassikertexte, verteilen.

Technisches und Organisatorisches: Die Seminare sind zweitägige Wochenendseminare: Beginn sonnabends um 12.00 Uhr, Ende sonntags um 14.45 Uhr. Die Zeiträume für die Seminare werden sein: März, Juni, September und Dezember 2016, März und Juni 2017. Der Tagungsort wird Hannover sein. Unterkunft am Tagungsort ist mög-

lich, man bringt Tramperrmatte/Luftmatratze und Schlafsack mit oder man kommt nur mit einem Schlafsack und verlässt sich auf eine der vor Ort vorhandenen Matratzen. Duschen sind vorhanden. Für die Verpflegung sorgen wir selbst, d.h. die „Teamer“ sorgen in gewisser Weise vor, herrichten müssen wir die Malzeiten aber gemeinsam. Eine kleine Küche und ein Geschirrspüler sind vorhanden.

Kosten: Wir müssen einmalig 15,- Euro für die Druck- und Kopierkosten der Materialien, die wir verteilen, erheben. Und wir werden aller Voraussicht nach mit einem Beitrag der Teilnehmer/innen für die Miete des Tagungsortes und die Verpflegung von insgesamt 10,- Euro pro Person und Wochenende auskommen können. Dazu kommen natürlich je individuell die Kosten für Hin- und Rückfahrt.

Für Bedürftige mit hohen Anreisekosten werden wir eine Spendenkampagne in der offen-siv und in der Roten Fahne durchführen, damit fehlendes Geld kein Hindernis für's Lernen ist.

Kontakt: Wir werden mit einem Stand speziell zum marxistisch-leninistischen Fernstudium bei der Rosa-Luxemburg-Konferenz der jungen Welt am 9. Januar 2016 in Berlin sein, dort können wir also persönlichen Kontakt miteinander aufnehmen. Ansonsten über die Redaktionsadresse: redaktion@offen-siv.com.

Frank Flegel

Danksagung

Hermann Jacobs: Einen Dank an den „offen-siv“

In „Reflexionen Nr. 46“ nachträglich noch einmal einen Dank von mir an den Herausgeber der Hannoverschen Zeitschrift „offen-siv“, Frank Flegel, der mir in den Jahren 2001 bis 2012 die Möglichkeit eröffnete, meine Gedanken über die Politische Ökonomie des Kommunismus darzulegen.

Hauptthema war die Frage des Schicksals der Warenökonomie nach dem Kapitalismus. Wie würde sich der Beginn des Kommunismus darstellen, den Marx als die Übergangsperiode aus dem Kapitalismus in den Kommunismus bezeichnet hatte, im Allgemeinen auch mit dem Namen Sozialismus belegt? Mit Ware? Ohne Ware? Diese Frage wurde die ökonomisch Hauptkämpfte unter den Repräsentanten dieser Gesellschaft selbst, also den Mitgliedern kommunistischer Parteien. ...

Ich möchte nur kurz auf den grundlegenden Wert dieser in offen-siv veröffentlichten Arbeiten aufmerksam machen. Ist es denn einer? Ich denke schon, denn sie alle haben ein Thema: Den Abgesang an die Warenproduktion als historische Produktionsweise nachzuweisen, der mit dem Beginn des Kommunismus, also dem Sozialismus, einsetzt. ... Aber es entwickelte sich auch die umgekehrte Meinung – und die besagt, mit dem Beginn des Kommunismus setze noch einmal eine neue, nun *sozialistische Form der Warenproduktion* ein. ...

Da setzt das Dilemma ein. Die Aufhebung des Kapitalismus, der letzten Entwicklung der Warenproduktion, wird/ist nicht gleichgesetzt mit der Aufhebung der Voraussetzung dieser „letzten Entwicklung“. Der Kapitalist geht, die Ware bleibt. ...

Diese neue „Theorie“ geisterte durch die Reihen der Arbeiterbewegung und ließ sie nicht zur Ruhe kommen. Sie *spaltete die Politik, das Subjekt*, sie/es fand nicht zu der ihr gemäßen Ökonomie. ...

Also Unklarheit in der ökonomischen Sache – dies markiert den beginnenden Kommunismus in seiner ersten Phase, dem Sozialismus. Die – für mich und ich denke auch für Frank Flegel bzw. den Herausgeberkreis von „offen-siv“ – maßgebende Frage ist die, ob es unter den vielen schwankenden Auffassungen nicht auch die eine gibt, die für die notwendige Klarheit in dieser Frage – Kommunismus ab seinem Beginn, dem Sozialismus: Ware ja oder Ware nein, ganz in der ursprünglichen Marx-schen Intention – sorgt oder mindestens notwendige Gedanken zur Klarstellung dieser Frage beiträgt.

Ein Autor muss natürlich von seiner Auffassung, die er in der Öffentlichkeit vorträgt, überzeugt sein. Ich bin es – gewiss. Ich bin auch der Auffassung, dass die Zeitschrift „offen-siv“ eine historische Sonderrolle in der Klärung dieser Frage gespielt hat und weiter spielen sollte. Der offen-siv war wie ist die *einzigste Zeitschrift dieser Welt* (Deutschland und Europa reichen hier nicht), die sich dem Nachweis gewidmet hat, dass 1. Die Warenproduktion im Sozialismus keine Fortsetzung mehr findet, dass 2., wer ihr historisch-ideologisch eine solche fortsetzende Rolle aber zuordnet, einen Schlag gegen den Sozialismus-Kommunismus führt, d.h. im Lager des Revisionismus landet. Er setzt nicht den revolutionären Anspruch in der Gesellschaft fort, sondern erweitert nur den revisionistischen um eine weitere Variante – jetzt die ökonomische.

Das muss/musste nicht immer den Vertretern der anderen Auffassungen bewusst sein. Es ändert aber nichts an der Sachlage, dass der richtige politische Beginn des Kommunismus, der Sozialismus, eine falsche ökonomische Fortsetzung finden kann – und in der Theorie, dies mindestens, wie aber auch gewisse „Reformer“, noch heute eine Fortsetzung findet.

Das wird/dürfte kein Fehler von langer Dauer sein, da ja eine sich entwickelnde Ökonomie – nehmen wir doch zum Beispiel China -, die sich der Wertform verschreibt, zu denselben Widersprüchen führt wie die ehemals kapitalistische. Und umso weniger ein Fehler von langer Dauer sein, wenn man sich wenigstens aller theoretischer Attacken gegen diese „Theorien“ wie Reformen bewusst bleibt. Das historische Verdienst des „offen-siv“ muss dem marxistischen Bewusstsein erhalten bleiben, es muss um diesen Verdienst erweitert werden.

Ein Sozialismus mit Warenproduktion wiederholt nur Geschichte. ... Es ist schon merkwürdig mit dem Kommunismus: Im Kapitalismus bfindlich attackiert er den Kapitalismus, im Sozialismus angelangt, hofiert er „der Warenform“, sogar ihren kapitalistischen Formen. ...

Wer sich mit Gedanken vertraut machen will, in welchem Maß, in welchen Formen die Überwindung der Warenproduktion schon im realen Sozialismus realisiert worden, sollt den „offen-siv in sein Herz wie Erinnerung aufnehmen. Ich rühre hier eine Trommel sowohl für mich als auch für den „offen-siv“, natürlich. Ich will damit nicht sagen, dass sie bereits allen Wünsche genügen, die an die Klarstellung dieser Frage: Warenökonomie auch im Sozialismus? Geknüpft sind oder sein müssen. Aber es gibt weit und breit keine anderen Arbeiten zu dieser Frage, oder diesem Standpunkt überhaupt, Marx‘ Position im Prinzip fortsetzenden. Und wenn das der wissenschaftlich richtige, objektive für den Sozialismus/Kommunismus ist, sollte er auch nicht in Vergessenheit geraten. ...

Herman Jacobs; aus: Reflexionen Nr. 46, Sept. 2015

Buchhinweis

Gerhard Feldbauer: Liebe Leserinnen und Leser der Zeitschrift offen-siv!

Ich informiere, dass die Neuauflage meiner "Geschichte Italiens - Vom Risorgimento bis heute" bei Papyrossa erschienen ist. Die Erstausgabe erschien 2008. Die Fortschreibung enthält nun u. a. eine Analyse der Ursachen der schweren Niederlage der Linken bei den Wahlen 2008, bei denen diese unter die drei Prozent Sperrklausel fiel und seitdem Kommunisten, Restsozialisten, andere Linke und Grüne nicht mehr im Parlament vertreten sind.

Ausführlich werden die Hintergründe des Falls des faschistoiden Mediendiktators Berlusconi - der mit Unterbrechungen seit 1994 dreimal Regierungschef war - untersucht: Führende Kapitalkreise ließen ihn fallen, um seinen Sturz durch den anwachsenden Widerstand breiter Massen, was den Linken Auftrieb verschafft hätte, zuzukommen.

Die fortschreitende Entwicklung der aus der Kommunistischen Partei (IKP) 1991 hervorgegangenen Linkspartei (PDS/DS), aus der durch die Fusion 2007 mit der katholischen Zentrumspartei Margherita eine vorherrschend linksliberalen Partei der Mitte (Demokratische Partei - PD) mit sozialdemokratischem Anstrich entstand, wird ebenso dargestellt. An ihre Spitze kam 2013/14 als Partei- und Regierungschef der frühere rechte Christdemokrat Matteo Renzi, der ein Bündnis mit dem Industriellenverband Confindustria schloss und - was Berlusconi nicht gelungen war - elementare Arbeiter- und Gewerkschaftsrechte beseitigte.

Im Rahmen der damit erfolgenden Umgruppierung der Klassenkräfte (der "politisch herrschenden Klasse") setzen die bestimmenden Kapitalkreise wieder auf den Reformismus in der Arbeiterbewegung.

Aktiv unterstützt wurde dieser Prozess durch den Staatspräsidenten Giorgio Napolitano (bis Januar 2015), der als führender Ex-Kommunist 1991 federführend an der Beseitigung der IKP beteiligt war und es in seiner Renegatenkarriere in das höchste Staatsamt schaffte.

Die Neuauflage schließt mit einer Prognose der Entwicklung der kommunistischen Bewegung (deren Zerrissenheit durch die Existenz von drei KPs gekennzeichnet ist).

Die bisherige Partei der Kommunisten Italiens (PdCI), die sich in Anlehnung an die 1991 beseitigte IKP/PCI in Kommunistische Partei Italiens (PCdI) umbenannt hat, ist die einzige Gruppierung, die sich zu Marx, Lenin und Gramsci bekennt und für die Wiederherstellung einer einheitlichen kommunistischen Partei eintritt.

Die Neuauflage schließt mit den bei Redaktionsschluss Ende 2014 stattfindenden Generalstreiks und Massendemonstrationen gegen den arbeiterfeindlichen Rechtskurs der Regierung Renzi, darunter in Rom mit über einer Million Menschen, die zeigten, "dass es eine Basis gibt, um eine Wende der Linken herbeizuführen".

Mit Grüßen solidarischer Verbundenheit, Gerhard Feldbauer

Einladung

25 Jahre Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Regionalgruppe Essen – Jetzt wird gefeiert!

Ob bei der Organisation von materiellen Spenden, der Gründung des NETZWERK CUBA e.V., der Einführung der deutschsprachigen *Granma Internacional*, der »Erfindung« der Fiestas Moncada, der Organisation von überregionalen Solidaritätsaktionen und Veranstaltungen der politischen Solidarität vor Ort oder dem jahrelangen Kampf um die Befreiung der MIAMI 5 – die FG Essen war oft vorneweg dabei. Der auch bundesweit bekannt gewordene Gruppenrundbrief (RB) erschien zum ersten Mal am 12.11.1990 und zählt mittlerweile die 253. Ausgabe. Die erste öffentliche Mitgliederversammlung fand am 26.11.1990 statt.

Da Internationalistinnen und Internationalisten bekanntlich nicht nur feste arbeiten, sondern auch Feste feiern können, wird das 25. Jubiläum der kontinuierlichen Solidaritätsarbeit von der FG Essen für eine Festveranstaltung genutzt, die beide Aspekte beinhalten wird. Außerdem erinnern wir an die Gründung der Granma am 3. Oktober 1965, also vor nunmehr 50 Jahren. Die Leiterin der Bonner Außenstelle der Botschaft der Rep. Cuba, Anette Chao García, wird in ihrem Vortrag »*Quo Vadis – Cubas aktuelle ökonomische und politische Entwicklung*« aus cubanischer Sicht darstellen. Der Vorsitzende der FG Essen, H.-W. Hammer, referiert anschließend zum Thema »*Die Cuba-Solidaritätsbewegung – Selbstverständnis und Aufgaben gestern, heute und morgen*«.

Nach Diskussionen und Mittagessen mit cubanischen Speisen wird es ein Offenes Mikro geben: »*Freundinnen und Freunde haben das Wort*«. Anschließend wird neben einer Dia-Show mit Bildern aus 25 Jahren FG Essen der Fiesta-Teil mit Cocktails, Musik, Tanz & Überraschungen eingeleitet.

Die Informations- und Festveranstaltung wird stattfinden am Samstag, d. 28.11.015 von 11:00 – 20:00 Uhr, Haus der DKP, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen. (Der Kostenbeitrag incl. Mittagessen beträgt € 5,-/3,-.)

Aktuelle Informationen incl. Einladungsflugblatt und Plakat gibt es unter www.cubafreundschaft.de (Aktionen + Termine). Die gedruckten Flugblätter und Plakate können bei fg.essen@tele2.de angefordert werden.

Alle Freundinnen und Freunde Cubas und der FG Essen sind herzlich eingeladen!

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. – Regionalgruppe Essen

<h2>In eigener Sache</h2>

Red. offen-siv: Wir sind umgezogen!

Wir haben Hannover verlassen und sind nach Südniedersachsen gezogen.

Der Grund ist recht einfach: dort sind die Preise fürs Wohnen wesentlich niedriger als in Hannover.

Wichtig! Bitte notieren! Die neuen Kontaktdaten (gültig ab 20.11.2015):

Postadresse: Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck

Tel. u. Fax: 05572 - 999 22 42

E-Mail wie bisher: redaktion@offen-siv.com

Die Bankverbindungen bleiben die gleichen, sowohl das Spendenkonto (IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX) als auch das Konto des Freundeskreises.

Telefon-Probleme in der Übergangszeit:

Die alte Telefonnummer (0511-52 94 782) gilt noch bis zum 12.11.2015.

Von Fr, 13.11. bis Do, 19.11. ist Telefonkontakt nur über Handy möglich:

0160-91 79 60 51

Anna und Frank

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover

Postvertriebsstück,

DPAG, H 14360

Entgelt bezahlt